

Ein schlauer Fuchs



WISSEN UND TAT

Zeitschrift für Theorie und Praxis des wissenschaftlichen Sozialismus

23. Jahrgang / Heft 7/8

Juli-August 1968

Einzelpreis 50 Pf

INHALT

Seite

50 Jahre Novemberrevolution —	2
50 Jahre KPD	2
Zu einigen Problemen und Erfahrungen aus der Diskussion des Programmentwurfs	11
Der Kampf der Jugend und unser Programmentwurf	15
Bonns Militärdoktrin und die „neue Ostpolitik“	19
Zu einigen Problemen im Programmentwurf	24
Weichen werden gestellt — Kulturpolitik aktuell	28
Lehren der Wahlen in Baden-Württemberg	32
Verfassungsfragen sind Machtfragen	36
Junge Genossen fragen — Wissen und Tat antwortet	40
Kleine Chronik	44
Für die Mappe des Propagandisten	47
Tatsachen aus der DDR	50

50 Jahre Novemberrevolution —

50 Jahre KPD

VON MAX REIMANN

Es gibt Ereignisse in der Geschichte unseres Volkes, die von großer Tragweite für die ganze nachfolgende Entwicklung sind. Zu ihnen zählen die Novemberrevolution von 1918, die größte revolutionäre Massenbewegung in Deutschland nach dem deutschen Bauernkrieg und die in ihrem Verlauf erfolgte Gründung der Kommunistischen Partei Deutschlands, die eine grundlegende Wende in der deutschen Arbeiterbewegung einleitete.

Diese beiden bedeutenden Ereignisse, deren 50. Wiederkehr wir in diesem Jahr begehen, nehmen eine besondere Stellung in dem mehr als 100jährigen Kampf der deutschen Arbeiterklasse um die Erfüllung ihrer historischen Mission ein. Sie sind für uns und alle fortschrittlichen Kräfte nicht einfach Gedenktag. Mit ihnen sind unser gegenwärtiger Kampf, sind die grundlegenden Unterschiede der Machtverhältnisse und des gesellschaftlichen Lebens in beiden deutschen Staaten eng verknüpft. Sie vermitteln uns Lehren, die von großem Wert sind für die Lösung unserer aktuellen Aufgaben im Ringen um eine Bundesrepublik der fortschrittlichen Demokratie und des Friedens.

Die Novemberrevolution von 1918 und die Gründung der KPD haben ihren Ausgangspunkt in jener Epoche, die um die Jahrhundertwende mit dem Übergang zum Imperialismus begann. Je stärker sich das Monopolkapital entwickelte, um so mehr wuchs sein Drang nach ökonomischer und politischer Herrschaft, nach Absatzmärkten, Rohstoffquellen und Gebieten für Kapitalanlagen. Das deutsche Monopolkapital zeichnete sich von Anfang an durch eine besondere Raubgier aus. Der Widerspruch zwischen seiner ökonomischen Kraft und dem ihm gehörenden begrenzten Ausdehnungsfeld hatte sich am schärfsten zugespitzt und wurde Hauptursache für den besonders aggressiven Charakter des deutschen Imperialismus, für seine Rolle als Anstifter zweier Weltkriege, die rund 65 Millionen Menschenleben vernichteten.

Dem besonders aggressiven und reaktionären Charakter des deutschen Imperialismus gab der preußisch-deutsche Militarismus sein spezifisches Gepräge.

Die Pläne des deutschen Imperialismus und Militarismus zielten auf die Entfesselung eines Krieges um die Neuauftteilung der Welt ab. Sie ließen sich ohne eine umfangreiche Aufrüstung des Landes, ohne schlagkräftige Armeen nicht verwirklichen. Nach der Jahrhundertwende erhöhte sich die Heerestärke bis 1913 auf 790 000 Mann. Damit hatte das imperialistische Deutschland eine Aggressionsarmee geschaffen, die im Verhältnis zur Be-

völkerungszahl eine der größten Armeen der Welt war. Hinzu kam der Bau einer mächtigen Kriegsflotte. Die deutsche Arbeiterklasse führte in dieser Zeit mächtvolle Kämpfe gegen die Aufrüstung und Kriegsvorbereitung. Der wachsende Druck auf die Lebenshaltung der breiten Massen als Folge des Wettrüstens führte zu Streiks und Aussperrungen, die an Breite und Hefdigkeit alle früheren Kämpfe der Arbeiterklasse in den Schatten stellten.

Die revolutionäre Rolle der Arbeiterklasse

Unter den neuen Bedingungen des Imperialismus erhöhte sich die Rolle der Arbeiterklasse und ihre Verantwortung gegenüber der Nation außerordentlich. Es war zur geschichtlichen Aufgabe der deutschen Arbeiterklasse geworden, im Bündnis mit den anderen Werktagen die mit dem Schicksal der Nation spielenden imperialistischen und militaristischen Abenteurer zu entmachten, die politische Macht zu erobern und ein friedliebendes, demokratisches und sozialistisches Deutschland zu errichten. Die Erfüllung dieser Aufgabe war entscheidend davon abhängig, wie die neuen Probleme des Klassenkampfes unter den Bedingungen des Imperialismus von der Arbeiterbewegung gelöst wurden. Sie erforderten eine Antwort auf die Frage nach der Eroberung der politischen Macht und machten somit die allseitige Weiterentwicklung des Marxismus und die Bildung der Arbeiterpartei neuen Typus zur historischen Notwendigkeit.

Die revisionistischen Führer der deutschen Sozialdemokratie, die jahrelang die Klassenharmonie gepredigt hatten, vollzogen am Tage des Kriegsausbruchs am 4. August 1914, den offenen Übergang in das Lager des Imperialismus und schlossen einen Burgfrieden mit den herrschenden Klassen und ihrem Repräsentanten, Wilhelm II., der stets erklärt hatte, es sei sein Ziel, die Sozialdemokratie auszurotten. Die Zustimmung der rechten sozialdemokratischen Führer zu den Kriegskrediten und damit zum Raub-

krieg des deutschen Imperialismus und Militarismus war nicht nur ein Verrat der Grundsätze und Antikriegsbeschlüsse der II. Internationale, sie bedeutete auch die offene Preisgabe des Marxismus und jeder selbständigen proletarischen Klassenpolitik sowie der Grundinteressen der deutschen Arbeiterklasse und der ganzen Nation. **Nicht durch die spätere Gründung der KPD, sondern durch diese dem Marxismus und dem proletarischen Internationalismus zutiefst widersprechende Haltung der Führung der deutschen Sozialdemokratie wurde die offene Spaltung der deutschen Arbeiterbewegung vollzogen.**

Allein die Linken in der deutschen Sozialdemokratie mit Karl Liebknecht, Rosa Luxemburg, Franz Mehring, Clara Zetkin und Wilhelm Pieck, setzten vor und nach Ausbruch des Krieges mit dem Kampf gegen Imperialismus, Militarismus und Revisionismus die besten Traditionen der deutschen Sozialdemokratie fort. Entschlossen traten sie allen opportunistischen Bestrebungen entgegen und verfolgten eine selbständige Klassenpolitik, die zugleich mit den Interessen der ganzen Nation übereinstimmte. Innerhalb der internationalen Arbeiterbewegung kamen die deutschen Linken von allen Strömungen und Gruppen der Partei Lenins am nächsten. Sie erkannten jedoch nicht völlig die Gesamtheit der neuen Bedingungen im Klassenkampf und trennten sich daher ideologisch und organisatorisch nicht rechtzeitig von den Revisionisten.

Der 1. Weltkrieg und die deutsche Arbeiterbewegung

Der erste Weltkrieg war von seiten aller beteiligten Mächte ein imperialistischer Krieg. Der deutsche Imperialismus hatte das weitestgehende

abenteuerlichste Kriegszielprogramm. Er strebte nach der Neuauftteilung der Welt zu seinen Gunsten, um so, gestützt auf umfangreiche Expansionen

in West- und Osteuropa und auf ein großes Kolonialreich, die Vorherrschaft über Europa zu erringen und zur Weltmacht zu werden. Die Maßlosigkeit der Ziele des deutschen Imperialismus, die Überschätzung der eigenen Kräfte und die Unterschätzung der Kräfte des Gegners, trugen von Anfang an den Keim seiner späteren gesetzmäßigen militärischen Niederlage in sich.

Im Herbst 1917 befand sich der deutsche Imperialismus in einer tiefen Krise. Die in Deutschland seit der Jahrhundertwende zur Lösung drängenden Widersprüche hatten sich durch den Verlauf des Krieges noch mehr verschärft. Je länger der Krieg dauerte und je aussichtsloser er wurde, desto mehr nahmen die Kriegsmüdigkeit und die Friedenssehnsucht großer Teile des deutschen Volkes zu. Unter dem Einfluß der Februarrevolution und der Großen Sozialistischen Oktoberrevolution in Rußland entwickelte sich in Deutschland eine revolutionäre Massenbewegung.

Besonders die Große Sozialistische Oktoberevolution, die die Epoche des Übergangs vom Kapitalismus zum Sozialismus einleitete, übte auf die weitere Entwicklung des Klassenkampfes in Deutschland einen großen Einfluß aus, da in Deutschland die gleichen Widersprüche zur Lösung drängten, die in der Oktoberevolution gelöst wurden. Am Ende des ersten Weltkrieges gab es nur einen Weg, um aus der nationalen Katastrophe herauszukommen, die der deutsche Imperialismus und Militarismus infolge seiner Politik der Profitgier und Eroberungssucht herbeigeführt hatte: Den Weg der Volksrevolution unter Führung der Arbeiterklasse.

Während die rechten sozialdemokratischen Führer zu Beginn des Krieges den Arbeitern in den Rücken gefallen waren, suchten die Linken in der SPD die Arbeiter zum Kampf gegen den Krieg zu mobilisieren; sie entlarvten unermüdlich dessen imperialistischen

Charakter. Karl Liebknecht gab am 2. Dezember 1914 mit seinem mutigen Nein zu den Kriegskrediten für viele Arbeiter das Kampfsignal. Für die Linken machte sich das Fehlen einer eigenen Parteiorganisation immer stärker fühlbar. Sie schlossen sich zur Gruppe Internationale zusammen, die sich später zur Spartakusgruppe entwickelte. Karl Liebknecht formulierte die Kampflosung der revolutionären Vereinigung: „Der Hauptfeind steht im eigenen Land!“ Auf der Reichskonferenz der Spartakusgruppe am 7. Oktober 1918 wurde das Programm für die sich entwickelnde Volksrevolution in Deutschland beschlossen. Das Programm war das Ergebnis einer gründlichen Analyse der politischen Situation in Deutschland und orientierte die Arbeiterklasse auf die sofortige Beendigung des Krieges, auf den revolutionären Kampf für demokratische Rechte und Freiheiten und auf den Sturz des deutschen Imperialismus und Militarismus. Es war geeignet, mit seinen konsequenten antiimperialistischen, demokratischen Forderungen große Teile der Arbeiterklasse und der anderen Werktäglichen für seine Verwirklichung in Bewegung zu bringen.

Den Entwicklungsbedingungen entsprechend und angesichts des bestehenden Kräfteverhältnisses der Klassen, mußte zunächst die demokratische Revolution zum Sieg geführt werden; das hieß, den Militarismus zu vernichten, den Staatsapparat zu säubern und die für den Krieg verantwortlichen Kräfte des Monopolkapitals und des Junkertums zu enteignen. Erst nach Erfüllung dieser Aufgaben konnte mit der Veränderung des Kräfteverhältnisses zur sozialistischen Revolution übergegangen werden. Es ist das große historische Verdienst der Spartakusgruppe, die vor der Arbeiterklasse und dem ganzen deutschen Volk stehenden Aufgaben richtig erkannt und mit allen Kräften für deren Verwirklichung gekämpft zu haben.

Der Beginn der Novemberrevolution

Am 3. November 1918 begann mit dem Aufstand der Matrosen in Kiel, dem in wenigen Tagen Aufstände in allen Teilen Deutschlands folgten, die Revolution in Deutschland, die erste Revolution gegen den deutschen

Imperialismus und größte antiimperialistische Massenbewegung in Europa nach der Großen Sozialistischen Oktoberevolution. Millionen deutscher Arbeiter und andere Werktägliche folgten dem russischen Beispiel und bildeten

nach dem Vorbild der Sowjets Arbeiter- und Soldatenräte. Diese nahmen in vielen Orten die Macht in ihre Hände. Die Haupttriebkraft der Revolution war die Arbeiterklasse; zahlreiche Angehörige anderer Schichten schlossen sich dem Kampf für sofortigen Frieden, für die Beseitigung der Monarchie und des Militarismus an. Die Hohenzollern-Monarchie und die Dynastien in den Einzelstaaten wurden gestürzt und die Republik errichtet; wichtige demokratische Rechte und Freiheiten, wie der achtstündige Arbeitstag und andere Rechte der Arbeiter in den Betrieben sowie die Rede-, Versammlungs- und Koalitionsfreiheit wurden erkämpft. Die auf die Tagesordnung der Geschichte gestellten großen Aufgaben, der Sturz des Imperialismus und Militarismus und die Schaffung eines friedliebenden, demokratischen und sozialistischen Deutschlands blieben unerfüllt.

Obwohl günstige Bedingungen dafür vorhanden waren, wurde die Revolution nicht zu einer grundlegenden Wende in der Geschichte der deutschen Nation. Die Arbeiterklasse erlitt eine Niederlage und konnte nicht einmal die bürgerlich-demokratische Revolution zu Ende führen, geschweige denn diese in die sozialistische Revolution hinüberleiten.

Ihrem Charakter nach blieb die Novemberrevolution eine bürgerlich-demokratische Revolution, die im gewissen Umfange mit proletarischen Mitteln und Methoden durchgeführt wurde. Nicht zerschlagen wurde der kapitalistische Staatsapparat, unangestastet blieben die ökonomischen Macht-

positionen des Monopolkapitals und des feudalen Junkertums. Nicht ausgerottet wurden die Wurzeln des aggressiven deutschen Imperialismus. Der Kaiser ging, aber Krupp, Siemens, Stinnes und die Generale blieben. Die Hauptverantwortung dafür tragen die rechten Führer der deutschen Sozialdemokratie wie Ebert und Noske. Verblendet von Antikommunismus und Antibolschewismus setzten sie ihre am 4. August 1914 begonnene Paktiererpolitik mit den imperialistischen und militaristischen Kräften in der Novemberrevolution fort.

In dem vom Vorstand der sozialdemokratischen Partei 1934 in Prag herausgegebenen Manifest „Kampf und Ziel des revolutionären Sozialismus“ heißt es: „Die Sozialdemokratie als einzige intaktgebliebene organisierte Macht übernahm ohne Widerstand die Staatsführung, in die sie sich von vornherein mit den bürgerlichen Parteien, mit der alten Bürokratie, ja mit dem reorganisierten militärischen Apparat teilt.“¹⁾

Anstatt die Kriegsverbrecher zu entmachten und zu bestrafen, übernahm der sozialdemokratische Minister Noske mit den Worten: „einer muß der Bluthund werden“ den Oberbefehl über die Regierungstruppen, von denen die revolutionären Arbeiter gehetzt, verfolgt und gemordet wurden. 15 000 der Besten der deutschen Werkätigen wurden Opfer der Konterrevolution, unter ihnen Karl Liebknecht und Rosa Luxemburg, die Vorkämpfer einer demokratischen und friedlichen Entwicklung der deutschen Nation.

Die Rolle des Spartakusbundes in der Novemberrevolution und bei der Gründung der KPD

Der Spartakusbund unter der Führung von Karl Liebknecht und Rosa Luxemburg, erwies sich in der Novemberrevolution als die konsequenste Kraft der deutschen Arbeiterklasse und der gesamten Nation. Jedoch konnte der heldenhafte Kampf der deutschen Linken die Kraft einer selbständigen marxistischen Partei nicht ersetzen. Das Fehlen einer revolutionären Partei war neben der Pak-

tiererpolitik der rechten Führer der SPD und USPD die entscheidende Ursache, daß die deutsche Arbeiterklasse in der Novemberrevolution ihre historische Mission nicht erfüllen und der deutsche Imperialismus und Militarismus seine Herrschaft retten konnte.

Erst im Feuer der Novemberrevolution um die Jahreswende 1918/19 wurde von solchen hervorragenden Führern der deutschen Arbeiterbewegung wie Karl Liebknecht, Rosa Luxemburg, Franz Mehring, Clara

¹⁾ Geschichte der deutschen Arbeiterbewegung, Bd. 5, S. 458/459

Zetkin, Leo Jogiches, Wilhelm Pieck und Fritz Heckert die Kommunistische Partei Deutschlands gegründet.

Die Gründung der KPD war das wichtigste Ergebnis der Novemberrevolution und zugleich die Krönung des langjährigen heroischen Kampfes der revolutionären Linken in der deutschen Arbeiterbewegung, gegen Imperialismus, Militarismus und Krieg, gegen den Opportunismus, für die Klasseninteressen der deutschen Arbeiterklasse und die nationalen Lebensinteressen unseres Volkes. Die Gründung der KPD war ein Wendepunkt in der Geschichte der deutschen Arbeiterbe-

wegung und des ganzen deutschen Volkes. Es gab jetzt in Deutschland wieder eine revolutionäre Partei, deren Programm auf den Lehren von Marx und Engels beruhte, in der die großen revolutionären Traditionen der deutschen Arbeiterbewegung, die von den rechten sozialdemokratischen Führern preisgegeben worden waren, mit den Erfahrungen der siegreichen Kommunistischen Partei der Sowjetunion verschmolzen. Damit war endgültig der Bruch mit dem Opportunismus vollzogen und der Grundstein für eine marxistisch-leninistische Kampfpartei der deutschen Arbeiterklasse gelegt.

Lehren der Novemberrevolution und der Kampf in der Weimarer Republik

Die Novemberrevolution von 1918 und die Gründung der KPD vermittelten der heutigen Arbeiterbewegung in der Bundesrepublik wichtige Lehren. Eine dieser Lehren ist, daß die Politik der Zusammenarbeit, wie sie von der rechten Sozialdemokratie 1914 begonnen und 1918 mit dem Großbürgertum praktiziert wurde, die Arbeiterbewegung einschließlich der SPD selbst, nur zu Niederlagen führt. Hier liegt auch die tiefste Ursache des Niedergangs und schließlich des Unterganges der Weimarer Republik.

Die Weimarer Republik war trotz der vorhandenen formellen Verfassungsrechte ein Staat, in dem die Großbour-

geoisie, vor allem in Gestalt der Konzern- und Bankherren, der Junker und der Reichswehrgeneralität die Führung hatte. Die KPD bekämpfte nicht die Weimarer Republik; sie richtete ihren Kampf gegen diese Vorherrschaft der Großbourgeoisie und ihr reaktionäres und antisoziales Herrschaftsregime. Diese Herrschaft war es auch, die den Nährboden für den immer mächtiger aufsteigenden Hitlerfaschismus abgab. Gegen diese tödliche Gefahr hat die KPD unablässig zum gemeinsamen Kampf mit den Sozialdemokraten, Gewerkschaftern und allen antifaschistisch-demokratischen Kräften aufgerufen.

Rolle der Partei

Eine weitere bedeutungsvolle Lehre der Novemberrevolution von 1918 ist, daß die Arbeiterklasse über eine starke marxistisch-leninistische Partei verfügen muß, wenn sie den Klassenkampf gegen einen solch starken und durchtriebenen Feind wie den deutschen Imperialismus siegreich bestehen will. Nur eine solche Partei ist in der Lage, durch die Vermittlung des wissenschaftlichen Sozialismus der Arbeiterklasse und allen fortschrittlichen Kräften der Gesellschaft eine richtige Orientierung zu geben. Eine solche Partei besaß die deutsche Arbeiterklasse in Gestalt der KPD.

Nach der Novemberrevolution stand die junge Kommunistische Partei vor der außerordentlich schwierigen Aufgabe, in ständiger Auseinandersetzung

mit der konterrevolutionären Politik des Großbürgertums und des Revisionismus der sozialdemokratischen Parteiführung und dem linken Sektierertum eine elastische und zugleich prinzipienfeste Strategie und Taktik des revolutionären Kampfes der Arbeiterklasse auszuarbeiten, sich den Leninismus anzueignen und diesen schöpferisch auf die Verhältnisse in Deutschland anzuwenden. In einem längeren komplizierten Prozeß entwickelte sich die KPD zu einer marxistisch-leninistischen Massenpartei neuen Typus.

Dabei erhielt die Partei die kameradschaftliche Hilfe der Kommunistischen Internationale, vor allem W. I. Lenins, der ihr neben zahlreichen wertvollen Ratschlägen mit seiner Arbeit „Der linke Radikalismus“, die

Kinderkrankheit im Kommunismus", den Weg zur Entwicklung einer umfassenden Massenpolitik wies.

Großen Anteil an der Entwicklung der KPD zu einer Partei neuen Typus hatte das 1925 gebildete Thälmannsche Zentralkomitee und Ernst Thälmann persönlich, der als ihr Vorsitzender, geleitet von der Lehre Marx', Engels und Lenins, die KPD zu einer revolutionären Kampfpartei schmiedete und ihre Kader durch sein eigenes kämpferisches Vorbild erzog.

In ihrem gesamten Ringen setzte sich die KPD unermüdlich für die Verteidi-

Einheit im Kampf

Von Anfang an trat die KPD im politischen Kampf der Weimarer Republik als die konsequenterste Kraft gegen Reaktion, Chauvinismus und Faschismus auf. In ihren programmatischen Dokumenten, beginnend mit den „Leitsätzen über den Frieden“ (1919), über das „Programm zur nationalen und sozialen Befreiung des deutschen Volkes“ (1930), bis zu ihren leidenschaftlichen Appellen zur Schaffung der „Antifaschistischen Aktion“ aller Hitlergegner (1932), wandte sie sich an die Arbeiterklasse und alle fortschrittlichen Kräfte, sich zum gemeinsamen Handeln gegen die anwachsende faschistische Gefahr zusammenzuschließen. Gemeinsam mit Sozialdemokraten und parteilosen Arbeitern organisierten Kommunisten den mächtigen Generalstreik gegen den Kapp-Putsch (1920), kam es zu kraftvollen Einheitsaktionen gegen die reaktionären Femeurde an Erzberger und Rathenau (1922). Schon im Sommer 1923 führte die KPD zusammen mit anderen Kräften der Arbeiterbewegung den ersten Antifaschistentag in Deutschland durch.

Bereits auf der Tagung des Zentralkomitees im Oktober 1929 entlarvte Ernst Thälmann die immer stärker anwachsende faschistische Gefahr in Gestalt der Nazipartei; er charakterisierte die Hitlerpartei als ein Werkzeug der Monopole; er forderte alle Kommunisten auf, in offensiven Aus-

gung und den Ausbau der demokratischen und sozialen Rechte der Volksmassen ein; erstrebte sie eine höhere Form der Demokratie, die die Werktagen näher an den Übergang zum Sozialismus heranführte, kämpfte sie für die Verwirklichung einer wahrhaft den Interessen der deutschen Nation dienenden Außenpolitik, der Völkerverständigung und der festen Freundschaft des deutschen Volkes mit der Sowjetunion. In einer engen Verbindung Deutschlands mit der Macht der Werktagen in Sowjetrußland sah die KPD eine echte Alternative zur forcierten Aufrüstungs- und Revanchepolitik des deutschen Imperialismus.

gegen Faschismus

einandersetzungen die nationalistische und soziale Heuchelei und Demagogie der Nazis vor den Massen überzeugend zu entlarven. Im Jahre 1932 führte die KPD mit der mahnenden Losung „Wer Hindenburg wählt, wählt Hitler, wer Hitler wählt, wählt den Krieg“ den Wahlkampf zur Reichspräsidentenwahl. Wenige Wochen später bemühte sich die KPD, durch den Aufruf zur „Antifaschistischen Aktion“ über jegliche Differenzen hinweg, eine einheitliche Bewegung aller antifaschistisch-demokratischen Kräfte zu schaffen.

Obwohl 1933 auch die Masse der Sozialdemokraten zum Widerstand mit allen Mitteln entschlossen war, kapitulierte die rechte SPD-Führung vor den Nazis. „Das Gros unserer Anhänger hat ... aktiven Widerstand erwartet“, schrieb später Paul Löbe in seinen Memoiren, „die Führer aber waren von der Nutzlosigkeit ... überzeugt“.³⁾

Der Faschismus in Deutschland hätte verhindert werden können. Es ist die historische Schuld rechter Führer der SPD, alle praktischen Vorschläge der KPD zur Schaffung der Arbeitereinheit zurückgewiesen zu haben.

Die KPD war demgegenüber bemüht, alle Hindernisse zur Einigung aller Antifaschisten zu überwinden. Wilhelm Pieck und Walter Ulbricht setzten gegen den Widerstand beachtlicher Kräfte in den emigrierten Parteiführern — darunter auch Herbert Wehner — durch, daß auf der Brüsseler Parteikonferenz (1935) die KPD in verantwortungsbewußter Selbstkritik die in ihrer, immer auf die Vertretung der

³⁾ Paul Löbe: Erinnerungen eines Reichstagspräsidenten, Berlin-Grunewald, 1949, S. 147

Arbeiterinteressen gerichteten Politik zutage getretenen „ersten Verfehlungen ...“ die von der Partei in ihrer Massenarbeit und auch in ihrer politischen Orientierung begangen wurden ...“), aufgedeckt und überwunden wurden. Unser Versäumnis war es, auch die „Reste der bürgerlichen Demokratie zu verteidigen“ (Wilhelm Pieck auf dem VII. Weltkongress).

Die Leninsche Staatstheorie sowie die Hinweise des VII. Weltkongresses der Kommunistischen Internationale schöpferisch auf die Verhältnisse in Deutschland anwendend und durch bewußte Nutzung der wichtigsten Schlussfolgerung der Novemberrevolution, daß man unter den deutschen Bedingungen nicht mit einem Sprung zur revolutionären Macht der Arbeiterklasse gelangen konnte, stellte die Partei sich das strategische Ziel: die wichtigste Aufgabe ist der Sturz der Naziherrschaft und danach die Errichtung eines freien und demokratischen Deutschlands, in dem Faschismus und

Militarismus mit der Wurzel ausgerottet werden. Die eindeutigen Beschlüsse des VII. Weltkongresses und später der Berner Konferenz (1939) machten den Weg frei für eine klare Orientierung auf die Schaffung der Einheit der Arbeiterklasse und einer antifaschistischen Volksfront aller Hitlergegner.

In Deutschland wie an anderen Fronten des antifaschistischen Kampfes leisteten die bewußtesten Kräfte der deutschen Arbeiterklasse einen heroischen Widerstandskampf gegen die faschistische Tyrannie. Für die Rettung der Ehre der deutschen Arbeiterklasse und Nation brachte die KPD die größten Blutopfer. Mehr als die Hälfte der Mitglieder der KPD wurden in der Zeit der Naziherrschaft verfolgt, eingekerkert oder in Konzentrationslager verschleppt. Zehntausende Kommunisten gaben ihr Leben, damit Deutschland als friedliebender und antifaschistisch-demokratischer Staat wieder erblühen sollte.

Die Niederlage des Faschismus und die neuen Aufgaben

1945 — nach der bis dahin größten Niederlage des deutschen Imperialismus — bestand für die deutsche Politik abermals die große Chance, einen neuen Weg einzuschlagen. In ihrem Aufruf vom 11. Juni 1945 wies die KPD den Weg, wie in ganz Deutschland die imperialistischen und faschistischen Verderber der deutschen Nation entmachtet und eine einheitliche antifaschistisch-demokratische Republik aufgebaut werden konnte. Die vom Zentralkomitee der KPD entwickelte Politik, die am 15. Juni 1945 der Zentralkomitee der SPD unter Otto Grotewohl in einer eigenen Erklärung unterstützte, entsprach der objektiven Lage

im damaligen Deutschland sowie dem Sehnen und Hoffen von Millionen deutscher Menschen nach endgültiger Überwindung der Ursachen zweier Weltkriege.

Eine Neuordnung der Verhältnisse war nur durch eine einheitlich handelnde Arbeiterklasse möglich. Im Osten Deutschlands wurde diese Lehre beherzigt. Dort schlossen sich KPD und SPD auf dem Boden des wissenschaftlichen Sozialismus zur Sozialistischen Einheitspartei Deutschlands zusammen und bereiteten damit dem deutschen Imperialismus eine entscheidende Niederlage.

Der Weg zur sozialistischen Revolution in der DDR

Zum ersten Mal vereinigten sich in einem hochentwickelten Industrieland die beiden bedeutungsvollsten Strömungen der Arbeiterbewegung. Das war ein großer Sieg des Marxismus und die zuverlässige Grundlage für alle nachfolgenden Errungenschaften der Arbeiterklasse auf dem Gebiet der DDR. Nur durch die Übernahme der

politischen Führung der Gesellschaft durch die Arbeiterklasse und die Herstellung eines breiten Bündnisses mit allen antiimperialistischen Kräften im Rahmen des Blocks der antifaschistisch-demokratischen Parteien war es möglich, die geschichtlich notwendige Neuorientierung der deutschen Politik durchzuführen. Unterstützt und geschützt vor ausländischer Intervention durch die sozialistische Besatzungsmacht setzte die Arbeiterklasse grundlegende Reformen durch. Industrie-

¹⁾ Wilhelm Pieck: Der neue Weg zum gemeinsamen Kampf für den Sturz der Hitlerdiktatur, Berlin 1960

und Bodenreform, Schul- und Justizreform schufen völlig neuartige, demokratische Macht- und Eigentumsstrukturen und vollendeten das seit Jahrzehnten erstrebte Werk der demokratischen Revolution.

Die Einheit der Arbeiterklasse und ihr umfassendes Bündnis mit allen nichtmonopolistischen Klassen und Schichten war die gesellschaftliche Kraft, um auf friedlichem Wege die Grundaufgaben unserer Epoche zu

Die Politik der Spaltung in Westdeutschland und die Entstehung des westdeutschen Staates

Völlig entgegengesetzt verlief die Entwicklung in Westdeutschland. Um seine Macht wenigstens in einem Teil Deutschlands zu retten, nahm das deutsche Monopolkapital Kurs auf die Spaltung Deutschlands. Bereits im Oktober 1945 erklärte Adenauer in einem Interview: „Das beste wäre ... sofort ... aus den drei westlichen Zonen einen Bundesstaat zu bilden.“⁴⁾

Im Bündnis mit dem imperialistischen Großbürgertum der westlichen Siegermächte ging die innere Reaktion daran, Schritt um Schritt die Einheit Deutschlands zu zerstören und die alten monopolkapitalistischen Machtverhältnisse wieder zu restaurieren.

Das war nur möglich, weil in den Westzonen die Spaltung der Arbeiterklasse nicht überwunden wurde. Statt alle Kraft für die Einheit der Arbeiterklasse auf dem Boden des Marxismus einzusetzen, beschritten die rechten sozialdemokratischen Führer wieder den verhängnisvollen Weg von Weimar und führten ihre alte Politik des Antikommunismus fort.

Die KPD hat in dieser Periode unermüdlich für den demokratischen Neuaufbau des staatlichen und gesellschaftlichen Lebens gekämpft. Sie hat mit ihren besten Kräften und im Bündnis mit Sozialdemokraten und allen Antifaschisten für die Beseitigung der aus Faschismus und Krieg aufgetürmten materiellen und geistigen Trümmer gewirkt. Unermüdlich trat sie ein für die Einheit der Arbeiterorganisationen und die Beachtung der Lehren aus Krieg und Faschismus in Staat und

lösen und auch die sozialistische Revolution siegreich zu vollenden.

Die politische Macht der Arbeiterklasse und aller Bürger der Deutschen Demokratischen Republik beherzigte konsequent alle Lehren der Novemberrevolution von 1918. Durch die Beseitigung der Herrschaft der Monopole und Militaristen entstand eine wahrhafte Demokratie des Volkes. Was des Volkes Hände schaffen, ist in der DDR des Volkes eigen.

Wirtschaft. Durch die Wiederherstellung der Monopolmacht, durch den wieder organisierten Antikommunismus und die Ablehnung der Einheit der Arbeiterorganisationen durch Dr. Schumacher und seine Anhänger wurde das werktätige Volk um die Früchte seiner Anstrengungen betrogen. Der westdeutsche Staat entstand als Ergebnis einer systematisch betriebenen Spalterpolitik.

Unsere Partei hat an der Ausarbeitung des Grundgesetzes mitgearbeitet, und bei vielen unserer Vorschläge hat man uns im Parlamentarischen Rat zugestimmt, wie wir auch sozialdemokratischen Vorschlägen zustimmten. Wenn wir das Grundgesetz abgelehnt haben, dann vor allem darum, weil die herrschenden Kreise und ihre ausländischen Auftraggeber damit die Urkunde der Spaltung geschaffen hatten. Unsere Partei hat aber von der ersten Stunde an erklärt, die demokratischen Rechte und Freiheiten des Grundgesetzes gegen alle Anschläge der reaktionären und militaristischen Kreise zu verteidigen.

Mit der Wiederherstellung der Macht des Monopolkapitals ging eine antikommunistische Hysterie einher. Sie wurde ständig gesteigert, um damit eine umfassende Remilitarisierung durchzusetzen. Unsere Partei hat gegen diesen verhängnisvollen Kurs in- und außerhalb der Parlamente entschlossen angekämpft. Als konsequente Gegnerin der Militarisierung, der NATO- und Notstandspolitik, wurde unsere Partei zum dritten Male seit ihrer Gründung von den gleichen Kräften des Konzernkapitals und des Militarismus verboten.

⁴⁾ Paul Weymar: Konrad Adenauer, autorisierte Biographie, München 1955, S. 28

Neue Perspektiven

Wie 1914 und 1939 hat der in der Bundesrepublik herrschende Imperialismus und Militarismus und seine Hauptpartei, die CDU/CSU, wieder ein weitgehend abenteuerliches Programm der Aggression nach außen und der Reaktion nach innen. Gestützt auf ein starkes wirtschaftliches Potential, auf die dominierende Stellung der westdeutschen Monopole in der EWG und auf die Positionen der Bundeswehrgenerale in der NATO will er die Ergebnisse des zweiten Weltkrieges revidieren, die Vorherrschaft in Europa erringen und, wie es Strauß formulierte, „die politischen Machtverhältnisse verändern“.⁵⁾

Den Notstandsgesetzen fällt dabei die Aufgabe zu, den Weg zur Errichtung einer Militärdiktatur zu öffnen, um so die inneren Voraussetzungen für die Expansion des westdeutschen Monopolkapitals nach außen zu schaffen. Die rechten SPD-Führer haben sich ebenfalls auf diese aggressive Politik festgelegt.

In ihrem Godesberger Programm und in ihren Beschlüssen von Nürnberg haben sie sich zur Aufrechterhaltung der bestehenden Gesellschaftsordnung bekannt.

Die große Verantwortung der Arbeiterklasse

Auf der Arbeiterklasse der Bundesrepublik liegt daher eine hohe Verantwortung. Von ihr als der entscheidenden Kraft hängt es ab, daß auch bei uns die Lehren der Novemberrevolution verwirklicht, Imperialismus und Militarismus geschlagen, Frieden und Demokratie gesichert werden.

Die Voraussetzung dafür, daß das in der Novemberrevolution von 1918 Begonnene auch in der Bundesrepublik zu Ende geführt wird, ist eine stabile Aktionseinheit der Arbeiterklasse, das einheitliche Handeln der kommunistischen, sozialdemokratischen, christlichen und parteilosen Arbeiter als Kraftzentrum für den Zusammenschluß aller demokratischen Kräfte.

Wir Kommunisten wollen dazu das Unsige beitragen und haben mit unserem Programmentwurf einen Beitrag

Unsere Partei hat der ganzen Bevölkerung einen Programmentwurf unterbreitet für eine grundlegende demokratische Neuordnung der Bundesrepublik, für die Abwehr aller Gefahren, die dem friedlichen und demokratischen Leben drohen. Unser Ziel ist ein fortschrittlicher demokratischer Friedensstaat. Wir erstreben eine sozialistische Zukunft der Bundesrepublik. Wir bekräftigen unsere Überzeugung, daß die sozialistische Befreiung der Arbeiterklasse nur das Werk der Arbeiterklasse selbst sein kann. Damit stehen wir an der Seite der Arbeiter, der Bauern und der Mittelschichten, der Intelligenz und der Jugend, die nach demokratischen und gesellschaftlichen Veränderungen streben. Einzig dieser Weg führt auch zur endgültigen Sicherung des Friedens und zur nationalen Wiedervereinigung.

Mit unserem Programm wollen wir unsere Partei, die gesamte Arbeiterklasse, gegen die massiven Angriffe der Monopole und des reaktionären Staates wappnen, um sie auf die schärfster werdenden Klassenschlachten vorzubereiten.

geleistet in dem Bestreben, Antwort zu geben auf die Fragen des arbeitenden Volkes und ihm einen gangbaren Weg zu zeigen, wie in der Bundesrepublik eine Wende zu einer Politik des Friedens, der Sicherung der demokratischen Rechte und sozialen Interessen der Werktätigen durchgesetzt werden kann.

Unsere Partei kämpft jetzt 50 Jahre und seit 1946 in fester Kampfgemeinschaft mit der SED für Frieden, Demokratie und gesellschaftlichen Fortschritt. Dieser Kampf hat in der Sozialistischen Einheitspartei und im Arbeiter- und -Bauern-Staat, in der sozialistischen Gesellschaftsordnung der Deutschen Demokratischen Republik seinen bisher größten Erfolg gefunden. In diesen Jahren hat unsere Partei große Erfahrungen gesammelt. Diese haben ihren Niederschlag in dem Entwurf unseres Programms gefunden. Wir Kommunisten in der Bundesrepublik setzen alles daran, diese Erfahrungen

⁵⁾ F. J. Strauß: Entwurf für Europa, Seewald-Verlag, Stuttgart 1966, S. 65

der kämpfenden Jugend und allen Sozialisten und Demokraten zu vermitteln.

Die Geschichte unseres Kampfes beweist: Die KPD ist eine Klassenpartei auf dem Boden des Marxismus-Leninismus und Internationalismus. Sie ist eine nationale Partei, die sich ausschließlich leiten läßt von den friedlichen und demokratischen Interessen unseres Volkes. Für diese Grundsätze bringen wir Kommunisten die größten Opfer. Wir tun dies, weil die geschichtlichen Erfahrungen der letzten 50 Jahre

lehren, daß der demokratische und gesellschaftliche Fortschritt ohne die Kommunisten nicht möglich ist.

Der Erfolg der demokratischen Kräfte liegt in der Freiheit und Stärkung der KPD, im legalen Wirken unserer Partei begründet, die im Feuer der Novemberrevolution entstand und die sich in den 50 Jahren ihres Bestehens stets als zuverlässige und konsequente Kraft im Kampf gegen Imperialismus und Militarismus, für Frieden, Demokratie und Sozialismus erwiesen hat.

Zu einigen Problemen und Erfahrungen aus der Diskussion des Programmentwurfs

von MAXIMILIAN

Mit dem Entwurf unseres Programms trat unsere Partei in einem bedeutsamen politischen Augenblick an die Öffentlichkeit. Die politische Entwicklung der letzten Wochen und Monate bestätigt die Einschätzung des 11. Plenums des Zentralkomitees unserer Partei, daß wir uns an einem „Schnittpunkt in der Entwicklung der Nachkriegszeit“ befinden. Machtvolle Aktionen der demokratischen Kräfte gegen Notstandsgesetze und Neonazismus, gegen die soziale Belastung des werktätigen Volkes, für Frieden, Demokratie und sozialen Fortschritt prägen die politische Situation. Die Warnstreiks, Demon-

strationen, Kundgebungen, Versammlungen und Foren sind eine deutliche Absage an die Politik der Großen Koalition, die weiterhin auf innen- und außenpolitische Verschärfung orientiert ist. In breiten Bevölkerungskreisen wächst die Erkenntnis, daß es so wie bisher nicht weitergehen kann, daß eine neue Politik durchgesetzt werden muß. In dieser Situation erweist sich unsere Partei erneut als einzige Kraft, die unzweideutig in ihrem Programmentwurf die Fragen beantwortet, die Gegenwart und Zukunft der Bevölkerung in der Bundesrepublik betreffen.

Eine Partei

Seit dem Parteitag 1963 hat die Partei ihre politische Autorität und ihren Masseneinfluß erhöht. In vorderster Reihe kämpfen Kommunisten neben Sozialdemokraten, Christen und parteilosen Arbeitern. Keine Aktion der demokratischen Kräfte ist denkbar ohne die Kommunisten. Die Forderung des Parteitages, eine Partei der Aktion zu werden, wurde zur politischen Realität. Besser als in den Aktionen der letzten Monate konnte die Linie des Parteitages ihre Bestätigung in der politischen Praxis nicht finden. Die Aktionen der vergangenen Monate zeigen, daß unsere programmatischen Vorschläge mitten im politischen Leben stehen und an die Forderungen der außerparlamentarischen Oppo-

der Aktion

sition und der Gewerkschaften anknüpfen. Im Prozeß der weiteren Polarisierung der politischen Kräfte müssen die Kommunisten ihre Rolle spielen. Sind sie es doch, von denen erwartet wird, daß sie mit klaren Vorstellungen auftreten, präzise und wissenschaftlich die Lage analysieren und auf der Grundlage unseres Programmentwurfs eine richtige Alternative aufzeigen.

Klarheit über die Grundfragen unserer Politik ist daher für alle Kommunisten heute notwendiger denn je. Es kommt vor allem darauf an, daß in den Leitungen und Grundorganisationen der Partei mit noch größerer Intensität als bisher der Programmentwurf diskutiert wird.

Wer aufmerksam das Auftreten von Kommunisten in der Öffentlichkeit verfolgt, kann unschwer erkennen, wer von ihnen den Programmentwurf studiert oder ihn nur oberflächlich gelesen hat.

Es gibt nicht wenige Kommunisten, die mit dem Argument: „Zum Studium habe ich noch keine Zeit gehabt, da fast täglich politische Aktionen ausgelöst werden“, ihr qualifiziertes Auftreten einengen. Auch von Leitungsgremien wird dieses Argument angeführt als Begründung für die teilweise noch ungenügende Aussprache über den Programmentwurf in der Partei.

Es ist schwer, unseren Mitgliedern in den Leitungen ein Rezept für die Gestaltung ihres Arbeitsstils zu vermitteln. Aber verändern müssen wir; wir müssen zum Beispiel alle Erscheinungen überwinden, die uns hemmen, mit der ganzen Partei unsere Politik zum Tragen zu bringen. Den Hinweis des Parteitages 1963, die Partei stärker auf Aktionen zu orientieren, gilt es, mit der Diskussion über den Programmentwurf zu verbinden. Lenin verweist uns auf die Notwendigkeit, Aktion und politische Propaganda sehr eng miteinander zu verbinden. Wir

Den Kampf an der ideologischen Front verstärken

W^{eil} die KPD der entschlossene Verfeidiger der Lebensinteressen der Arbeiterklasse ist, weil sie ein standhafter und entschiedener Gegner der Macht der Monopole in der Bundesrepublik ist, weil sie mit ihrem Programmentwurf die wahren Machtverhältnisse enthüllt und eine echte politische Alternative für die Umgestaltung der Bundesrepublik zu einem Staat der fortschrittlichen Demokratie und des Friedens entwickelt — darum betrachtet die Kiesinger-Strauß-Regierung unsere Partei als ihren Hauptfeind.

Mit der sogenannten neuen Ostpolitik, die auf politische und ideologische Aufweichung des sozialistischen Lagers orientiert ist, geht auch die ideologische Offensive des Antikommunismus gegen unsere Partei vor sich.

Als wir unseren Programmentwurf veröffentlichten, reagierte die Bonner Regierung mit dem Verbot der öffentlichen Diskussion. Im SPD-„Vorwärts“

müssen daher das Problem lösen, daß auch in Zeiten hoher politischer Anforderungen die Partei konsequent das Studium des Programmentwurfs fortsetzt.

Es ist wichtig, wenn einige Bezirksleitungen richtige Schlüssefolgerungen aus dem bisherigen Stand der Programmdiskussion ziehen und in den nächsten Monaten alle Kräfte auf die Hilfe für die Grundorganisationen konzentrieren. Die Diskussionen in den Leitungskörperschaften sind im wesentlichen abgeschlossen. Jetzt sollten wir erneut mit dem aktiven Kern, mit allen fähigen Genossen, beraten: **Welche politisch-ideologischen Hauptprobleme wollen wir in den Betriebs- bzw. Wohngebietsgruppen klären? Welche politischen Aufgaben sollen die Grundeinheiten in der Öffentlichkeit erfüllen? Einige Leitungen haben bereits Beratungen durchgeführt und die Methode des Seminars angewandt, die nachahmenswert für andere sind.**

Es kommt jetzt darauf an, zielgerichtet, mit dem Blick auf die Grundorganisationen die nächste Etappe der Programmdiskussion in der Partei zur Hauptaufgabe zu machen.

war zu lesen, die Kommunisten hätten sich nicht geändert, wären „Dogmatiker“ geblieben, folglich brauche man sie gar nicht wieder zulassen. Demagogisch schlagen sie eine Neugründung der KPD vor und meinen eine „geläuterte“ KPD, die wichtige Grundsätze ihrer marxistisch-leninistischen Position und Politik aufgeben soll.

Mit scheindemokratischen Phrasen werden die Vorgänge in der ČSSR von der bürgerlichen Presse kommentiert mit der Absicht, unsere Partei in sogenannte „elastische“ und „dogmatische“ Mitglieder zu spalten. Zwischen SED und KPD will man einen Keil treiben.

Bürgerliche Apologeten setzen ihre Verleumdungen fort und behaupten: „Die KPD ist nicht die Partei der Arbeiterklasse“, und zum 150. Geburtstag von Karl Marx wurde die These, „daß der Marxismus überholt und der Leninismus als eine spezifische Erfindung Rußlands auf Westeuropa nicht anwendbar sei“, erneuert. Der leninsche Typ der Partei sei für die

Bundesrepublik nicht brauchbar und antiquiert.

Deutlicher konnte man nicht zeigen, wie unbequem ihnen die KPD als eine marxistisch-leninistische Kampfpartei, als eine Partei leninschen Typs ist.

Unsere Gegner haben erkannt, wie sehr der Einfluß unserer Partei mit der Veröffentlichung unseres Programm-entwurfs wuchs. Daran ändert auch die antikommunistische Hetze in den Presseorganen nichts. Die Kommunisten kann man als Bündnispartner der außerparlamentarischen Opposition nicht ausschalten. Wir sind mit unserer Politik in die Offensive gekommen und müssen sie verstärkt fortsetzen. Es gilt daher, alle legalen Möglichkeiten zur Darlegung unserer Politik zu nutzen, die Bewegung „Freiheit für die KPD“ zu erweitern und die legale Diskussion des Programm-entwurfs zu erzwingen.

Mit seiner ideologischen Offensive will der Gegner unsere Partei zer setzen. Aber unsere Partei ist politisch-ideologisch einheitlicher denn je. Dennoch müssen wir erkennen, daß es

notwendig ist, dem Angriff des Gegners eine verstärkte ideologische Arbeit innerhalb und außerhalb der Partei entgegenzusetzen. Die Absicht des Gegners wird mißlingen, wenn wir unsere Politik, unsere Ideen und Vorschläge, wie sie im Programm-entwurf enthalten sind, offensiv vor der Bevölkerung entwickeln und den Nachweis führen, daß sie den Interessen des Volkes, vor allem der Arbeiterklasse, entsprechen. Immer mehr Menschen erkennen, daß es in ihrem eigenen Interesse liegt, die Legalität der KPD zu erkämpfen. Es gibt noch eine Erfahrung aus den Kampfaktionen der Massen: Es gibt keinen entscheidenden Erfolg der außerparlamentarischen Opposition ohne die Kommunisten.

Ein wichtiges Mittel, der Offensive des Gegners zu begegnen, ist die Verstärkung des Vertriebs fortschrittlicher marxistischer Literatur, Zeitschriften und Zeitungen. Alle Leitungen sollten dieser Aufgabe größte Aufmerksamkeit widmen und als Bestandteil der politischen Massenarbeit der ganzen Partei betrachten.

Einige Erfahrungen aus der öffentlichen Diskussion

Das Interesse an unserem Programm-entwurf ist in der Öffentlichkeit nach wie vor sehr groß. Hunderttausende erhielten bereits den Text. Während die politische Alternative für die Gegenwart und die Zukunft im allgemeinen begrüßt wird, gibt es aber auch Zweifel und Diskussionen, die bis zur Ablehnung des analytischen Teils (Teil I) des Programm-entwurfs gehen. Darum ist es notwendig, noch gründlicher als bisher den Zusammenhang zwischen dem aktuellen politischen Kampf und dem Wesen der staatsmonopolistischen Machtverhältnisse aufzuzeigen.

Wir Kommunisten haben durch unser öffentliches Auftreten und die Diskussion des Programm-entwurfs im politischen Leben der Bundesrepublik unseren Einfluß vergrößert. Ein nächster Höhepunkt im Kampf um die volle Legalität der KPD und in der Darlegung unserer Politik sollte der 17. August 1968, der 12. Jahrestag des Verbots, sein. Wenn viele Genossen öffentlich auftreten, kann dieser Jahrestag zu einer wirksamen Manifesta-

tion gegen die Verbotspolitik der herrschenden Kreise gestaltet werden. Es ist daher zu begrüßen, wenn in vielen Kreisen und Grundorganisationen die politischen Initiativen immer mehr dezentralisiert werden und sich immer mehr Genossen aus den Grundorganisationen an der politischen Öffentlichkeitsarbeit im Zeichen unseres Programm-entwurfs beteiligen.

Wie die Erfahrungen der letzten Monate beweisen, gibt es viele Möglichkeiten der Diskussion in Betrieben, Gewerkschaften, Organisationen und Bildungseinrichtungen. Die vielen guten Beispiele sollten alle anspornen! In einer Reihe Gewerkschaftsorganisationen wurden Anträge für die Aufhebung des Verbots der KPD beschlossen und an die Verbandstage weitergeleitet. Solche Anträge sind immer das Ergebnis vieler Diskussionen von Kommunisten, Sozialdemokraten, Christen und parteilosen Gewerkschaftern. So wird der Dialog über die Politik unserer Partei unter den Massen fortgesetzt! Es gibt auch viele Beispiele, wie die Diskussion über den Pro-

grammentwurf in der SPD, in den Arbeiterjugendorganisationen, an Universitäten und Oberschulen geführt werden kann. Solche Diskussionen sollten von der Partei stärker durch Initiativen ausgelöst werden.

Bekannte Kommunisten übergaben den Entwurf Funktionären der Gewerkschaften, der SPD und Persönlichkeiten anderer Organisationen des öffentlichen Lebens. Von der Öffentlichkeit stark beachtet waren Beispiele der Übergabe an Gemeinde- und Stadt-

vertreter, an Betriebsräte eines größeren Betriebes und in Bayern an den Ministerpräsidenten, an die Abgeordneten und Fraktionsvorsitzenden des Landtages.

Diese Methode der Arbeit wird noch nicht von vielen Parteiorganisationen praktiziert. Das Bestreben, an leitende Persönlichkeiten und Organisationen, Parteien und Regierungsorgane direkt heranzutreten, den Programmentwurf zu übergeben und das Gespräch zu führen, ist noch ungenügend.

Worauf kommt es jetzt an?

- Dem Verbot der öffentlichen Diskussion des Programmentwurfs gilt es offensiv entgegenzuwirken und die Freiheit der Meinung und der Diskussion zu erkämpfen.
- Es gilt, die Arbeiterklasse stärker in die Diskussion einzubeziehen; unsere Betriebszeitungen sollten durch interessante Fragestellungen die Diskussion im Betrieb über die politischen Grundfragen verstärken.
- Das Gespräch mit Persönlichkeiten des öffentlichen Lebens muß mehr als bisher gesucht werden, damit auch deren Meinungen bei der Überarbeitung des Programmentwurfs berücksichtigt werden können.
- In allen Diskussionen gilt es, großen Wert auf die Erläuterung der Analyse des gesellschaftlichen Systems im Teil I des Programmentwurfs zu legen. Dafür sollten die vorhandenen Mittel der Agitation und Propaganda stärker genutzt werden.

Im Zeichen des 50. Jahrestages der Gründung der KPD

In diesem Jahr begehen wir den 50. Jahrestag der Gründung der KPD. In diesem historischen Zeitabschnitt hat das deutsche Monopolkapital immer wieder versucht, die KPD aus dem politischen Leben auszuschalten und — wie die Hitlerfaschisten sagten — zu vernichten. Eine marxistisch-leninistische Partei kann man wohl in die Illegalität drängen, aber man sie nicht aus dem politischen Leben ausschalten und nicht „vernichten“, da man die Arbeiterklasse nicht vernichten kann.

Im Zeichen des 50. Jahrestages der Gründung unserer Partei verbinden wir die Diskussion über den Programmentwurf mit der Darlegung der Rolle und des Wesens unserer marxistisch-leninistischen Partei..

In den Grundorganisationen kommt es jetzt darauf an, die Versammlungen zur Diskussion über den Programmentwurf so zu planen, daß durch Einsatz von befähigten Genossen schwache Grundorganisationen, vor allem in den Betrieben, kameradschaftliche Hilfe erhalten. **Mit unserer verstärkten Arbeit in der Öffentlichkeit bieten sich viele Möglichkeiten, neue Mitglieder**

für die Partei zu werben. Diese Aufgabe sollte in allen Plänen der Leitungen einen wichtigen Platz einnehmen. Für jede Grundorganisation stellt sich die Aufgabe, bis zum 50. Jahrestag der Gründung unserer Partei konkrete Werbeziele zu stellen.

Höhepunkte im Leben aller Grundorganisationen sind die Wahlen der Parteigruppenleiter und Sekretäre. Sie gilt es daher besonders gründlich vorzubereiten und mit einer politischen Bilanz über die Tätigkeit der Grundorganisation zu verbinden. Diejenigen Grundorganisationen werden ihre Aufgaben richtig meistern, die aus der bisherigen Tätigkeit Schlüssefolgerungen für eine verstärkte und verbesserte Massenarbeit ziehen.

Die Erfahrungen, die jetzt die Partei in der Programmdiskussion in der Öffentlichkeit macht, sind sehr wesentlich für die weitere Arbeit. Alle Leitungen sollten daher die Erfahrungen, Argumente und Hinweise gründlich analysieren und daraus Schlüssefolgerungen für die Tätigkeit zu ziehen. Wie viele Beispiele aus Grundeinheiten und Leitungen beweisen, ergibt eine solche

Arbeitsmethode immer wieder neue Vorschläge für Diskussionen unserer Grundorganisationen mit speziellen Arbeitskreisen von Betriebs- und Gewerkschaftsfunktionären, Sozialdemokraten, Intellektuellen, Studenten und Schülern, Bauern, Handwerkern und

Hausfrauen. Es ist für die Partei ein großer Gewinn, wenn die Meinungen aus den Grundorganisationen und aus solchen Aussprachen mit den schon vorliegenden Vorschlägen bei der Endabfassung des Programms unserer Partei berücksichtigt werden können.

Der Kampf der Jugend und unser Programmentwurf Ein Beitrag zur Diskussion mit der jungen Generation

von STEFAN KERN

Ein beachtlicher Teil der jungen Generation unseres Landes ist in Bewegung. Wir erleben in der Gegenwart die größten, intensivsten politisch-fortschrittlichen Kämpfe der jungen Generation seit Bestehen der Bundesrepublik. Was sind die Ursachen? Geben wir zuerst den Parteien der Großen Koalition, die gezwungenermaßen sich in den vergangenen Monaten wiederholt mit der demokratischen Bewegung der Jugend und Studenten zu beschäftigen hatten, das Wort. Sowohl die CDU/CSU-Führer als auch die SPD-Führer meinen, daß es Mängel sowohl in der „Vervollkommenung des demokratischen Rechtsstaates“ als auch auf dem Gebiet der Bildung, der sozialen Wohlfahrt usw. gäbe. Hier müsse Abhilfe geschaffen werden; Reformen werden angekündigt.

Dies ist im Grunde die alte Methode der Bourgeoisie: Kommst du in Bedrängnis, gib Mängel zu, ändere, was in deinem Interesse zu ändern nötig ist. Zu den eigentlichen Ursachen vermögen beide Koalitionspartner nicht vorzudringen; sie können und wollen es nicht. Dann müßten sie nämlich die eigentlichen Wurzeln der Unruhe und des Aufbegehrens bloßlegen.

Das bestätigt die Rede Kiesingers während der Debatte über Jugendfragen am 9. Februar im Bundestag. Kiesinger erklärte, daß er nicht den

Versuch unternehmen wolle. „... die Ursachen und Motive dieser Unruhen darzustellen“, ihm ginge es um die „rechtswidrigen Gewaltsamkeiten“. Dieses Unvermögen, zum Kern der Dinge vorzudringen, ist kennzeichnend für die autoritären Machtmethoden der herrschenden Kreise. Sie beweisen damit, daß sie nicht willens sind, grundlegende demokratische Veränderungen im Sinne der Forderungen der jungen Generation vorzunehmen. So blieb neben manchen Anbiederungen an berechtigte Forderungen der jungen Generation schließlich die Verketzerung der Demonstranten als „Minimorität“, „Aufrührer“ und „Terroristen“ (Barzel), der Ruf nach der „Zivilcourage“ und des Einsatzes der Staatsautorität am Orte „wenn es noch Zeit ist“ (H. Schmidt). Es kam zum Appell des Francofreundes Jäger (CSU) an die Minister und Polizeipräsidenten: „Landgraf werde hart!“

Natürlich beobachten die herrschenden Kreise mit Sorge die wachsende Unzufriedenheit und das politische Engagement der Jugend. „Sie suchen diese Strömungen jedoch“, so heißt es in unserem Programmentwurf, „als Ausdruck jugendlicher Unreife abzutun oder ihnen mit Polizeiwillkür zu begegnen“.

Die Ursachen der politischen Bewegung unter der Jugend

Wir meinen, daß die Ursachen der politischen Bewegung der Jugend im politischen System der staatsmonopolistischen Gesellschaftsordnung selbst begründet liegen. Dies findet seine Bestätigung in der sozialen und politischen Bewegung. Widersprüche, die jungen Menschen durch unmittel-

bares Erleben im Betrieb, an der Schule und Hochschule bewußt wurden, werden von ihnen zunehmend nicht als betriebs- oder hochschulintern, sondern als Bestandteil des Systems erkannt und bekämpft. Die Arbeiterjugend, die Studenten und Schüler sehen ihre Vorstellungen von

einer menschenwürdigen Gesellschaft, von Demokratie und Freiheit konfrontiert mit der spätkapitalistischen Wirklichkeit. Ihre Vorstellungen und Ideale von einem Leben in Frieden, Demokratie und sozialer Sicherheit sehen sie brutal enttäuscht durch die Unterstützung, die die Bundesregierung der US-Aggression in Vietnam gewährt. Ihre eigenen Mitbestimmungsforderungen vergleichen sie mit der Notstandspraxis. In Kurzarbeit, Entlassungen und sozialem Abbau erkennen sie die Lüge von der angeblichen Sozialpartnerschaft. In einer Zeit des gewaltigen wissenschaftlich-technischen Fortschritts erfährt unsere Jugend die Unzulänglichkeit beruflicher Aus- und Weiterbildung, steriler Bildungspraktik und -Politik, die allein orientiert ist an den Bedürfnissen monopolistischer Profitsteigerung. Sie verspürt die staatliche Reglementierung und die Meinungsmanipulierung durch den Springer-Konzern. Das Unbehagen über die unbewältigte Vergangenheit verstärkt sich angesichts des offen propagierten Nationalismus und wiedererstandenen Nazismus in der NPD und der offiziellen Politik. Die Bildung der Großen Koalition hat der Unzufriedenheit neue Nahrung gegeben.

Gab es im Dezember 1966 noch vielerorts, auch in der jungen Generation, Illusionen über die von der Großen Koalition verkündete „neue Ostpolitik“, Wirtschafts- und Bildungspolitik, so sind diese längst einer realen Einschätzung gewichen. Die Große Koalition wird immer mehr als totales Integrationsinstrument begriffen, in der die SPD-Führer zum offenen Erfüllungsgehilfen der CDU/CSU-Politik geworden sind. In den Forderungen der 8. Jugendkonferenz der IG

Was will die junge Generation?

Der politisch engagierte Teil der jungen Generation kämpft für eine demokratische Gesellschaft: Mitbestimmung in Betrieb, Schule und Gesellschaft, Demokratisierung des gesamten gesellschaftlichen Lebens; Erhaltung und Ausbau des Grundgesetzes; Herabsetzung des Wahlalters. Deshalb bekämpft sie die Notstandsgesetze und den Neonazismus. Dafür tritt auch unsere Partei ein!

Metall, die im Mai 1968 in Köln tagte, nach Beendigung der Großen Koalition und Austritt der Gewerkschaften aus der „konzertierten Aktion“, wider spiegelt sich die Haltung eines immer größeren Teils der jungen Generation. Nicht zuletzt sind es die sozialen und Befreiungskämpfe in der internationalen Arena, die Verschärfung der politischen Spannungen, die zunehmende reaktionäre Herrschaft in den Ländern des Kapitals sowie die erfolgreiche Entwicklung der sozialistischen Länder — vor allem auch der DDR —, die den Denkprozeß der jungen Generation heute wesentlich mitbestimmen.

Angesichts dieser Tatsachen die Unzufriedenheit und Aktivität der Jugend als „ein Generationsproblem“ oder als „normale Erscheinung in allen Industrieländern“ abzutun, ist, gelinde gesagt, Heuchelei. Denn was in diesen Tagen und Wochen die junge Generation an Forderungen aufstellt, sind demokratische Alternativen, die sich mit den Forderungen der arbeitenden Bevölkerung in Stadt und Land verbinden.

In Übereinstimmung mit diesen Ursachen der politischen Jugendbewegung trifft unser Programm-Entwurf die Feststellung: „Unsere arbeitende und studierende Jugend beginnt an einem System zu zweifeln, in dem das Profit- und Machtstreben einiger Weniger das Maß aller Dinge, Richter über Leben und Tod des Volkes ist.“

Es ist nicht zufällig, daß immer mehr junge Menschen Veranstaltungen mit bekannten Kommunisten besuchen, Fragen stellen und Probleme ihres Kampfes diskutieren. Unsere Partei kommt mit ihrem Programm-entwurf diesem Interesse nach einem Dialog entgegen.

Die junge Generation demonstriert für die Beendigung der US-Aggression in Vietnam und deren Unterstützung durch Bonn, für Atomwaffenverzicht und eigene Abrüstungsanstren gungen, für die Anerkennung der politischen Realitäten in Europa und in Deutschland. Darum verlangt sie die Aufgabe des Alleinvertretungsanspruchs und die Anerkennung der DDR, sowie der bestehenden euro-

päischen Grenzen. Dafür tritt auch unsere Partei ein!

Die junge Generation kämpft für ein den Erfordernissen der wissenschaftlich-technischen Revolution entsprechendes Bildungssystem, für die Demokratisierung der Schulen und Hochschulen, des Bildungsinhalts und der Bildungsorganisation. Sie fordert ein fortschrittliches Berufsausbildungsgesetz, Beseitigung des Bildungsprivilegs und Einführung der 10-Klassen-Schule. Sie verlangt, daß Forschung und Lehre allein dem Volke, der Humanität und Völker-

Die Forderung nach einer gesellschaftlichen Alternative

Die Kritik an der bestehenden gesellschaftlichen Ordnung geht einher mit einem verstärkten Suchen nach einer gesellschaftlichen Alternative. Mehr noch: Das Interesse am Marxismus-Leninismus, am Sozialismus ist gewachsen. Mit immer mehr Nachdruck werden wir gefragt: Was ist Sozialismus und wie ist der Weg dorthin?

Natürlich, so äußern sich junge Menschen, stelle der Sozialismus etwas Gutes und Erstaunenswertes dar; natürlich sei der Sozialismus besser als der Kapitalismus. Aber schaffe nicht der Sozialismus die Freiheit ab, schaffe er nicht durch die Diktatur des Proletariats eine neue Form der Unterdrückung?

Das sind vor allem Fragen nach dem Wesen des Sozialismus und sie zeigen, daß trotz vielfältiger Bejahung der sozialistischen Gesellschaftsordnung die Vorstellungen über die sozialistische Gesellschaft und den sozialistischen Staat oft widersprüchlich sind.

Es ist daher die Aufgabe aller Kommunisten, den Zusammenhang zwischen Freiheit und Demokratie und Herrschaft der Arbeiterklasse unter sozialistischen Bedingungen zu erklären. In unserem Programmentwurf heißt es darüber:

„Sozialismus ist politische Macht der Arbeiterklasse im Bündnis mit den anderen werktätigen Volksschichten, ist Volkseigentum an den wichtigsten Produktionsmitteln, ist steter sozialer

freundschaft verpflichtet sind. Dafür tritt auch unsere Partei ein!

Die junge Generation verlangt die Demokratisierung des sozialen Lebens, daß soziale Sicherheit gewährleistet wird durch Mitbestimmung, Kündigungsschutz, besseren Jugendarbeitsschutz, gleiche berufliche Startchancen. Dafür tritt auch unsere Partei ein!

Dies sind in ihrem Wesen demokratische und sozial fortschrittliche Forderungen, deren Realisierung durch die Zurückdrängung der Macht des Monopolkapitals erkämpft werden muß.

und kultureller Aufstieg. Der Sozialismus ist die demokratischste aller bisherigen Gesellschaftsordnungen, die Herrschaft des Volkes im Interesse des Volkes.“

In der sozialistischen Demokratie erhält das Leben der Menschen einen neuen Sinn. Sie bietet den Bürgern alle Voraussetzungen, in ihrem Staat mitzuarbeiten, mitzuplanen und mitzuregieren. Alle diese grundlegenden Rechte sind zum Beispiel Bestandteil der neuen Verfassung der DDR. In der sozialistischen Demokratie gelangen die Menschen zu wirklicher Freiheit, zur Entfaltung ihrer Persönlichkeit. Das ist nur möglich, weil die Ausbeutung des Menschen durch den Menschen beseitigt wurde. Nur unter solchen Bedingungen kann die Demokratie ihre konsequente Verwirklichung finden.

Aber, so wird nun weiter gefragt, wie wollt ihr dorthin kommen? Bezieht ihr nicht eine revisionistische Position, wenn euch zwar die Gesellschaft reif für den Sozialismus scheint, dieser aber im Programmentwurf als „Fernziel“ angekündigt wird.

Diese revolutionäre Ungeduld eines Teiles der jungen Generation ist positiv. Verständlich ist auch, daß sie bereits heute das ganze Kampfziel erreichen will. Aber bei der Beurteilung dieser Frage muß man von der gegebenen Lage eines Landes ausgehen. Wir Kommunisten und die anderen sozialistischen und demokratischen Kräfte dürfen die Gegenwartsaufgaben nicht gering achten.

Heute muß der Kampf geführt werden um die Verteidigung demokratischer Rechte, um ihre Erweiterung, um die Beseitigung der Kluft zwischen Verfassung und Verfassungswirklichkeit, um eine fortschrittliche antimonopolistische Demokratie, die sozialen Fortschritt und Frieden garantiert. In diesem Kampf werden die Arbeiterklasse und andere demokratische Schichten unseres Volkes Erfahrungen sammeln, wird sich das Klassenbewußtsein bei der Mehrheit der Arbeiterklasse herausbilden und festigen.

Die entscheidende Frage

Und womit, so werden wir oft gefragt, soll diese Umwälzung erreicht werden, welche Kraft soll sie herbeiführen? Darauf antworten wir: Diese Aufgabe werden die Arbeiterklasse, die Wissenschaftler und Techniker, die Lehrer und Künstler, Bauern und Gewerbetreibenden und nicht zuletzt: die Jugend selbst, erfüllen! Der Erfolg des Kampfes der demokratischen Kräfte hängt aber vor allem vom bewußten politischen Handeln der Arbeiterklasse ab.²⁾

Nicht wenige junge Menschen, die sich als Sozialisten bekennen, zweifeln an der führenden Rolle der Arbeiterklasse. Sie bejahen wohl die Notwendigkeit dieser Führung, aber sie fragen: Wo ist denn eure Arbeiterklasse; hockt sie nicht hinter dem Ofen; sind die Gewerkschaften nicht längst in das kapitalistische System integriert?

Die Masse der Arbeiterklasse ist noch nicht revolutionär. Aber Zehntausende haben längst den „warmen Ofen“ verlassen: zu Ostern auf den Straßen, beim Sternmarsch auf Bonn, Bei Streiks gegen die Notstandsgesetze. Es gibt auch unsererseits Kritik an der inkonsistenten Haltung mancher Gewerkschaftsführer. Nicht dies ist jedoch das Neue in der Gegenwart. Neu ist das Aufbegehren und Handeln beachtlicher Teile der Gewerkschaften für Mitbestimmung, Beseitigung der Notstandsgesetze, für soziale Sicher-

¹⁾ Max Reimann, Wissen und Tat, Heft 3/4 1968, S. 4

²⁾ Siehe dazu den Beitrag in der Rubrik: Junge Genossen fragen — Wissen und Tat antwortet

In diesem Kampf werden schließlich die Voraussetzungen für den Übergang zur sozialistischen Gesellschaft geschaffen. Dazu ist aber vor allem die Aktionseinheit der Arbeiterklasse und ihre breite Kampffront mit allen antimonopolistischen Kräften eine Voraussetzung. „Wir schieben folglich, um mit den Worten Lenins zu sprechen, die sozialistische Umwälzung nicht hinaus, sondern machen den ersten Schritt zu ihr, auf die einzige mögliche Weise und auf dem einzigen richtigen Wege, nämlich auf dem Wege der demokratischen Umgestaltung.“¹⁾

heit. Und nicht zuletzt dies: Erstmals in der Geschichte des deutschen Imperialismus entwickelt sich eine Kampfgemeinschaft zwischen Arbeitern, Schülern und Studenten. Dieses Bündnis hat sich vor allem im Verlauf des praktischen Kampfes, bei der Bekämpfung der gesellschaftlichen Mißstände entwickelt.

Die eindrucksvollen Aktionen bedeutender Teile der Arbeiterklasse, der Studenten und Intellektuellen gegen die Notstandsgesetze haben gezeigt, wo die Kraft ist, die eine Wende in der Politik zu erzwingen imstande ist. Und was eine einheitlich und konsequent handelnde Arbeiterklasse zu erreichen vermag, das lehren uns die machtvollen Streiks und politischen Willensbekundungen unserer französischen Klassenbrüder. In einem engen Bündnis zwischen Arbeitern, Studenten und Schülern wird diese große gesellschaftliche Kraft eine noch entscheidendere Bedeutung erhalten.

Deshalb werden die Studenten und Schüler ihren Sache selbst am besten dienen, wenn sie sich nicht als Elite fühlen, die in ihrer Isoliertheit zugleich ihre Machtlosigkeit erkennen wird. Sie müssen den Weg zur Arbeiterklasse finden, mit ihr gemeinsam den Kampf führen. Gewiß, dazu sind große und gemeinsame Anstrengungen erforderlich. Eine Flucht vor dieser Aufgabe muß letzten Endes nur den Kampf für die angestrebten demokratischen und gesellschaftlichen Veränderungen erschweren.

Ähnlich ist es mit dem Schwärmen für den zweifellos großartigen revolutionären Kampf in anderen Konti-

nenten. Wir Kommunisten fassen die Solidarität mit diesem Kampf als eine selbstverständliche Pflicht auf. Nur zu oft ist aber damit bei unseren jungen Revolutionären der Verzicht auf eine revolutionäre Strategie und Taktik im

eigenen Lande, auf mühsame soziale, ideologische und politische Kleinarbeit verbunden. Diese muß aber nun einmal geleistet werden, wie die Klassenkämpfe aller Epochen anschaulich beweisen.

Unsere unmittelbaren Aufgaben unter der jungen Generation

Die sind einige der Probleme, die heute den kämpferischen Teil der jungen Generation in unserem Lande bewegen. Jeder Kommunist muß sich diesen Fragen und Problemen mit großer Aufgeschlossenheit stellen. Die Diskussion unseres Programmentwurfs gewinnt gerade in diesem Zusammenhang eine große Bedeutung. Denn gegenüber der Perspektivlosigkeit der herrschenden Kreise und ihrer Parteien zeigt unsere Partei nicht nur die Ursachen der Unzufriedenheit und der gesellschaftlichen Gebrüchen auf, sondern weist gleichzeitig den Weg zu ihrer Überwindung.

Die Aufgabe aller Kommunisten ist es jedoch, nicht nur die kameradschaftliche und überzeugende Diskussion mit der jungen Generation zu führen. Wie in Bremen, Kiel und Bochum im Kampf gegen die Fahrpreiserhöhung, in Essen, Frankfurt, Hamburg und anderen Städten im Kampf gegen den schmutzigen Krieg in Vietnam und gegen den Springerkonzern,

an den Hochschulen und Universitäten für die demokratische Hochschulreform und Mitbestimmung, in Betrieben und Städten gegen die Notstandsgesetze und für eine parlamentarische Vertretung der außerparlamentarischen Opposition, gilt es eine enge Kampfgemeinschaft mit der jungen Generation täglich herzustellen.

Die junge Generation strebt nach gesellschaftlichen Veränderungen. Sie zeigt eine große Aufgeschlossenheit für die Ideen des wissenschaftlichen Sozialismus. Wir müssen ihr helfen, daß ihr Leitstern in diesem Streben der Marxismus-Leninismus wird. Wir Kommunisten müssen darum alles tun, um die Ideen von Marx, Engels und Lenin unter der jungen Generation zu verbreiten. Es ist schließlich die Aufgabe aller Kommunisten, den aktivsten und vorwärts drängenden Teil der jungen Arbeiter, Angestellten, Studenten und Schüler als Mitglieder für unsere Partei zu gewinnen.

Bonns Militärdoktrin und die „neue Ostpolitik“^{**}

von OTTO STEIN

Die „neue Ostpolitik“, so bedeutet die Regierung der Großen Koalition in Bonn, sei auf Frieden und Entspannung gerichtet — aber die Aufrüstung wird verstärkt vorangetrieben, der Atomwaffen-Sperrvertrag bekämpft, jede Anerkennung der DDR abgelehnt, der Anspruch auf die Grenzen von 1937 aufrechterhalten und die Bundeswehr auf einen Aggressionskrieg vor allem gegen die DDR und ihre sozialistischen Nachbarn ausgerichtet. Ganz zu schweigen von der

regierungsoffiziellen Förderung des Neonazismus und von den Notstandsgesetzen, die die totale Vorbereitung auf den totalen Krieg bedeuten.

Gewiß, es ist ein langfristiges Konzept, aber die Tatsachen beweisen: Von Frieden und Entspannung täglich reden, alle ökonomischen, politischen und ideologischen Mittel einsetzen zur Einflußnahme auf die sozialistischen Länder mit dem Ziel, sie aufzuweichen, zu zersplittern und die DDR zu isolieren, zugleich aber: Jede Völkerrechtliche Festlegung ablehnen, die einer Aggression gegen den Osten zu gegebener Zeit im Wege stände, und verstärkte Aufrüstung, einschließlich des Griffen nach Atomwaffen — das ist der Kern der sogenannten neuen Ostpoli-

^{**}) Ein weiterer Beitrag von Wissen und Tat wird sich in Kürze mit dem Thema befassen „Kommunisten und Bundeswehr“.

tik, der außenpolitischen Praxis der Regierung Kiesinger, Strauß, Wehner und Brandt.

Kiesinger selbst hat diesen Zusammenhang erneut deutlich gemacht, als er in der Etatdebatte des Bundestages am 2. April dieses Jahres als die drei

Bonns nächstes

Dabei ist an ein Vorgehen in Etappen gedacht und die erste Etappe heißt: DDR. Auf dieses nächste Ziel sind direkt oder indirekt alle Bestrebungen und Maßnahmen der Bundesregierung gerichtet, von der mittelfristigen Finanzplanung über Notstandsgesetze und Rüstungskurs bis zur Außenpolitik. Deshalb zum Beispiel wird der Sowjetunion und anderen sozialistischen Ländern Europas „großmütig“ der Austausch von Gewaltverzichtserklärungen „angeboten“, der Vorschlag von Ministerpräsident Willi Stoph aber, einen Gewaltverzicht zwischen den beiden deutschen Regierungen vertraglich zu vereinbaren und damit völkerrechtlich verbindlich zu machen, entschieden abgelehnt.

Der Alleinvertretungsanspruch soll unbedingt aufrechterhalten werden, damit jede Einmischung in innere Angelegenheiten der DDR bis hin zu militärischen Aktionen als innere Angelegenheit der Bundesrepublik, als innerdeutsche Polizeiaktion, ausgegeben werden kann, die nicht den völkerrechtlichen Normen für die Beziehungen zweier souveräner Staaten zueinander unterliege. Der Alleinvertretungsanspruch, das ist in der Konzeption der Bundesregierung die Generalvollmacht, die DDR mit allen jeweils möglichen Mitteln zu bekämpfen, zu schädigen, zu unterminieren und bei sich bietender Gelegenheit mit militärischer Gewalt zu liquidieren.

„Das Großkapital“, so stellen wir im Programmentwurf unserer Partei fest, „sah und sieht in der Deutschen Demokratischen Republik jene entscheidende Barriere, die es beseitigen will, um

Konventioneller oder atomarer Krieg?

Offizielle Grundlage ist das NATO-Dokument MC 14/3, beschlossen vom NATO-Ministerrat im Dezember vergangenen Jahres, konkretisiert auf der Tagung der NATO-Verteidigungsminister am 10. 5. 1968 in Brüssel.

unabdingbaren politischen Positionen der Bundesregierung nannte: keine Anerkennung der DDR, keine Anerkennung der Oder-Neiße-Grenze, keine Unterzeichnung eines Atomwaffen-Sperrvertrages, der den Wünschen der Bundesregierung nicht entspricht.

Ziel: die DDR

seine Herrschaft wieder über ganz Deutschland auszudehnen. Diesmal gestützt auf das Bündnis mit dem amerikanischen Imperialismus, soll Revanche für die Niederlage im zweiten Weltkrieg genommen werden. Das war und ist der Kern der Politik aller bisherigen Regierungen der Bundesrepublik.“

Welche Rolle dabei für Bonn die atomare Rüstung spielt, das sagte in der bereits erwähnten Etatdebatte des Bundestages am 4. April dieses Jahres der CDU-Abgeordnete Baron von Wrangel in Erläuterung der Rede Kiesingers:

„Jeder Vorschlag auf Abschaffung der nuklearen Komponente röhrt an die Kernfragen unserer Politik.“ Hier geht es „um die Basis, von der aus die Bundesrepublik überhaupt Politik machen kann.“

Deshalb wird auch alles getan, um den Atomwaffen-Sperrvertrag möglichst zu torpedieren. Der starke Mann der Großen Koalition, der Vertrauensmann von Flick und Abs, Franz Josef Strauß, hat bereits im „Bayern-Kurier“ vom 24. 1. dieses Jahres offen aussprechen lassen, warum: Weil eine Unterzeichnung des Atomwaffen-Sperrvertrages — so ist dort zu lesen — „de jure und de facto den Verzicht auf Wiedervereinigung bedeutet“. Das heißt also, Bonn betrachtet Atomwaffen als Voraussetzung für seine „Wiedervereinigungspolitik“.

Was damit im einzelnen gemeint ist, das zeigt ein Blick auf die neue Militärdoktrin von Bundesregierung und Bundeswehr-Generalität.

Ausgetragen vor allem zwischen den Regierungen der USA und der Bundesrepublik unter Berücksichtigung der US-Globalstrategie und der mit ihr gemachten Erfahrungen, insbesondere im Vietnamkrieg und beim Blitz-

krieg Israels gegen die arabischen Völker.

Mit dem Dokument MC 14/3 trat auch offiziell an die Stelle der längst bankroten Strategie der „massiven nuklearen Vergeltung“, das heißt der Führung eines großen Atomkrieges gegen die Sowjetunion und das sozialistische Weltsystem, die Strategie der „flexiblen Abwehr“, das heißt die Ausrichtung auf lokale konventionelle Kriege und deren Eskalation über den Einsatz atomarer Gefechtsfeldwaffen zum großen Atomkrieg, je nach Bedarf. Dementsprechend unterscheidet MC 14/3 drei Stufen der Kriegsführung:

- 1 Die sogenannte direkte Verteidigung, erläutert als begrenzter, mit konventionellen Waffen geführter Krieg, der aber „den selektiven, also dosierten Einsatz nuklearer Gefechtsfeldwaffen nicht von vornherein ausschließt, jedoch weiter zurückstellt“.)
- 2 Das Stadium der „bewußten Eskalation“, das heißt der Ausweitung des konventionellen Krieges durch verstärkten Einsatz konventioneller Waffen, wobei ein im Detail programmiertes Einsatz von Kernwaffen vorgesehen ist, der noch auf bestimmte ausgewählte Ziele beschränkt bleiben soll.
- 3 Den allgemeinen Atomkrieg.

Die Haltung der Bonner Vertreter beim Zustandekommen dieses NATO-

Bonns Kriegsbild: Der „begrenzte Krieg“ mit atomarer Variante

Kein Wunder, daß Verteidigungsminister Schröder die Bundestagsdebatte über den Haushalt seines Verteidigungsministeriums am 4. April dieses Jahres benutzte, um seiner Genugtuung darüber Ausdruck zu geben, daß es gelungen sei, mit den USA im Rahmen ihrer Globalstrategie zu einem „gemeinsamen strategischen Konzept“ zu gelangen. Die Verwirklichung dieses Konzepts der „flexiblen Abwehr“ oder „abgestuften Präsens“, das heißt eines begrenzten Krieges in Europa, so betonte er, mache für die Jahre bis 1972 eine systematische Erhöhung der Haushaltsausgaben für Zwecke der konventionellen Umrüstung und der atomaren Aufrüstung der Bundeswehr über die bisher ge-

1) „Die Welt“, 14. 12. 1967

Dokuments beweist anschaulich, welches Kriegsbild Bonn vorschwebt, welche militärische Ziele es verfolgt. Die Bonner Vertreter operierten vor allem gegen ein „zu starkes Anheben der Atomschwelle“, gegen die Absicht der USA, Atomwaffen in Europa im Kriegsfall erst dann einzusetzen, wenn alle „politischen, wirtschaftlichen und militärischen Möglichkeiten der NATO-Partner voll ausgeschöpft“ seien. Denn es entspricht nicht den speziellen Interessen und Zielen des westdeutschen Großkapitals, wenn die USA eine direkte atomare Konfrontation mit der Sowjetunion — wie sie in Mitteleuropa im Ernstfall gegeben wäre — zu vermeiden trachten und das Schwerpunktgewicht auf peripherie militärische Aktionen und lokale Kriege wie in Vietnam oder im Nahen Osten legen.

Die Bonner Vertreter verlangten, die Atomschwelle niedriger zu legen. Nicht „so spät als möglich“, sondern „so früh wie nötig“ sollen Atomwaffen eingesetzt werden.

Es ging ihnen darum zu sichern, daß im Falle des Scheiterns eines konventionellen Blitzkrieges gegen die DDR, einer raschen Eskalation zum atomaren Krieg keine NATO-Beschlüsse im Wege stehen. Im Gegenteil, die NATO-Partner sollen, durch NATO-Beschlüsse gebunden, leichter mit hineingezogen werden können.

planten Mittel hinaus unbedingt notwendig. Die in seinem Ministerium ausgearbeiteten Pläne erfordern, sagte Schröder wörtlich, „eine Bewaffnung, die zu lage-angemessener, schneller Reaktion, großer Beweglichkeit, wirksamen Zupacken und gemeinsamer Aktion mit den NATO-Partnern befähigen muß“. Es gehe darum, „die Schlagkraft der Bundeswehr zu erhöhen“ und eine „hohe Einsatzbereitschaft zu gewährleisten“.

Daß der SPD-Bundestagsabgeordnete Berkhan als Sprecher der SPD-Fraktion diesen Kriegskurs volllauf unterstützte — wie Monate zuvor in der Wehrdebatte Helmut Schmidt — unterstreicht nur einmal mehr die Rolle der SPD-Führungsspitze, vor allem der SPD-Minister, als Erfüllungsgehilfen der CDU/CSU.

Schröder hatte das neue Kriegskonzept bereits in der Wehrdebatte des Bundestages am 6. 12. vergangenen Jahres mit den Worten erläutert:

„Die Streitkräfteplanung der Bundeswehr hat sich vornehmlich nach den Erscheinungsformen eines begrenzten Krieges auszurichten . . . Ein begrenzter Krieg kann in seinen Erscheinungsformen von örtlichen Kampfhandlungen über begrenzte Angriffe stärkerer Kräfte bis zum umfassenden konventionellen Angriff reichen.“

Die Ausrüstung mit Atomwaffen sei dabei unerlässlich, um glaubhaft zu machen, „daß auch bei einem nur mit konventionellen Waffen geführten Angriff“, im Falle eines Mißerfolgs „Nuklearwaffen eingesetzt werden“. Deshalb müßten zum Beispiel die neugeschaffenen Luftangriffsverbände, für die „in vermehrtem Maße ein konventioneller Einsatz vorgesehen ist, trotzdem die Fähigkeit zum Einsatz atomarer Waffen“ behalten²⁾

Vorbild Israel

Es verdient festgehalten zu werden und es ist offenkundig, daß der konventionelle Blitzkrieg Israels gegen die arabischen Länder dem neuen Bonner Kriegskonzept in hohem Maße als Vorbild diente. Schlagartig erschienen den herrschenden Kreisen der Bundesrepublik und der Führungs spitze der Bundeswehr die militärischen Anwendungsmöglichkeiten der US-Globalstrategie auf Mitteleuropa in neuem Licht, wurde eine durch atomare Komponenten ergänzte konventionelle Blitzkriegsstrategie zur Richtschnur ihrer Politik, erschien die Theorie und Praxis des sogenannten Stellvertreterkrieges (ohne direkte Beteiligung der beiden Weltmächte) als reale Möglichkeit zur Verwirklichung ihrer Ziele in Europa.

Im Juli 1967 hatte die offiziöse Zeitschrift des Verteidigungsministeriums „Wehrkunde“ geschrieben:

„Verwirklichungen solcher „Stellvertreterkriege“ lokalen Umfangs (wie im Nahen Osten, d. V.) wären denkbar in Berlin und an deutsch gesicherten Teilen der Demarkationslinie“, das heißt an der Grenze der DDR.

Heute ist das fester Bestandteil der Bonner Militärdoktrin. Heeresinspekteur Generalleutnant Moll bestätigte das im März dieses Jahres in einem Vortrag in Hamburg mit den Worten:

„Es muß auch mit der Möglichkeit

begrenzter Kriege in Europa gerechnet werden, also mit Kriegen, die allerdings auch bis zum selektiven Einsatz atomarer Gefechtsfeldwaffen hinreichen können.“³⁾

Darauf wird die Bundeswehr eingestellt. Nicht nur auf dem Papier. Sie exerziert das bereits durch, wie im November vorigen Jahres beim Manöver „Hermelin II“. Mit Blitzkriegsaktionen von Panzerverbänden bis zu taktischen Atomschlägen und Atommineneinsatz für den Fall des konventionellen Fehlschlags.

Springers „Welt“ bejubelte dieses Manöver dicht an den Grenzen der DDR am 15. November 1967:

„Die Bundeswehr hat endlich zu den klassischen Grundsätzen deutscher Truppenführung zurückgefunden, zum Angriff als erfolgreichster Methode der Verteidigung.“

Dieses Angriffskonzept für einen begrenzten Krieg nach israelischem Vorbild wird auch durch die Umrüstungs- und Aufrüstungsmaßnahmen der Bundesregierung bestätigt. Dazu gehören unter anderem:

- 1) Die Reorganisation der Luftwaffe. Schaffung von speziellen „Luftangriffsdivisionen“, die „alle Kampfmittel der Luftwaffe umfassen die zur Vernichtung des Gegners verfügbar sind“. Umrüstung der „Starfighter“-Verbände. Bis Anfang der siebziger Jahre sollen alle zehn Staffeln der fünf „Starfighter“-Jagdbombergeschwader in der Lage sein, konventionelle Angriffe zu fliegen. Außerdem: Verstär-

²⁾ nach „Frankfurter Rundschau“, 7. 12. 1967

³⁾ dpa, 8. 5. 1968

kung der Lufwaffe durch „Phantom“-Düsensprengbomber und verbesserte atomare Mittelstrecken-Raketen.

2 Die Erhöhung der Schlagkraft und Beweglichkeit des Heeres. Aufgrund der Erfahrungen bei „Hermelin II“ Anschaffung neuer Schützenpanzer, „die das Angriffstempo des Panzers „Leopard“ mithalten können“. Entsprechend den Erfahrungen in Vietnam und der israelischen Luftlandeverbände weitgehende Aus-

rüstung des Heeres mit Hubschraubern, um größtmögliche Beweglichkeit zu erreichen.

3 Reorganisation des Heeres und Ausbau des Mobilmachungs- systems. Aufgliederung in unmittelbar einsatzbereite kriegsstarke Kampfbrigaden und in Kader-Brigaden als Eingreif-Verbände. Im Falle X soll die Bundeswehr binnen kürzester Frist von rund 450 000 auf 1,1 Millionen Mann verstärkt werden können.

Bonns Militärdoktrin —

Fortsetzung der „neuen Ostpolitik“ mit anderen Mitteln

In der Haushaltsdebatte des Bundes- tages erklärte Schröder am 4. 4. 1968: „Bei uns gehen Außenpolitik und Verteidigungspolitik Hand in Hand.“ Die Außenpolitik ist darauf gerichtet, die Bedingungen vorzubereiten und herbeizuführen, die eine militärische Aktion zum Aufrollen der DDR ermöglichen sollen. Vor allem soll sie von ihren Bundesgenossen isoliert werden und die Bundesregierung atomare Verfügungsgewalt erlangen, um die Bündnispartner der DDR durch die Drohung mit der Eskalation eines konventionellen zu einem atomaren Krieg davon abzuhalten, ihren Bündnispflichten nachzukommen. Bonn spekuliert auf eine internationale Konstellation, in der es allein mit der DDR zu tun hätte.

Auf diese Stunde X sind zugleich alle Maßnahmen der Bonner „Verteidigungspolitik“ gerichtet. Wird die konventionelle Aufrüstung verstärkt, die atomare Aufrüstung forciert, die Verfügungsgewalt über Atomwaffen angestrebt, sowohl um das für dieses Kriegskonzept unerlässliche atomare Erpressungsmittel zu haben als auch um im Falle des Mißerfolgs der konventionellen Blitzkriegspläne so atomar eskalieren zu können, daß die NATO-Partner, insbesondere die USA, in den Krieg gegen den Osten hineingezogen werden.

Dies alles macht die Bedeutung der atomaren Komponente für den Kurs der Bundesregierung vollends deutlich. So werden die Hintergründe klar, die Bonn veranlassen, zwar prinzipielle Zustimmung zu einem Atomwaffen-Sperrvertrag zu heucheln, aber konkret die Unterzeichnung des der UNO vor-

liegenden Entwurfs abzulehnen und immer neue Vorbehalte anzumelden. Zugleich wird auf allen Wegen versucht, an Atomwaffen heranzukommen. Da wird — vor allem unter der Regie von Strauß — die Zusammenarbeit mit Südafrika, Spanien und Israel auf nuklearem Gebiet verstärkt, um eines Tages mit diesen Ländern eine Atomwaffen-Coproduktion zu stande zu bringen. Da werden verstärkt Finanzmittel konzentriert auf die eigene Produktion von spaltbarem Material wie in Karlsruhe und Jülich. Stets geht es dabei um Atomwaffen für das Konzept des begrenzten Krieges gegen die DDR, für die Korrektur der Ergebnisse des zweiten Weltkrieges, für die Neuordnung Osteuropas.

Im Programmentwurf unserer Partei wird daher zusammenfassend festgestellt:

„Die regierenden Kreise der Bundesrepublik fügen sich in die weltweite imperialistische Strategie der USA ein, um den amerikanischen Imperialismus und die anderen NATO-Verbündeten enger an ihre eigenen Revancheziele zu binden ... Sie verstärken die Rüstung und drängen nach Atomwaffen und nach weiteren Kommandopositionen in der NATO. Die Erfolge der konsequenten Friedenspolitik der Sowjetunion, der DDR und anderer sozialistischer Staaten sowie der Kampf der Friedenskräfte in der Bundesrepublik haben die regierenden Kreise gezwungen, die Formen und Methoden ihrer Außenpolitik zu ändern. Sie wollen ihre Expansionspolitik verschleiern und machen jetzt unter dem Schlagwort einer neuen Ost-

politik den aussichtslosen Versuch, die sozialistischen Länder gegeneinander auszuspielen, sie mit den Mitteln einer psychologischen Kriegsführung zu unterminieren und die DDR von ihren Verbündeten zu trennen. Die friedlichen Interessen unserer Bevölkerung erfordern, daß dieser gefährliche Versuch aufgegeben und eine grundsätzliche Änderung dieser Politik erkämpft wird.“

Die Abenteuerlichkeit und Gefährlichkeit der Bonner Politik unserer

Mitbürgern und breiten Volkskräften im Auslande bewußt zu machen, gehört zu unseren wichtigsten Aufgaben. Es gilt, eine starke demokratische Front des Widerstandes gegen den aggressiven Kurs, für die Anerkennung der DDR und ein friedliches Zusammenleben der beiden deutschen Staaten zu schaffen. Es geht um die Sicherung des Friedens und um die Umwandlung der Bundesrepublik in einen Staat des Friedens und der fortschrittlichen Demokratie.

Zu einigen Problemen der nationalen Politik im Programmentwurf

von EMIL CARLEBACH

Wenn in unserem Volke eine so große Unklarheit und Verwirrung über das Wesen der nationalen Frage besteht, dann deshalb, weil die deutsche Großbourgeoisie seit nunmehr hundert Jahren alle ihre Mittel einsetzt, um den Menschen den Irrglauben einzuhämmern, das nationale Problem bestehe in einer Erweiterung der deutschen Grenzen und in der Schaffung einer riesigen Militärmacht. Seit 1945 kommt dazu noch die Behauptung, die Spaltung Deutschlands sei nicht Folge, sondern Ursache der bestehen-

den Spannungen. In der Verbreitung dieser Behauptung sind sich die Führer der SPD, der CDU/CSU, der FDP und der NPD einig, hier bestehen nur Nuancen in der Unterschiedlichkeit ihrer Argumentation. Eine Politik, die auf Grenzforderungen und Aufrüstung gerichtet ist, kann immer nur innenpolitisch zur äußersten Reaktion und außenpolitisch zum Krieg treiben. Eine solche Politik ist antidemokratisch und antinational. Das lehrt die Geschichte Deutschlands seit der Gründung des preußisch-deutschen Reiches.

Der nationale Verrat der deutschen Großbourgeoisie

Seit über 50 Jahren war die „nationale Politik“ der Weimarer Republik, des Hitlerreiches und der bisherigen Regierungen in Bonn eine Politik des Antikommunismus, der Feindschaft gegen die Sowjetunion und heute darüber hinaus der Feindschaft gegen die Deutsche Demokratische Republik. Die geschichtliche Erfahrung aber beweist, daß der Antikommunismus eine Hauptursache für die Kriege und Zusammenbrüche war, die Deutschland erlebt hat.

Eine nationale Politik ist in Deutschland nur möglich, nicht gegen die Kommunisten, sondern nur mit den Kommunisten; nicht gegen die Sowjetunion und die Deutsche Demokratische Republik, sondern nur in Verständigung mit der Sowjetunion und der Deutschen Demokratischen Republik.

Die marxistische deutsche Arbeiter-

bewegung, von Bismarck und vom Großkapital als „vaterlandslos“ verleumdet, kämpfte seit Erscheinen des „Kommunistischen Manifests“ 1848 für die einheitliche deutsche demokratische Republik. Sie bekämpfte eben deshalb den preußisch-deutschen Militarismus, die Profit- und Expansionspolitik der Großbourgeoisie als Gefahr für die Sicherheit, den Frieden und die Freiheit des deutschen Volkes. Karl Liebknecht, der spätere Mitbegründer unserer Partei, enthielt schon 1912 im kaiserlichen Reichstag, wie die deutsche Großbourgeoisie im Interesse ihres Profits Schindluder trieb mit den nationalen Belangen, die sie ständig im Munde führte: Karl Liebknecht enthüllte, daß der Krupp-Konzern als größter Waffenproduzent Europas zu gleicher Zeit die deutsche und die französische Armee belieferte.

Die marxistische Linke in der deutschen Sozialdemokratie war es, die unter Führung von Karl Liebknecht, Rosa Luxemburg, Franz Mehring, Clara Zetkin und Wilhelm Pieck sich mit aller Kraft dem imperialistischen Krieg 1914 entgegenstellte, im Interesse des deutschen Volkes, der deutschen Nation. In gleicher Weise hat die KPD unermüdlich gegen Kriegsrüstung, Hitlerfaschismus und Krieg die nationalen Rechte des deutschen Volkes vertreten.

Nach der Niederlage im ersten Weltkrieg stellte die in ihren Machtpositionen verbliebene Großbourgeoise die Weimarer Republik sofort der englisch-französisch-amerikanischen Entente als Speerspitze im Kampfe gegen die junge sozialistische Sowjetunion zur Verfügung. Im Rheinland betrieb die Bourgeoise, mit ihrem Vertreter Konrad Adenauer an der Spitze, die separatistische Loslösung aus dem einheitlichen Staatsverband. Nach der Besetzung des Rheinlands durch die Armee des französischen Imperialismus forderten die Konzernherren 1923 den französischen Kommandeur General de Goutte auf, seine Truppen gegen die streikenden deutschen Arbeiter einzusetzen. Die Kommunistische Partei Deutschlands und die Kommunistische Partei Frankreichs waren es, die gemeinsam den Kampf gegen die

Besetzung und gegen die Lostrennung des Rheinlands führten.

Während des zweiten Weltkrieges wiederholte sich, was Karl Liebknecht 1912 enthüllt hatte: der amerikanische Chemie-Konzern Dupont stellte z. B. die Sprengmittel für Fliegerbomben nach einer Lizenz des „deutschen“ IG Farben-Konzerns her; für jede auf deutsche Städte abgeworfene amerikanische Bombe kassierten die IG-Farben ihren Profitanteil.

Der nationale Verrat der Großbourgeoise setzte sich nach dem Zusammenbruch des Hitlerreiches unentwegt fort. Das Potsdamer Abkommen hatte unter dem Einfluß der sowjetischen Politik festgelegt: Es soll ein einheitliches demokratisches Deutschland wieder entstehen, ein einheitliches Deutschland, in dem keine Monopole, kein Militarismus und kein Faschismus mehr existieren. Diese Entscheidung entsprach und entspricht den höchsten nationalen Interessen unseres Volkes. Die Kommunistische Partei Deutschland und Millionen nichtkommunistische Deutsche erklärten ihr Einverständnis mit diesem Besluß. Die Großbourgeoise aber und ihre Politiker waren entschlossen, lieber die staatliche Einheit Deutschlands zu sprengen, um dadurch wenigstens in einem Teil des bisherigen Staatsgebiets ihre Herrschaft und ihren Konzernbesitz zu erhalten.

Wie sie die Spaltung durchführten

Bereits 1946 begannen Adenauer und mit ihm auch SPD-Politiker, wie Dr. Schumacher, offen gegen das Potsdamer Abkommen aufzutreten. Im Verfolg dieser Politik schufen sie im Zusammenspiel mit den Angloamerikanern zunächst die Bizone und dann die Trizone. 1948/49 wurde als Ergebnis dieser Politik die Bundesrepublik im Westen Deutschlands geschaffen — in bewußter Stoßrichtung nicht nur gegen den sozialistischen Osten überhaupt, sondern auch gegen den Ostteil Deutschlands, in welchem die Monopole und Junker enteignet worden waren.

1948 hat der gegenwärtige SPD-Bundesminister, Prof. Carlo Schmid, diese Politik der herrschenden Kreise Westdeutschlands und der USA in dem Satz zusammengefaßt: „Lieber das halbe Deutschland ganz besitzen, als das ganze Deutschland nur halb.“

Die Spaltung Deutschlands ist die Konsequenz des Weiterbestehens der Monopole und ihrer Herrschaft im Westen, die Spaltung Deutschlands ist das Ergebnis der Politik der Feindschaft gegen den Sozialismus. Die Spaltung Deutschlands ist nicht Ursache, sondern Konsequenz der Spannungen und der Kriegsgefahr.

Die zentrale Frage: Erhaltung des Friedens

Angesichts dieser Entwicklung stellt die KPD fest: Die nationale Frage bedeutet für unser Volk heute zuerst

und vor allem: die Erhaltung des Friedens, die Sicherung der Fortexistenz des deutschen Volkes! Jede Politik, die

nicht von dieser Erkenntnis ausgeht, gefährdet den Frieden und bringt damit die Bundesrepublik im Atomzeitalter in die Gefahr, vernichtet zu werden.

Es ist nicht wahr, wenn behauptet wird, es gehe vor allem um die Schaffung der deutschen Einheit, damit sei das nationale Problem für Deutschland gelöst. Der Programmertwurf unserer Partei stellt dazu fest:

„Vor 1914 bestand ein einheitliches kaiserliches Deutschland unter der Führung des Großkapitals, der Junker und der Militaristen. Sie stürzten das deutsche Volk in das Elend des ersten Weltkrieges. Am Ende war Deutschland ärmer und kleiner als zuvor.

Nach 1918 hatten wir ein einheitliches republikanisches Deutschland. Beherrscht wurde es wieder vom Großkapital, von den Junkern und Generalen, wenn auch rechte sozialdemokratische Führer an Reichs- und Länderregierungen beteiligt waren. Am Ende stand die faschistische Diktatur.

Nach 1933 gab es das einheitliche, faschistische Dritte Reich unter der Führung der reaktionärsten und aggressivsten Kreise des Großkapitals, der Junker und Militaristen. Am Ende stand der zweite Weltkrieg, die schwerste Katastrophe des deutschen Volkes.

Alle geschichtlichen Erfahrungen be- weisen: Die Einheit Deutschlands unter Führung der Reaktion hat kein Problem des deutschen Volkes ge- löst.“

Unsere Gegner behaupten nun weiter, eine Revision der Grenzen sei ein wesentliches „nationales Problem“. Tatsache aber ist: mit der Forderung nach Grenzrevision wurde 1914 und 1939 unser Volk in den Krieg gejagt.

Genauso verlogen wie die Propaganda um die Grenzrevision ist die Propaganda von der angeblich notwendigen militärischen Stärke der Bundeswehr. Kein Staat verlangt von uns auch nur einen Quadratzentimeter Boden. Die einzige Regierung in Europa,

die Grenzforderungen stellt und damit Sicherheit und Frieden gefährdet, ist die Regierung in Bonn selbst. Die deutsche Geschichte lehrt: Sowohl das Kaiserreich als auch der Hitlerstaat stellten zu ihrer Zeit die stärkste Militärmacht auf europäischem Boden. Diese Armee war jedesmal zwar imstande, einen Krieg auszulösen, aber niemals war sie imstande, das deutsche Volk, oder auch nur die bestehenden deutschen Grenzen zu schützen. Das ist den Herrschenden in Bonn auch völlig bewußt. Der Generalinspekteur der Bundeswehr, General de Maizière, hat es offen ausgesprochen:

„Nicht Landesverteidigung darf der Programmepunkt unserer Sicherheitspolitik heißen ... Der Armee wird der einzige militärische Auftrag verdeutlicht, den sie zu erfüllen vermag: Zünden zu sein für die große Explosion.“¹⁾

Nicht Landesverteidigung, sondern Auslösung der „großen Explosion“! Das ist die Politik der Konzerne und Militaristen, die Politik der Eroberung von Rohstoffquellen und Märkten, die Politik der Profitsucht und der Gewalt, die schlimmste antinationale Politik, die nur denkbar ist. Darum heißt es im Programmertwurf unserer Partei:

„Durch ihre verbrecherische Kriegs- und Eroberungspolitik hat die imperialistische Großbourgeoisie für immer den Anspruch auf die Führung der deutschen Nation verwirkt. Ihre Herrschaft über die Nation zu beenden, das ist seit mehr als einem halben Jahrhundert der soziale Kern der nationalen Frage des deutschen Volkes.“

Der soziale Kern der nationalen Frage — das heißt: Ablösung derer, die aus ihrem Klasseninteresse heraus Aufrüstung und Gebietsforderungen brauchen; Ablösung der Konzerne und Militaristen von der Herrschaft über die Bundesrepublik. Der soziale Kern der nationalen Frage — das heißt: Ausübung der Macht durch diejenigen, deren Lebensinteresse in friedlicher Arbeit und folglich in Verständigung mit allen Nachbarvölkern besteht; Ausübung der Macht durch die Arbeiterklasse und ihre Verbündeten. Darum stellen wir Kommunisten im Programmertwurf fest:

„Nur mit der Entmachtung des Groß-

¹⁾ de Maizière in der „Frankfurter Allgemeinen Zeitung“, 24. 10. 1964

kapitals in der Bundesrepublik kann das Hindernis beseitigt werden, das der staatlichen Einheit des deutschen

Volkes auf friedlichen und demokratischen Grundlagen im Wege steht.“

Einige Etappen unserer nationalen Politik nach 1945

Wir Kommunisten waren vom ersten Tage des Neubeginns an die entschiedensten Vorkämpfer der deutschen Einheit.

Wir forderten, zusammen mit der SED, einen gesamtdeutschen Volksentscheid über die deutsche Einheit — er wurde von den westlichen Besatzungsmächten im Einverständnis mit den heutigen Bonner Regierungsparteien verboten. Wir brachten im Bundestag 1951 den Entwurf eines Wahlgesetzes für freie gesamtdeutsche Wahlen ein — er wurde von den anderen Parteien ohne Diskussion niedergestimmt. Wir unterstützten 1952, ebenso wie unsere Genossen der SED, den sowjetischen Entwurf für einen Friedensvertrag mit einem einheitlichen demokratischen Deutschland — er wurde von den Westmächten und den heutigen Bonner Regierungsparteien ohne jede Diskussion zurückgewiesen!

Mit dem Augenblick, da 1954/55 die westdeutsche Bourgeoisie mit der Aufstellung der Bundeswehr ihren staatsmonopolistischen Machtapparat gegen jede demokratische Bewegung vervoll-

ständigte und ihren westdeutschen Staat anschließend in die NATO integrierte, wurde der Graben zwischen dem imperialistischen westdeutschen Staat und der friedliebenden Deutschen Demokratischen Republik noch weiter vertieft. Gleichzeitig schwanden damit alle Hoffnungen auf eine schnelle Wiedervereinigung. Das wird in den letzten Jahren durch das Aufkommen des Neonazismus, nicht zuletzt aber auch durch die auf den Krieg gerichtete Notstandsgesetzgebung verstärkt. Darauf hatte im Namen des Ministerrats der DDR der Vorsitzende des Ministerrates, Willi Stoph, in einem Schreiben an den Bundeskanzler Kiesinger vor der Debatte der Ausnahmegezeuge ausdrücklich hingewiesen. Nicht zuletzt auch aus diesem Grunde hat unsere Partei einen energischen Kampf gegen die antinationalen und antisozialen Kriegs- und Diktaturgesetze geführt und hat zum Kampf gegen ihre Verwirklichung aufgerufen. Die Frage Krieg oder Frieden wird damit immer mehr zum aktuellen, ja Hauptproblem der nationalen Frage.

Das gegenwärtige Hauptproblem

Im Programmentwurf unserer Partei wird aus all dem Gesagten die zentrale aktuelle Aufgabe in der nationalen Politik zum Ausdruck gebracht:

„Der erste Weltkrieg hat dem deutschen Volk furchtbares Leid zugefügt. Der zweite Weltkrieg hat es an den Rand des Abgrunds geführt. Ein dritter Weltkrieg wäre die atomare Vernichtung. So ist die Entscheidung über Frieden oder Krieg zur Entscheidung über Sein oder Nichtsein, zur **Lebensfrage der deutschen Nation** geworden.“

Der Frieden der Bundesrepublik ist nicht von außen, sondern von seinen Feinden im Innern bedroht. Das ist das deutsche Rüstungskapital, das sind die Hitlergenerale in der Bundeswehrführung, das sind die reaktionären Vertreter in den Spitzen der Bonner Parteien. Sie sind es, die ihr ganzes Streben darauf gerichtet haben, die DDR zu vernichten. Daher erfordert die Sicherung des Friedens ihre Zu-

rückdrängung und die Erkämpfung eines normalen Verhältnisses zwischen den beiden deutschen Staaten; dafür braucht die Bundesrepublik eine neue Außenpolitik, die sich von den Grundsätzen der friedlichen Koexistenz leiten lässt.

Frieden und friedliche Koexistenz der beiden deutschen Staaten müssen sich auf die gegenseitige Anerkennung, auf gleichberechtigte staatliche Beziehungen zueinander gründen. Eine solche Politik verlangt die Aufgabe des Alleinvertretungsanspruchs und die Annahme der Vorschläge der DDR für eine völkerrechtlich verbindliche Vereinbarung über den gegenseitigen Gewaltverzicht, für den Verzicht auf atomare Bewaffnung in jeder Form, für den Eintritt beider deutscher Staaten in eine atomwaffenfreie Zone in Mitteleuropa. Eine solche friedliche Außenpolitik erfordert die Anerkennung der im Ergebnis des Hitlerkrieges entstandenen europäischen Grenzen,

einschließlich der Oder-Neiße-Grenze und der Grenze zur DDR.

Nur auf diesem Wege können erste Schritte getan werden, um das gegen-

wärtige Hauptproblem der deutschen Frage zu lösen: die Sicherung des Friedens, damit niemals mehr von deutschem Boden ein Krieg ausgeht!

Wie soll das geeinte Deutschland aussehen?

In unserer Politik gehen wir Kommunisten von der Tatsache aus, daß heute zwei Staaten deutscher Nation für eine längere Zeit bestehen. Alle unsere Bemühungen sind darauf gerichtet, zu einem friedlichen Neben- und Miteinander dieser beiden Staaten zu gelangen. Das ist aber nur durch normale, gleichberechtigte, staatliche Beziehungen möglich. Wie aber soll es zu ihrer schließlichen Vereinigung kommen?

Die Vereinigung der beiden deutschen Staaten kann nur das Ergebnis eines längeren historischen Prozesses tiefgehender demokratischer und gesellschaftlicher Umgestaltungen in der Bundesrepublik sein. Der Kampf um die Durchsetzung der Mitbestimmung in Betrieben und Hochschulen, in Wirtschaft und Staat gehört ebenso zu dieser Aufgabe wie die Zurückdrängung und schließliche Überwindung der Macht des Großkapitals und der Rüstungsinteressenten. Denn immer wird die Frage lauten, die unsere Partei im Programmentwurf aufgeworfen hat: **Wie soll das geeinte Deutschland aussehen?** Unsere Partei antwortet darauf: „Das kann nur ein Deutschland des Friedens sein; eine deutsche Demokratie, in der nicht das Konzernkapital, sondern das arbeitende Volk

bestimmt; ... ein Deutschland, in dem Nazismus und Militarismus mit ihren Wurzeln vernichtet sind.“

Es ist darum die Aufgabe der Arbeiter und Angestellten, der Bauern und Geistesschaffenden, des ganzen arbeitenden Volkes in der Bundesrepublik, die Herrschaft der Großbourgeoisie über die Nation zu beenden. Das bedeutet in der Bundesrepublik jene demokratischen und gesellschaftlichen Veränderungen zu erkämpfen, die ein geeintes Deutschland möglich machen. Darum sagt unsere Partei im Programmentwurf:

„Wenn die Arbeiterklasse im Bündnis mit den anderen werktätigen Schichten den entscheidenden Einfluß auf Staat und Gesellschaft der Bundesrepublik erlangt haben wird, dann wird der Weg zur Vereinigung frei sein. Das geeinte Deutschland des Friedens, der Demokratie und des gesellschaftlichen Fortschritts wird das Werk der Arbeiterklasse und des ganzen werktätigen Volkes der beiden deutschen Staaten sein. Was der deutsche Imperialismus gespalten hat, wird die deutsche Arbeiterklasse einen. Das künftige geeinte Deutschland, das wir Kommunisten im Interesse des arbeitenden Volkes erstreben, wird sozialistisch sein.“

Weichen werden gestellt — Kulturpolitik aktuell

von FERDINAND FISCHER

Wenn man dem Fraktionsführer der CDU im Bundestag, Herrn Barzel, glauben dürfte, dann sind wir Bürger einer demokratischen Gesellschaft, die dabei ist, „die Weichen so zu stellen, daß wir ein modernes Land bleiben können.“

So jedenfalls ließ sich Herr Barzel in jener Bundestagsdebatte am 30. April vernehmen, in der man eigentlich hatte herausfinden wollen, woher die Unruhe im Volk und in der Jugend röhrt. Zwar war jeder Sprecher bemüht, sein Quentchen Verständnis dafür vorzuweisen, aber aus den beiden

Bundestagsdebatten (vom 30. April und 7. Mai 1968) kann man nur schließen, daß Bonn nicht daran denkt, den Interessen der Bevölkerung Rechnung zu tragen; denn kein Wort wurde gesagt über die Wahrheit, daß die CDU in ihrer 20jährigen Herrschaft auf dem Gebiet der Bildung und Kultur die Bundesrepublik zu einem unterentwickelten Land heruntergewirtschaftet hat. Im konkreten sind das nicht zuletzt Fragen der Bildungs- und Kulturpolitik. Ihre Lösung im Sinne einer demokratischen Entwicklung erweist sich immer deutlicher als

unmittelbares Interesse breitester Bevölkerungsschichten. Forderungen nach fortschrittlichen Veränderungen im Bildungswesen führen Studenten und Schüler, Eltern und Pädagogen immer häufiger zum politischen Han-

deln. Für solche Forderungen besteht weitgehende Gemeinsamkeit zwischen demokratischen Kräften aus Stadt und Land, zwischen Arbeiterklasse, Bauernschaft und progressiver Intelligenz.

Die Ignoranz des Herrn Barzel

Wie stellen sich die herrschenden Kreise dazu?

Mit großem Aufwand an Beteuerungen und Versprechungen wollen sie das Volk glauben machen, bei ihnen sei die Kulturpolitik in den besten Händen. Das geht natürlich nur, wenn man den aktiven demokratischen Kräften unterstellt, ihnen ginge es gar nicht um kulturellen Fortschritt: „Die mißbrauchen den Reformfeier, den Fortschrittswillen, die überfällige Universitätsreform und manchen Mangel unserer Gesellschaft“, behauptet zum Beispiel Herr Barzel, und glaubt, „die von linksaußen“ vollends mit dem Vorwurf zu erledigen, „daß sie darauf verzichten, uns zu sagen, wie es denn besser werden sollte. Konkret werden diese Herrschaften leider nie...“.

Diese Ignoranz ist schwerlich zu überbieten. Der Platz reicht nicht aus, um die von demokratischen und sozia-

listischen Kräften ausgearbeiteten konstruktiven Vorschläge zur Lösung der kulturpolitischen Aufgaben unseres Landes auch nur zu nennen. Die Erfahrung lehrte jedoch, solche Programme als Orientierung für den eigenen Kampf aufzufassen, und nicht etwa als Nachhilfeunterricht zur Erleuchtung von Barzel und seinesgleichen, auf daß die endlich begreifen, „wie es denn besser werden sollte.“

Von den Herrschenden wurden die Vorstellungen der Demokraten und Sozialisten stets ignoriert oder wütend bekämpft. Immerhin, wenn Herr Barzel jede echte Auseinandersetzung sorgsam meidet und sich in die Lüge flüchtet, die fortschrittlichen Kräfte wüßten nicht zu sagen, wohin es in unserem Lande gehen soll — wir können es als Indiz für die Bedrängnis nehmen, in die die Herrschenden geraten sind.

Konstruktives

Um so mehr Grund für uns Kommunisten, die Öffentlichkeit mit unserer konstruktiven, demokratischen Kulturpolitik bekanntzumachen, wie sie im Programmenvorschlag unserer Partei ihren Platz gefunden hat, wie sie in unseren „Schulpolitischen Forderungen“ und den „Kulturpolitischen Vorschlägen“ detailliert ausgeführt ist.

Nur alles beim Alten?

Es wird immer offenkundiger, daß die Kulturpolitik der Herrschenden keinesfalls nur darin besteht, alles beim alten zu lassen. Sie erwägen und bereiten bestimmte Veränderungen im Bereich des Apparats der Meinungsbildung, der Bildung, Wissenschaft und Forschung vor. Anlaß dazu sind nicht fortschrittliche Einsichten, sondern das Interesse, ihr Herrschaftssystem funktionstüchtiger zu machen. Das Hauptinteresse dabei sind nicht Reformen für den Fortschritt, für die Meisterung der Erfordernisse der wissenschaftlich-technischen Revolution.

Unsere Partei hat frühzeitig gesehen, daß Fragen der Kulturpolitik in der Auseinandersetzung zwischen den Kräften des Fortschritts und der Reaktion an Bedeutung gewinnen. Heute ist es wichtig, einige aktuelle Aspekte zu beachten, in denen sich weitreichende Entscheidungen ankündigen.

Es liegt vielmehr in der Priorität der Rüstungsanstrengungen begründet, also weit weg von den Ausgaben für Bildung und Kultur. Wenn überhaupt, dann ist von der Meisterung der wissenschaftlich-technischen Revolution für friedliche Zwecke, zur Hebung des Bildungswesens des ganzen Volkes nur ganz nebenbei die Rede.

In programmatischen Äußerungen der Bonner Koalitions-Parteien finden sich Hinweise darauf, womit sich die Herrschenden konfrontiert sehen und ihre praktische Politik zeigt, welche

Schlüsse sie ziehen. Im neuen Aktionsprogramm der CDU heißt es: „Die politische Verfassung, Gesellschaft und Wirtschaft, das geistige Leben der Nation müssen der Herausforderung gewachsen sein, die das weltpolitische Ringen“ stellt, sie müßten „gefestigt werden für den Anspruch der Zukunft“.

Auf dem Nürnberger Parteitag der SPD plädierte Professor Ehmke, einer

der Autoren der vom Parteivorstand vorgelegten „Perspektiven im Übergang zu den siebziger Jahren“, für eine „rationelle, moderne Industrie- bzw. Leistungsgesellschaft“. Der Pferdefuß, die Idee der „formierten Gesellschaft“, lugt nur allzudeutlich hervor. Wenn auch dieser Begriff, weil er gar zu anrüchig ist, aus dem Verkehr gezogen wurde — es wird fleißig weiter formiert.

Herrn Springer zu Diensten

Einer der wichtigsten Bereiche ist hier der, den das CDU-Aktionsprogramm „Öffentliche Meinung“ überschreibt, wobei die Förderung der Organe gemeint ist, die Meinung im Interesse der Herrschenden machen! Daß die hier errungenen Positionen mit Klauen und Zähnen, genauer mit Polizei und Justizgewalt verteidigt werden, zeigt die Reaktion auf die Aktionen gegen den Springer-Konzern. Eine solch mächtige und hochgradig wirksame Stütze ihres Herrschaftssystems von der Art des „Haus des Springer“ hatte die Großbourgeoisie noch nie gehabt. Die muß nicht nur gestützt, deren weitere Stärkung muß sanktioniert werden!

Darum stellt das CDU-Programm lapidar fest: „Die Konzentration der Presse schreitet... aus wirtschaftlichen und technischen Gründen fort“; daß das etwas mit handfester Machtpolitik zu tun hat, wird vornehm verschwiegen. „Aus wirtschaftlichen und technischen Gründen“ wird Springer sein Imperium noch kräftig ausbauen — der CDU soll's gerade recht sein. Will sie ihm doch sogar bei einem lang gehegten Coup helfen. „Sobald

die technische und wirtschaftliche Entwicklung die Veranstaltung weiterer Fernsehprogramme nahelegt, können... private Veranstalter, zum Beispiel aus der Publizistik... berücksichtigt werden.“ Das ist grünes Licht für ein Springer-Fernsehen!

Im gleichen CDU-Programm taucht ein Stichwort auf, das hellhörig machen muß: „Rationalisierung im Rundfunkwesen“. Die exakte Interpretation war am 17. Januar 1968 in Springers „Welt“ zu lesen: „Konzentration — Eine Roßkur für die Rundfunkanstalten — Vertraulicher Plan...“: Rundfunk- und Fernsehsender sollen zusammengelegt werden. Das Ganze wird als Kostenproblem ausgegeben; die politische Seite wird sorgsam im Dunkel gehalten. Aber es ist ja bekannt, daß den Herrschenden so mancher Autor und so manches Programm nicht schmeckt: sie könnten herausrationalisiert werden!

Der kürzlich verstorbene Intendant von Radio Bremen, Heinz Kerneck, hatte schon richtig geahnt: „Warum nicht gleich einen Bundesrundfunsender — einen Reichsrundfunk?“.

Contra Springer & Co.

Es ist nicht schwer, zu sehen, wohin hier auf lange Sicht, wie Herr Barzel sagte, „die Weichen gestellt werden“. Es trifft darum genau ins Schwarze, wenn unsere Partei im Programmentwurf aufzeigt, in welcher Richtung hier demokratische Veränderungen vorgenommen werden müssen:

„Wir wenden uns dagegen, daß vom Großkapital beherrschte Presse- und Verlagskonzerne die modernen Massenmedien für ihre reaktionären Ziele ausnutzen. Der Springer-Konzern, der

seine beispiellose Macht gegen die friedlichen und demokratischen Interessen des Volkes mißbraucht, muß enteignet und in öffentliches Eigentum übergeführt werden. Seine Verlage, Zeitungen und Zeitschriften sollten durch Vertreter demokratischer Organisationen, der Gewerkschaften und der Geistesschaffenden geleitet werden. Die demokratischen Kräfte dürfen auch nicht zulassen, daß großkapitalistische Interessen immer stärkeren Einfluß auf Funk und Fernsehen aus-

üben. In den Leitungs- und Kontrollorganen dieser Massenmedien gehört die entscheidende Stimme den Vertretern der demokratischen Öffentlichkeit, den Gewerkschaften und den Kulturschaffenden.“

Kultur unter Bonner Kommando

Im Programm der CDU steht der schlichte Satz: „Die Rahmenkompetenzen des Bundes müssen erweitert werden.“

Gemeint ist, mehr Macht für die Bundesregierung in Sachen Bildung, Wissenschaft und Forschung. Genannt ist damit eine kulturpolitische Problematik, die mit Sicherheit noch heiße Auseinandersetzungen hervorrufen wird. Die CDU ist bereits kräftig in die Offensive gegangen, die Große Koalition macht's möglich. Bisheriger Höhepunkt war die bildungspolitische Debatte am 7. Mai, nachdem Barzel und Mikat eine zeitlang vorher die Forderung der CDU öffentlich — je-

weils in Springers „Welt“ — angemeldet hatten: eine Verfassungsänderung, die Bonn den dominierenden staatlichen Einfluß in der Bildungs- und Wissenschaftspolitik sichert. Diesmal nahm Minister Stoltenberg das energische Drängen aus der Studentenschaft nach der notwendigen Hochschulreform zum Anlaß, um zu erklären: Wir in Bonn wollen ja, aber wir müßten mehr zu bestimmen haben. Er verwies darauf, daß man sich über die Finanzpolitik bereits mehr Einfluß auch auf die Hochschulpolitik verschafft habe; die Grundgesetzänderung bleibt als Forderung bestehen.

Zwei Wege

Was will die Bundesregierung? Will sie bundeseinheitliche fortschrittliche Lösungen verwirklichen? Mitnichten. Sie will Maßnahmen durchführen, die das staatsmonopolistische Herrschaftssystem festigen, die von den ökonomischen und politischen Interessen des Großkapitals bestimmt sind.

Die wissenschaftlich-technische Revolution erforderte eine bessere Ausbildung des Nachwuchses. Es wird nach Wegen gesucht, die das gewährleisten, ohne das Bildungsprivileg der Herrschenden in Frage zu stellen. Man ist deshalb darauf aus, durch reaktionäre Fassung von Bildungsinhalt und Erziehungsziel eine genügend starke politische und ideologische Bindung der jungen Menschen an das herrschende System zu erreichen.

Man möchte da sicher gehen und mit der Bundesregierung ein entsprechend starkes Regime über das Bildungswesen errichten. Konsequente demokratische Bildungspolitik kann sich deshalb nicht auf materielle und strukturelle Verbesserungen beschränken. Sie muß vielmehr die demokratische Reform der Bildungsinhalte und Erziehungsziele in den Mittelpunkt rücken. Das ist seit eh und je der Wesenszug der Bildungspolitik der KPD.

Die Bundesregierung und die hinter ihr stehenden Kräfte erwarten von den Hochschulen und Universitäten nicht den kritischen, sich seiner gesellschaftlichen Verantwortung bewußten Wissenschaftler, sondern den Fachidioten, dessen spezialisierten Fähigkeiten sich reibungslos für wissenschaftliche Arbeit im Dienste des Profit- und Machtstrebens des Großkapitals gebrauchen lassen. Maßnahmen, die das unter heutigen Bedingungen sichern sollen, werden fälschlich als Hochschulreform deklariert. Die Bundesregierung soll sich über ein bundeseinheitliches Hochschulrahmengesetz genügend staatlichen Einfluß auf die Hochschulen verschaffen, um deren echte Demokratisierung zu vereiteln. So wandte sich denn Stoltenberg auch prompt gegen alle entscheidenden Forderungen der Studenten und vieler Dozenten und Professoren. Mehr noch, er beschimpfte Professoren und Studenten wegen ihres Eintretens gegen die Notstandsgesetze, wodurch nur ganz deutlich wurde, wes Geistes Kind die Hochschulpolitik dieser Bundesregierung ist.

Unsere Partei formuliert in ihrem Programmentwurf, worin wir das Wichtigste sehen. Wir sind für eine demokratische Schul- und Hochschulreform, „die nach Inhalt und Struktur

die Lösung der friedlichen Aufgaben im wissenschaftlich-technischen Zeitalter, die Hebung des allgemeinen Bildungsniveaus zum Ziele haben. Eine veränderte Schulstruktur, ausreichende Stipendien und Studienbeihilfen müssen den Kindern der Arbeiter und Bauern den Weg in die Hochschulen und Universitäten ebnen. Es gilt, die veralteten und undemokratischen Zustände an den Hochschulen zu überwinden und den Studenten ein wirksames Mitbestimmungsrecht zu geben."

Weltraumforschung, Atomforschung, Computer-Technik und Elektronik stehen im Forschungsprogramm der Bundesregierung neben der direkten Rüstungsforschung an erster Stelle mit der eindeutigen Zielstellung, sie imperialistischer Großmachtpolitik dienst-

Weichen auf Fortschritt stellen!

Die Hindernisse für eine demokratische Bildungs- und Wissenschaftspolitik, das zeigen die konkreten Ziele der Bundesregierung, liegen im System und in der Politik des staatemonopolistischen Kapitalismus begründet.

Nicht als isolierte Ziele, sondern nur im Kampf gegen dieses System, durch Veränderung der Machtverhältnisse, sind demokratische Alternativen im Bereich der Kultur und Wissenschaft durchzusetzen. Mit der Verwirklichung fortschrittlicher Ziele werden

bar zu machen. Auch dafür braucht die Bundesregierung zentrale Verfügungsgewalt über die Mittel und Kapazitäten.

Wir setzen dieser eindeutig staatsmonopolistischen Konzeption unsere Forderung nach einer weit vorausschauenden Wirtschafts- und Strukturpolitik, nach einer Planung entgegen, die vor allem die demokratische Mitbestimmung der Gewerkschaften und der Wissenschaftler, die Kontrolle der gesamten staatlichen Investitions- politik einschließt.

Wir sind dafür, daß die Atomwirtschaft und Großunternehmen, wie die der Elektronik und Datenverarbeitung, in demokratisch verwaltetes und kontrolliertes öffentliches Eigentum übergeführt werden.

auch Zersplitterungen überwunden, die heute noch im kulturellen Leben, vornehmlich im Bildungswesen, vorhanden sind.

Die Weichen zum Fortschritt werden dort gestellt, wo der Kampf darum geht, gesellschaftliche Schranken abzubauen, die Millionen den Zugang zu Kultur und Bildung erschweren. Es geht darum, Verhältnisse zu schaffen, in denen die materiellen und geistigen Güter der Kultur — Wissenschaft, Bildung, Literatur und Kunst —, dem ganzen Volk zugute kommen.

Lehren der Wahlen in Baden-Württemberg

von HORST HELLER

Mit tiefer Besorgnis wurde das Ergebnis der Landtagswahlen vom 28. April 1968 in Baden-Württemberg bei allen demokratischen und Linkskräften im In- und Ausland registriert. CDU und NPD erhielten zusammen 54 Prozent der abgegebenen Stimmen. Die FDP gewann leicht und erhielt ca. 14 Prozent. Aber die SPD verlor fast ein Viertel ihrer Stimmen von 1964; 225 000 Wähler wandten sich von ihr ab; sie erreichte nur noch 29 Prozent

und büßte 10 Landtagssitze ein. Die Demokratische Linke konnte trotz beachtlicher Einzelergebnisse — vor allem in den Stimmbereichen der Arbeiterwohngebiete und Universitätsstädte — nicht in den Landtag einziehen.

Ein alarmierender Rechtsruck, der sich besonders in dem hohen Stimmanteil von 9,8 Prozent für die NPD und in der relativen Stabilität für die CDU ausdrückt, ist somit das herausragende Ergebnis dieser Landtagswahlen.

Nach 18 Monaten Großer Koalition . . .

Baden-Württemberg war das einzige Land, in dem nach Bonner Vorbild sozialdemokratische Minister in eine

von der CDU geführte Regierung einztraten und eine große Koalition gebildet wurde. Dies machte die baden-

württembergischen Wahlen von vornherein zu einer Entscheidung über die Politik der Großen Koalition und das Zusammengehen von CDU und SPD überhaupt. Und was zeigte sich?

Die Ergebnisse vom 28. April bestätigten eine dringende Warnung unserer Partei, daß der Eintritt sozialdemokratischer Minister in CDU-Regierungen nur den reaktionären Kräften zum Erfolg gereicht. Der Übergang der sozialdemokratischen Führung auf die CDU/CSU-Linie hat die Partei des Monopolkapitals vor dem drohenden Bankrott bewahrt. Der vor Bildung der Großen Koalition von sozialdemokratischen Führern geforderte „Offenbarungseid“, die „Stunde der Wahrheit“ für die

CDU/CSU blieben aus. Brandt, Wehner und Schmidt haben die SPD vielmehr zum Blutspender für die Politik von Kiesinger und Strauß, für die Partei von Benda und Barzel mißbraucht.

Trotz Sozialabbau, Preis-, Miet- und Steuererhöhungen, trotz Vietnam-Abenteuer und Notstandsgesetzen gewann die CDU/CSU seit 1967 14 Sitze in Landtagen. 44 Prozent der Stimmen erhielt sie jetzt in Baden-Württemberg. Das Wort Wehnens von der gesunden CDU, an der die rechten sozialdemokratischen Führer sich interessiert zeigen, hat sich so auf drastische Weise bewahrt. Die CDU ist der Gewinner der Großen Koalition.

... Erstarken des Neonazismus

Eineinhalb Jahre Bonner und Stuttgarter Großer Koalition, die im Grunde nur eine Fortsetzung und teils Verschärfung der CDU/CSU-Politik brachten, verhalfen gleichzeitig der neonazistischen NPD zum Aufstieg. Sie zog bereits in sieben Landtagen ein, in denen sie insgesamt über 61 Mandate verfügt. Besonders besorgniserregend sind ihre hohen Stimmenzahlen — bis zu 15 Prozent — in den Wahlkreisen Öhringen, Crailsheim und Tauberbischofsheim. Aber auch in solchen Industriegebieten wie Mannheim I = 12,1 Prozent, Mannheim II = 10,9 Prozent, Lörrach = 11,1 Prozent, Offenburg = 10,8 Prozent, erhielt sie überdurchschnittliche Ergebnisse. Dabei muß es besonders alarmieren, daß entgegen bisherigen Tendenzen die NPD auch in Großstädte eindringen konnte, in denen überwiegend Arbeiter wohnen. Hier wanderten enttäuschte Wähler offensichtlich direkt von der SPD zur NPD ab.

Mit dem Gesamtanteil von fast 10 Prozent erhielt diese Neuauflage der Hitler-Partei bei ihrem ersten Auftreten zur Landtagswahl in Baden-Württemberg schon so hohe Stimmanteile, wie die NSDAP erst 1930, drei Jahre vor dem faschistischen Staatsstreich vom 30. Januar 1933, erringen konnte. Das zeigt die alarmierende Gefahr, die vom Neonazismus in der Bundesrepublik ausgeht. Sie mahnt alle Demokraten, Sozialisten und Antifaschisten, sich in starken Komitees, Zentren und

Aktionen zusammenzufinden, um gemeinsam in breiter Front durch Aktion und Aufklärung dem Neonazismus in allen seinen Schattierungen und in der NPD entgegenzutreten.

Die demokratischen und fortschrittlichen Kräfte können aus dem baden-württembergischen Wahlergebnis nur die Schlußfolgerung ziehen, daß die Große Koalition beendet werden muß, um dem weiteren Rechtskurs Einhalt zu gebieten. Sie müssen mit verstärkten Anstrengungen eine neue Politik fordern und durchsetzen, die dem Neonazismus den Boden entzieht. Das bedeutet die Bekämpfung jedes Revanchismus und Nationalismus, die Anerkennung der DDR und der Grenzen, eine fortschrittliche Sozial- und Bildungspolitik und die Verhinderung jeder Notstandspraxis. Sie erfordert eine Stärkung der Demokratie durch umfassende Demokratisierungsmaßnahmen des gesellschaftlichen Lebens wie die Mit- und Selbstbestimmung der Arbeiter und Angestellten im Betrieb, der Studenten an den Universitäten und der Schüler in den Schulen, der Einwohner in den Städten und Dörfern, der Wahlberechtigten in Volksabstimmungen über wichtige Gesetze. Der Programmentwurf der KPD enthält diese konkreten Forderungen, weil umfassende demokratische Rechte für das Volk ein wirksamer Wall gegen den Neonazismus sind.

Trotz großer Bemühungen vieler sozialdemokratischer Mitglieder und Funktionäre besonders in den Gemeinden, Städten und Kreisen erlitt die SPD ihre bisher empfindlichste Niederlage. In eineinhalb Jahren Großer Koalition haben Wehner und Schmidt ihre eigene Partei heruntergewirtschaftet. In dieser kurzen Zeit verlor die SPD mehr, als sie in 12 Jahren Opposition gewonnen hatte. Neben erheblichen Stimmverlusten seit 1967 büßte die SPD allein bei bisherigen Wahlen 35 Landtagsmandate ein. So muß die Sozialdemokratische Partei für die prinzipienlose Gemeinschaftspolitik Wehnners büßen. „Um den Karren aus dem Dreck zu ziehen, war die SPD in die Koalition eingetreten — nun entdeckte sich die Partei alleine im Dreck“, schrieb „Der Spiegel“. Den Schaden haben die sozialdemokratischen Arbeiter und Gewerkschafter, die unteren Funktionäre und die Abgeordneten und Bürgermeister in den sozialdemokratisch geführten Städten und Gemeinden. Denn wenn nicht alles täuscht, dann werden sie bei den bevorstehenden Kommunalwahlen in vier Ländern ebenfalls die Zeche für Wehnners Komplott mit der CDU/CSU zu bezahlen haben.

Das Bündnis der Linkskräfte

Es drängt sich die Frage auf, warum der Demokratischen Linken, die sich im Herbst vorigen Jahres als Bündnis demokratischer, antifaschistischer und sozialistischer Kräfte gründete, kein größerer Wahlerfolg gelang. Ein Vergleich mit den Ergebnissen der DFU, die mit der DL im Wahlbündnis vereint ist, zeigt zwar, daß die DL die Stimmen zu 1964 fast verdoppelte. Und in einigen Städten erreichte sie beachtliche Anfangserfolge (Stuttgart I = 5,7 Prozent, Stuttgart IV = 6,2 Prozent, Mannheim I = 6,9 Prozent, Mannheim II = 6,1 Prozent, Heidelberg = 4,0 Prozent). In zahlreichen Stimmbezirken kam sie sogar über 10 bis zu 16,7 Prozent der Stimmen (z. B. allein in 22 Stuttgarter Stimmbezirken!). Auch fand die DL mit ihrem Auftreten großen Anklang in den Betrieben und sie gewann viele junge Arbeiter und Studenten als Wahlhelfer und Mitglieder. Aber das Gesamtergebnis blieb dennoch hinter den Erwartungen zurück.

Mit der Wahlentscheidung gegen die SPD haben sich die Wähler eindeutig gegen die Große Koalition und ihre Folgen, gegen die Beteiligung sozialdemokratischer Minister an einer von der CDU/CSU geführten Regierung entschieden. Sie wandten sich gegen die SPD, weil ihre rechten Führer diese Koalition erst ermöglicht haben. Sie stimmten gegen sie, weil sich inzwischen hundertfach erwies, daß alle Beruhigungsspillet und Versprechungen sozialdemokratischer Minister, wie „halbe Macht ist besser als keine Macht“ oder man werde die CDU/CSU-Regierung mit sozialdemokratischen Vorstellungen durchdringen, ein Beitrag an den sozialdemokratischen Mitgliedern und Wählern waren. Statt dessen stehen Sozialabbau und Faschisierung, Preis- und Steuererhöhungen, Notstandsgesetze und weitere Aufrüstung, Nichtanerkennung der Grenzen und der DDR nach 18monatiger Regierungsgemeinsamkeit mit der CDU/CSU in der SPD-Bilanz. Dafür erhielt sie die Quittung. Der Beschuß der Landesdelegiertenkonferenz der SPD in Kehl, sich nicht weiter an der Stuttgarter Großen Koalition zu beteiligen, kann ein neuer Anfang sein.

Wenn man nach den Gründen forscht, so gibt es verschiedene objektive Schwierigkeiten, wie die kurze Frist von fünf Monaten seit Gründung der DL bis zum Wahltag. CDU und SPD führten ihren Wahlkampf fast ausschließlich gegen die DL, wobei sie gleichzeitig auf jede ernsthafte Auseinandersetzung mit der NPD verzichteten. Dies wurde nach den Osterereignissen noch einmal ganz besonders deutlich, als CDU, SPD und NPD in trauter Dreieinigkeit die außerparlamentarische Opposition verketzerten und davor warnten, links zu wählen. Mit dem gemeinsamen Ruf nach „Ordnung und Sicherheit“ verleumdeten sie alle Linkskräfte als Anarchisten, Radaubrüder und Krawallmacher. Der chauvinistischen Flut waren die demokratischen und Linkskräfte nicht genügend gewappnet. In den gemeinsamen Kampf aller Reaktionäre gegen die DL ließen sich leider auch einige sozialdemokratische DGB-Funktionäre des

Landes einspannen, die der DL Spaltung der Arbeiterbewegung vorwarfen. Es war nur die Wahrheit, wenn demgegenüber DL-Kandidaten darauf verwiesen, daß einzig die Politik von Wehner, Schmidt und Brandt, die dem Großkapital und der CDU/CSU bzw. NPD nützt, Spaltung in die Arbeiterbewegung hineinträgt. Die DL betonte ihre grundsätzliche Bereitschaft zum

Lehren für die kommenden Wahlen

Abert es gab auch Probleme, die von den Linkskräften noch nicht gelöst, Fragen der Wähler, die nicht zufriedenstellend beantwortet wurden. Zieht man das Fazit, so schälen sich für die fortschrittlichen Kräfte einige Notwendigkeiten heraus, die zur Schaffung breiter Wahlbündnisse zu den Kommunalwahlen im Herbst 1968 und zur Bundestagswahl 1969 von Bedeutung sind.

Eine Grundüberlegung muß sein: Wie kann ein Wahlbündnis so anziehend gestaltet werden, daß es sich als politische Kraft darstellt und die Gewinnung möglichst breiter Volksschichten für eine Alternative zur derzeitigen Regierungspolitik erlaubt? Dazu wird es notwendig sein, ein breites Bündnis von demokratischen, sozialistischen und antifaschistischen Kräften und Bewegungen, die in den Bundestagsparteien keine Vertretung mehr haben und heute noch getrennt in Gruppen oder als Einzelpersonen den Notstandsparteien mit einer demokratischen Alternative entgegentreten, zu schaffen. Wir Kommunisten sind dafür, daß in einem solchen Bündnis von Anfang an alle oppositionellen Kräfte mitwirken. In ihm sollte und muß Platz für Arbeiter und Angestellte, für Bauern und Mittelständler, für Studenten, Schüler und Professoren, für freiberufliche und kleine Unternehmer, für Unternehmer, für Demokraten, Christen, Liberale, Sozialisten und Kommunisten, für die Vertreter der Gewerkschaften und der außerparlamentarischen Bewegungen sein. Dabei ist es unser Grundprinzip, daß allen Beteiligten volle Gleichberechtigung und Selbständigkeit auf der Grundlage eines gemeinsamen Aktionsprogramms gesichert wird.

Die Wahlen in Baden-Württemberg und die örtlichen Erfolge der Linkspartei

Zusammengehen mit den Sozialdemokraten im Interesse der Arbeiter und Angestellten und ihrer Gewerkschaften. Doch obwohl sich keine andere Partei so zielklar für die gewerkschaftlichen Forderungen einsetzte, hat die Polemik gewisser DGB-Führer gegen die DL sicher nicht ihre Wirkungen auf Arbeiterwähler verfehlt.

Kräfte lehren, daß eine neue Kräftegruppierung, die erfolgreich sein will, in erster Linie die Arbeiter und Angestellten ansprechen und sich zum Anwalt ihrer Interessen machen muß. Denn selbst nach Meinung vieler Gewerkschaftsführer haben die Arbeiter und Angestellten, haben die Gewerkschaften heute keine Interessenvertretung mehr im Bundestag. Es ist deshalb richtig, wenn die Bündniskräfte vor allem die Interessen der arbeitenden Bevölkerung vertreten und die richtigen gewerkschaftlichen Forderungen aufgreifen. Sich für ihre Verwirklichung wie z. B. die Mitbestimmung einzusetzen — ohne mit berechtigter Kritik an der inkonsistenten Haltung gewisser Gewerkschaftsfunktionäre zurückzuhalten — liegt auch im Interesse aller Teilnehmer eines demokratischen Zusammenschlusses von Sozialisten, Demokraten und Antifaschisten.

Die baden-württembergischen Wahlen lehren, daß die demokratischen Linkskräfte sich nicht darauf beschränken können, ihre grundlegenden Forderungen für eine Friedens- und Entspannungspolitik lediglich zu postulieren. Entscheidend wird es sein, wie sie den Menschen ihre Alternative so glaubhaft erläutern können, daß die Wähler sich davon eine Lösung der nationalen Frage einschließlich des Problems der Normalisierung der Beziehungen zur DDR und einer späteren Wiedervereinigung wie auch der grundlegenden Fragen der Sicherheit durch ein europäisches Sicherheitssystem, der Befreiung von imperialistischer Bevormundung durch Austritt aus der NATO versprechen. Das Grundproblem, das dabei geklärt werden muß, ist die Erhaltung des Friedens im Herzen Europas; denn das ist der Kern der nationalen Frage. Es muß deutlich werden, daß nur die demokratischen, sozialistischen

und antifaschistischen Kräfte in Wahrheit eine grundlegende nationale Alternative vertreten.

Angesichts der Wiederbelebung der sozialistischen Ideen und des Marxismus-Leninismus in der Bundesrepublik sowie des verstärkten Drängens unter der Jugend, in der Arbeiterschaft und bei den Studenten nach grundlegenden gesellschaftlichen Veränderungen sollten die konsequenteren Sozialisten, die gesellschaftliche Machtveränderungen zugunsten der Arbeiterklasse erstreben, nicht darauf verzichten, im Rahmen des Bündnisses ihre Vorstellungen stärker als bisher zum Ausdruck zu bringen. Dabei zeigen die Wahlen in Baden-Württemberg, daß es den Kom-

munisten im besonderen obliegen wird, den Zusammenhang zwischen den demokratisch-sozialen Zielen eines Bündnisses und dem sozialistischen Endziel der Marxisten zu erläutern.

Wir Kommunisten sind für ein breites Wahlbündnis aller demokratischen, sozialistischen und antifaschistischen Kräfte. Denn aus dem „gemeinsamen Handeln der Arbeiterklasse, aus dem Bündnis der Linken und aller Demokraten wird die Kraft hervorgehen, die die reaktionäre und neonazistische Entwicklung aufhält, die auch in der Bundesrepublik dem Frieden, der Demokratie und dem gesellschaftlichen Fortschritt Bahn bricht“. (Aus dem Programmertwurf der KPD)

Zur neuen Verfassung der DDR

Verfassungsfragen sind Machtfragen

von Dr. LUCIE HAUPT

In beiden deutschen Staaten werden gegenwärtig Verfassungsdiskussionen geführt: In der Deutschen Demokratischen Republik gab sich das werktätige Volk mit einem Volksentscheid eine neue sozialistische Verfassung, die dem erreichten Reifegrad der gesellschaftlichen Verhältnisse entspricht; in der Bundesrepublik protestieren und demonstrieren fortschrittliche demokratische Kräfte gegen die Notstandsverfassung, die den herrschenden Kreisen des Monopolkapitals die juristischen Grundlagen dafür geben soll, ihre nach innen und außen aggressive Politik noch wirksamer gegen die Interessen der arbeitenden Menschen durchsetzen zu können. Diese Realitäten machen bereits deutlich, daß Verfassungsfragen Machtfragen sind. In einer Volksaussprache und in dreiviertel Millionen Veranstaltungen wurden die Probleme der sozialistischen Verfassung diskutiert. Mehr als 12 000 Vorschläge der Bürger wurden zur endgültigen Abfassung des Textes der Kommission übergeben. Diese Vorschläge fanden ihren Niederschlag in 118 Veränderungen des ursprünglichen Entwurfs, Veränderungen, die

die Präambel und 55 Artikel der Verfassung betreffen. Das ist der höchste Ausdruck sozialistischer Demokratie.

Der Marxismus-Leninismus hat mit dem Klassencharakter des Rechts und dessen Verwurzelung in den materiellen Lebensbedingungen der Gesellschaft speziell auch das Wesen der Verfassungen enthüllt und deren unmittelbare Verbindung mit den Klassenkämpfen der Gesellschaft nachgewiesen. Marx hat aufgedeckt, daß die Grundlage „der politischen Form des Souveränitäts- und Abhängigkeitsverhältnisses, kurz der jetzigen spezifischen Staatsform“ „das unmittelbare Verhältnis der Eigentümer der Produktionsbedingungen zu den unmittelbaren Produzenten“ ist.¹⁾

In ähnlicher Weise erklärte Lenin, daß das Wesen einer Verfassung darin besteht, daß die Grundgesetze eines Staates „das wirkliche Kräfteverhältnis im Klassenkampf ausdrücken“.²⁾

Aus dieser Verbindung der Verfassungen mit dem objektiven Entwicklungsprozeß der Gesellschaft ergibt sich der prinzipielle Gegensatz zwischen Verfassungen bürgerlicher und sozialistischer Staaten und das gegensätzliche Verhalten der herrschenden Klassenkräfte zu ihren Verfassungen.

Lenin hat gelehrt, den wahren Charakter bürgerlicher Verfassungen zu

¹⁾ Marx, *Das Kapital*, Band III, Berlin 1949, S. 842

²⁾ Lenin, *Werke*, Band 15, S. 334

erkennen: „Man nehme die Grundgesetze der modernen Staaten, man nehme die Methoden, mit denen sie regiert werden, man nehme die Versammlungs- oder Pressefreiheit, die ‚Gleichheit der Bürger vor dem Gesetz‘ — und man wird auf Schritt und Tritt die jedem ehrlichen und klassenbewußten Arbeiter wohlbekannte Heuchelei der bürgerlichen

Demokratie erblicken. Es gibt keinen einzigen Staat, und sei es auch der demokratischste, wo es in der Verfassung nicht Hintertürchen oder Klauzeln gäbe, die der Bourgeoisie die Möglichkeit sichern, ‚bei Verstößen gegen die Ruhe und Ordnung‘ ... Militär gegen die Arbeiter einzusetzen, den Belagerungszustand zu verhängen u. a. m.“³⁾

Die geschichtlichen Erfahrungen

Die geschichtlichen Erfahrungen des deutschen Volkes haben diese Erkenntnisse Lenins vollauf bestätigt: Die Weimarer Verfassung hatte neben der Verankerung der Rechte der Betriebsarbeiterräte, der Bezirksarbeiterräte und des Reichsarbeiterrates (Art. 165) — eine der in der Novemberrevolution erzielten Errungenschaften der Arbeiterklasse — und anderer bürgerlich-demokratischen Rechte auch den Art. 25, der dem Reichspräsidenten das Recht gab, den Reichstag aufzulösen; sie hatte auch den berüchtigten Art. 48, der dem Reichspräsidenten erlaubte, die „nötigen Maßnahmen“ zu treffen, „erforderlichenfalls mit Hilfe der bewaffneten Macht“ einzuschreiten, wenn die „öffentliche Sicherheit und Ordnung erheblich gestört oder gefährdet wird“.

Als sich die Arbeiter in Sachsen und Thüringen anschickten, ihre Forderungen, die nicht über das Programm der Sozialdemokratie hinausgingen, zu verwirklichen, trat die eigentliche Weimarer Verfassung in Kraft: Auf Grund des Art. 48 gab Reichspräsident Ebert den Befehl zur Reichsexekution gegen die Arbeiterregierungen in Sachsen und Thüringen. 1932 ging die Großbourgeoisie vollends dazu über, den Reichstag auszuschalten und auf Grund des Art. 48 zu regieren. Diesen Artikel nutzten Hindenburg und Hitler für den Übergang zur offen terroristi-

schen Diktatur der Nazis und des Finanzkapitals in Deutschland.

Auch das Bonner Grundgesetz sieht eine Auflösung des Bundestages durch den Bundespräsidenten vor (Art. 68). Ferner ist auch nach Art. 81 die Ausschaltung des Bundestages möglich: Im Falle des Gesetzgebungsnotstandes gelten Gesetze, die die Regierung vorlegt und der Bundestag ablehnt, als zustande gekommen! Aber selbst diese Verfassung, die den herrschenden Kreisen des Monopolkapitals einige „Hintertürchen“ offenläßt, um dem gesellschaftlichen Fortschritt den Weg zu verlegen, ist nicht mehr imstande, die Machtverhältnisse ausreichend zu sichern. In dem Maße, in dem sich mit dem Ausbau des staatsmonopolistischen Herrschaftssystems die Widersprüche zuspitzen, geht die Großbourgeoisie den Weg der Aushöhlung und des Bruchs ihrer eigenen Verfassung. Mit der Notstandsverfassung hat das Grundgesetz auch den noch fehlenden „Artikel 48“ erhalten: Der Bundestag kann völlig ausgeschaltet und durch ein sogenanntes Notparlament, durch einen „gemeinsamen Arbeitsausschuß“ aus nur wenigen Personen ersetzt werden; und sogar dieses Notparlament kann nach dem Notstandsverfassungsgesetz auch noch ausgeschaltet und die ganze Macht in die Hand der Bundesregierung gelegt werden.

Warum neue Verfassung in der DDR?

Die von der Bevölkerung der DDR zum obersten Gesetz erhobene Verfassung ist dagegen Ausdruck einer kontinuierlichen verfassungsrechtlichen Entwicklung. Die erste Verfassung der Deutschen Demokratischen Republik verankerte die historisch notwendig gewordene revolutio-

näre Veränderung der Machtverhältnisse: An die Stelle der imperialistischen Macht trat die Macht der Arbeiter und Bauern. Ihre Verfassung hat den friedlichen Übergang von der antifaschistisch-demokratischen Ordnung in die sozialistische Staats- und Gesellschaftsordnung staatsrechtlich festgelegt und dem Sozialismus das

³⁾ Lenin, Band 28, S. 243

Tor geöffnet. In konsequenter Verwirklichung dieser Verfassung haben die Werktätigen unter Führung der Arbeiterklasse und ihrer Partei eine stabile sozialistische Gesellschaft mit einer modernen leistungsfähigen Wirtschaft geschaffen. Im Prozeß des Aufbaus des Sozialismus haben die Werktätigen selbst unter Führung der Arbeiterklasse und ihrer Partei die gesellschaftlichen Verhältnisse über den Rahmen der Verfassung hinaus entwickelt. Dabei sind gesellschaftliche Bedingungen herangereift, die die Ausarbeitung einer sozialistischen Verfassung erforderten. Die neuen sozialistischen gesellschaftlichen Verhältnisse finden in den neuen Ver-

Der Klassencharakter der Verfassung

In völliger Übereinstimmung mit der gesellschaftlichen Wirklichkeit bringt die neue Verfassung klar, offen und unmißverständlich den Klassencharakter der Staats- und Gesellschaftsordnung der DDR zum Ausdruck: „Die Deutsche Demokratische Republik ist ein sozialistischer Staat deutscher Nation. Sie ist die politische Organisation der Werktätigen in Stadt und Land, die gemeinsam unter Führung der Arbeiterklasse und ihrer marxistisch-leninistischen Partei den Sozialismus verwirklichen.“ (Art. 1) Hier sind die Grundsätze der marxistisch-leninistischen Staatslehre zum Verfassungsprinzip geworden: Die Arbeiterklasse, die den Sozialismus aufbauen und zum Sieg führen will, muß ihre politische Macht errichten. Der Staat ist das Hauptinstrument der Arbeiterklasse und ihrer Verbündeten zur Gestaltung ihrer neuen sozialistischen Lebensverhältnisse geworden. Die Kluft, die im bürgerlichen Staat die Gesellschaft vom Staat trennt, ist überwunden und die Einheit von Staat und Bürger, von Staat und Gesellschaft ist hergestellt. Die zur Verwirklichung der Herrschaft des werk-tätigen Volkes unabdingbar notwendige führende Rolle der Arbeiterklasse und ihrer marxistisch-leninistischen Partei, die bei der Schaffung des entwickelten gesellschaftlichen Systems des Sozialismus weiter wächst, ist verfassungsrechtlich fixiert.

Die Verfassung nennt die unantastbaren Grundlagen der sozialistischen Gesellschaftsordnung und er-

fassung ihre verfassungsrechtliche Ausgestaltung.

Die Verfassung geht davon aus, daß die sozialistischen Produktionsverhältnisse endgültig gesiegt haben und alle Möglichkeiten für eine Restauration der Macht des Monopolkapitals ein für allemal ausgeschlossen sind. Sie verankert jedoch nicht nur das Errungene, sondern erfaßt auch, wie das für Verfassungen sozialistischer Staaten charakteristisch ist, die Perspektive der Entwicklung, die in den Beschlüssen des VI. und VII. Parteitages der SED wissenschaftlich erarbeitet worden ist: Das entwickelte gesellschaftliche System des Sozialismus.

hebt mit diesen Bestimmungen marxistisch-leninistische Grundlehren in Übereinstimmung mit der gesellschaftlichen Realität zum Verfassungsprinzip. (Art. 2 [2]) Der Marxismus-Leninismus lehrt, daß das Bündnis der Arbeiterklasse mit anderen Klassen und Schichten der Gesellschaft höchstes Prinzip der Herrschaft der Arbeiterklasse ist. Dieses Bündnis ist eine Lebensfrage der sozialistischen Gesellschaft. Die Gestaltung des entwickelten gesellschaftlichen Systems des Sozialismus als Ganzes kann nur das Ergebnis der bewußten, planmäßigen Tätigkeit des ganzen Volkes unter Führung der Arbeiterklasse und ihrer Partei sein. Die entwickelte sozialistische Menschengemeinschaft erfordert sozialistische Beziehungen aller Menschen untereinander in der Produktion und im gesellschaftlichen Leben.

Die ökonomische Grundlage der politischen Macht des werk-tätigen Volkes ist das sozialistische Eigentum an den Produktionsmitteln. Damit ist die Quelle für die Ausbeutung des Menschen durch den Menschen und der Klassenantagonismus für immer beseitigt. Die alte Kampflosung der Arbeiterklasse „Was des Volkes Hände schaffen, soll des Volkes eigen sein“ wurde mit der positiven Aussage des bereits erreichten Erfolgs, daß dem so ist, zum Verfassungsgrundsatz. Die Verteilung der Arbeitsergebnisse erfolgt nicht nach der Größe des Besitzes an Produktionsmitteln, sondern nach der für die Gesellschaft erbrachten Leistung (Art. 2 [3]).

Der Mensch steht im Mittelpunkt

Die sozialistische Planwirtschaft und die Leitung der gesellschaftlichen Entwicklung nach den fortgeschrittensten Erkenntnissen der Wissenschaft, in Art. 2 (2) und 9 (3) zum Verfassungsgesetz erhoben, garantieren die Entwicklung der modernen Produktivkräfte und die stetige Steigerung der Arbeitsproduktivität, die einen steigenden Wohlstand des werktätigen Volkes bewirken.

Eben so klar und unmißverständlich wie die Machtverhältnisse in der Verfassung zum Ausdruck kommen, wird das Hauptanliegen der sozialistischen Gesellschaft und ihres Staates sichtbar: Bei der Schaffung des entwickelten gesellschaftlichen Systems des Sozialismus geht es um die Entfaltung aller gesellschaftlichen Kräfte, um die Herausbildung sozialistischer Persönlichkeiten. **Die Verfassung stellt deshalb den Menschen in den Mittelpunkt, geht vom Menschen aus und erhebt ihn in seiner Einheit als Produzenten aller geistigen und materiellen Güter, als kollektiver Eigentümer von Produktionsmitteln und als Träger der Staatsmacht zur gesellschaftsgestaltenden Kraft. Darin drückt sich die höchste Würde des Menschen aus, daß er alle seine Kräfte zu seinem eigenen Nutzen und zum Nutzen der ganzen Gesellschaft frei entfalten kann.**

In der Fixierung dieser neuen historischen Stellung des Menschen, die er erstmalig in der Geschichte in der sozialistischen Gesellschafts-

und Staatsordnung einnimmt, liegt der Humanismus der sozialistischen Verfassung begründet. Deshalb ist sie die „deutsche Charta der Freiheit und der Menschlichkeit“ (Ulbricht in der Rede vor der Volkskammer). Nach Art. 2 üben die Werktätigen die politische Macht aus, und zwar durch ihre demokratisch gewählten Volksvertretungen, die den Wählern rechenschaftspflichtig sind (Art. 5). Sie sind die staatlichen Machtorgane, neben oder außer denen kein Organ staatliche Machtbefugnisse ausüben kann. Alle staatlichen Organe sind den Volksvertretungen verantwortlich und rechenschaftspflichtig. Als eindeutige Absage an Diktaturvollmachten und sonstige Klauseln, die auf die Ausschaltung der vom Volke gewählten Vertretungskörperschaften gerichtet sind, hebt Art. 89 ausdrücklich hervor: Zu keiner Zeit und unter keinen Umständen können andere als verfassungsmäßig vorgesehene Organe staatliche Macht ausüben. Die Volkskammer entscheidet als oberstes Machtorgan über die Grundfragen der Staatspolitik (Art. 48 [1]), sie bestimmt die Ziele der Entwicklung der DDR (Art. 49). Die örtlichen Volksvertretungen entscheiden auf der Grundlage der Gesetze in eigener Verantwortung über alle Angelegenheiten, die ihr Gebiet und seine Bürger betreffen (Art. 81 [2]). Die Volksvertretungen sind verfassungsrechtlich verpflichtet, sich bei der Vorbereitung, Durchführung und Kontrolle ihrer Entscheidungen auf die aktive Mitgestaltung der Bürger zu stützen (Art. 5[2]).

Mitbestimmung und Mitgestaltung voll garantiert

Jeder Bürger hat das Recht auf Mitbestimmung und Mitgestaltung der gesellschaftlichen Entwicklung. Artikel 20 (2) gestaltet dieses Recht umfassend aus und nennt die Formen, in denen dieses Recht wahrgenommen werden kann. Das Mitbestimmungsrecht der Werktätigen wird zu einem wesentlichen Teil durch ihre Klassenorganisation, den Freien Deutschen Gewerkschaftsbund, wahrgenommen. Dessen Stellung ist in einem besonderen Kapitel der Verfassung (Art. 21) fixiert. Die Arbeiter und ihre Organisationen bestimmen in Staat, Wirtschaft und Gesellschaft umfassend

mit, nehmen durch ihre Vertreter in den staatlichen Machtorganen unmittelbar an der Macht ausübung teil, arbeiten in den Betrieben und Institutionen an der Aufstellung der Pläne mit, insbesondere durch ihre Organisationen und Organe in den Betrieben und ihre Mitarbeit in ehrenamtlichen Gremien, wie zum Beispiel den Gesellschaftlichen Räten bei den VVB; sie können Gesetzesvorlagen einbringen, haben das Recht der gesellschaftlichen Kontrolle über die Wahrung der gesetzlich garantierten Rechte der Werktätigen und arbeiten ständig mit allen staatlichen Organen zusammen.

Oberster Souverän ist das Volk

Die in der Verfassung festgelegten umfassenden Grundrechte sind nicht Rechte „gegenüber dem Staat“. Sie sind vielmehr Bestandteil der Souveränität des werktätigen Volkes und dienen dazu, die Staatsbürger zur Ausübung ihrer Macht, zur Wahrnehmung ihres Rechts auf Mitbestimmung und Mitgestaltung der gesellschaftlichen Verhältnisse mit hoher Qualität und maximalem Nutzen für sich und die sozialistische Gesellschaft zu befähigen. Sie sind auf die Entfaltung sozialistischer Persönlichkeiten gerichtet. Die Grundrechte sind materiell garantiert durch die politischen und ökonomischen Machtverhältnisse.

Die Verfassung erhebt die Sicherung des Friedens und die Wahrung der Völkerfreundschaft zum obersten Verfassungsprinzip. Die Garantie für die Realität dieses Verfassungsgebots ist die in völliger Übereinstimmung mit der gesellschaftlichen Wirklichkeit fixierte Souveränität des werktätigen Volkes. Mit der neuen sozialistischen Verfassung und der vorausgegangenen öffentlichen Diskussion gab die Bevölkerung der DDR das Beispiel dafür, wie der Weg des deutschen Volkes in eine Zukunft des Friedens, der Demokratie und des Sozialismus gestaltet werden kann. Darin liegt die nationale Bedeutung dieser neuen Verfassung.

JUNGE GENOSSEN FRAGEN, WISSEN UND TAT antwortet

Worauf gründet sich der Führungsanspruch der Arbeiterklasse?

Einige Genossen richteten an uns die Frage, ob die Arbeiterklasse wirklich als die führende und entscheidende Kraft bei der Umgestaltung der Bundesrepublik zu einem Staat der fortschrittlichen Demokratie und des Friedens zu betrachten ist, als die sie im Programmentwurf der KPD dargestellt wird.

I.

Die Arbeiterklasse trägt überall in der Welt die Hauptverantwortung für die Weiterentwicklung des gesellschaftlichen Fortschritts. In den kapitalistischen Ländern besteht ihre historische Mission darin, die Menschen von Ausbeutung, Unterdrückung, Not und Elend, von Kriegen und Zerstörung zu befreien. Dabei wird sie von der Arbeiterklasse der sozialistischen Länder unterstützt, die als führende Kraft den Sozialismus in ihren Ländern vollendet und den Kommunismus aufbaut. Die Klarstellung dieser weltgeschichtlichen Rolle der Arbeiterklasse ist, wie W. I. Lenin schrieb, das Wichtigste in der Lehre von Karl Marx.

II.

In unserem Programmentwurf heißt es, die Arbeiterklasse ist die entscheidende Kraft der Gesellschaft. „Sie

Wenn die Arbeiterklasse im allgemeinen für die gesellschaftliche Entwicklung die Hauptverantwortung trägt, so gilt das für die westdeutsche Arbeiterklasse ganz besonders. Denn es war der deutsche Imperialismus, der bereits zwei Weltkriege in diesem Jahrhundert ausgelöst hat. Auch heute gehen vom staatsmonopolistischen Herrschaftssystem in der Bundesrepublik die größten Gefahren für Frieden, Entspannung und sozialen Fortschritt in Europa aus.

Um die führende Rolle der Arbeiterklasse einzuschätzen, ist es notwendig, von der Stellung auszugehen, die die Arbeiterklasse im gesellschaftlichen Leben einnimmt.

bildet die überwiegende Mehrheit des Volkes. Sie schafft die produktiven Werte und nimmt im Wirtschaftsleben

die ausschlaggebende Stellung ein. Sie verfügt über starke Organisationen und über eine große Tradition im Kampf um Frieden und Fortschritt.“

Die Arbeiterklasse ist nicht nur die zahlenmäßig stärkste Klasse, sie ist — infolge der zunehmenden Konzentration und Zentralisation der Produktion und des Kapitals — die am raschesten wachsende soziale Schicht unseres Landes. Die Arbeiter- und Angestelltentarne in der Bundesrepublik zählte 1950 14,16 Millionen Menschen. Sie ist seitdem, gespeist aus dem natürlichen Bevölkerungszuwachs, aus dem Zustrom von Angehörigen der Bauern und städtischen Mittelschichten, ständig gewachsen. Im Jahre 1955 betrug ihre Zahl 15,8 Millionen, 1962 21,17 Millionen und 1967 26,4 Millionen. Auf die einzelnen Wirtschaftszweige bezogen sind gegenwärtig in Industrie, Bau und Handwerk 12,4 Millionen, in Handel und Transport 4,7 Millionen, in der Landwirtschaft 2,7 Millionen und im Dienstleistungsbereich 6,6 Millionen Arbeiter und Angestellte beschäftigt. Zusammen mit ihren Familienangehörigen bilden sie in der Tat die überwiegende Mehrheit des Volkes.

Die ausschlaggebende Stellung der Arbeiterklasse im Wirtschaftsleben ergibt sich daraus, daß sie unmittelbar mit der Produktion, der Grundlage des Lebens der Gesellschaft, verbunden ist. Sie ist Hauptproduzent der materiellen Güter und schafft im Produktionsprozeß den Mehrwert, den sich die Monopole und ihre Aktionäre usw. aneignen. Sie ist die am meisten ausgebeutete Klasse. Die Arbeiter haben in der Nachkriegszeit große

Werte geschaffen, Sie wurden jedoch um die Früchte ihrer Arbeit betrogen. Zwar konnte die Arbeiterklasse in der Entwicklungsperiode der Bundesrepublik ihren Reallohn um 80 bis 85 Prozent steigern. In dieser Zeit aber haben die großen Monopole ihr Kapital und ihr Eigentum verachtlicht bis verzehnfacht. Es entspricht daher den Interessen der Arbeiterklasse, nicht nur Teilverbesserungen ihrer Lage zu erringen, sondern jene in unserem Programmentwurf aufgezeigten grundlegenden demokratischen und gesellschaftlichen Umgestaltungen herbeizuführen, die auf die Einschränkung und schließliche Überwindung der Macht des Monopolkapitals gerichtet sind.

Die Arbeiterklasse hat nicht nur den Vorteil der zahlenmäßigen Stärke. Sie ist infolge ihrer Lebens- und Arbeitsbedingungen, der ihr eigenen Disziplin und ihrer Konzentration in Großbetrieben auch am besten dazu befähigt, sich zu organisieren. Heute sind in der Bundesrepublik mehr als 40 Prozent der Arbeiterklasse in großen Konzernbetrieben beschäftigt, was ihre Kraft noch erhöht. Die Arbeiterklasse verfügt über eine starke Gewerkschaftsorganisation wie den DGB, mit seinen 16 Industriegewerkschaften, denen fast 7 Millionen Mitglieder angehören. In den Gewerkschaften sind Kommunisten und Sozialdemokraten, christliche und parteilose Arbeiter vereint. Sie können sich auf programmatiche Grundsätze und Beschlüsse stützen, die in einer Reihe entscheidender Grundfragen dem Interesse der Arbeiterklasse und aller demokratischen Kräfte entsprechen.

III.

Die Arbeiterklasse ist die gesellschaftliche Kraft, die mit einer wissenschaftlichen Weltanschauung, dem Marxismus-Leninismus, verbunden ist, der ihrem Handeln Weg und Ziel weist. Obwohl die Arbeiterklasse durch den Faschismus und den Krieg die größten Opfer gebracht und viele ihrer Besten verloren hatte, war sie nach 1945 die Hauptkraft einer breiten Volksbewegung im Kampf gegen das Wiedererstehen des deutschen Imperialismus und Militarismus, gegen die Spaltung Deutschlands und die Wie-

deraufrüstung der Bundesrepublik. Dieser Kampf konnte die Pläne der herrschenden Kreise um Jahre verzögern.

Heute kann die Arbeiterklasse ihre führende Rolle mehr denn je begründen. In den Ländern des sozialistischen Weltsystems ist sie die führende Kraft beim Aufbau des Sozialismus und Kommunismus. Sie tritt als Hauptstütze des sozialen Fortschritts, als konsequenter Gegner des Imperialismus in den Ländern der nicht-sozialistischen Welt auf.

Von entscheidender Bedeutung für den Kampf der Arbeiter in der Bundesrepublik ist die Tatsache, daß die Arbeiterklasse in der Deutschen Demokratischen Republik die hohen Führungseigenschaften der Arbeiterklasse unter Leitung der Sozialistischen Einheitspartei Deutschlands prinzipiell bewiesen hat. Sie hat nachgewiesen, daß die demokratische und schließlich sozialistische Umgestaltung auch für hochentwickelte Industrieländer, die ehemals unter dem Kommando der Monopole standen, der einzige richtige Weg ist.

Neben diesen Faktoren, die die führende Rolle der Arbeiterklasse unter-

streichen, wirken eine Reihe anderer Faktoren, die es der Arbeiterklasse in der Nachkriegszeit erschwerten, ihre Kraft voll zu entfalten. Das größte Hindernis für die Entfaltung der Kraft in der Bundesrepublik ist ihre andauernde Spaltung, deren Überwindung nach 1945 infolge der antikommunistischen Haltung der rechten SPD-Führer, durch die imperialistischen Besatzungsmächte und die westdeutsche Reaktion verhindert wurde. Schwerwiegende Folgen hat das Verbot unserer Partei, wodurch die Arbeiterklasse der Führung durch eine legale marxistisch-leninistische Partei beraubt wurde.

IV.

Mit der vollen Herausbildung des staatsmonopolistischen Kapitalismus entstand ein von den Bonner Machthabern gelenktes umfassendes System zur massiven ideologischen Beeinflussung der Arbeiterklasse durch Fernsehen, Funk und Presse. Das erschwerte es vielen Arbeitern, die Politik der Bonner Regierung zu durchschauen und die gesellschaftlichen Zusammenhänge zu erkennen. Bedeutungsvoll sind weiterhin die mit dem Anwachsen der Arbeiterklasse verbundenen tiefgehenden Veränderungen in ihrer Struktur. Der unaufhörliche Zustrom kleinbürgerlicher Schichten in die Arbeiterklasse schafft einen günstigen Boden für die Ausbreitung bürgerlicher und kleinbürgerlicher ja sogar chauvinistischer Auffassungen in der Arbeiterbewegung. Zu beachten ist auch, daß 45 Prozent aller Arbeiter nach 1945 in den Produktionsprozeß eingereiht wurden. Sie haben den Kapitalismus, abgesehen von den letzten zwei Jahren, nur in der Zeit der Konjunktur und Hochkonjunktur kennengelernt.

Die machtvollen Aktionen der letzten Zeit zeigen, daß immer mehr Arbeiter aktiv an den politischen Aus-

einandersetzungen teilnehmen, daß sich eine enge Zusammenarbeit zwischen der Arbeiterklasse und ihren Gewerkschaften, der Intelligenz, den Studenten und anderen demokratischen Kräften herausbildet, die für die zukünftige Entwicklung noch eine große Bedeutung erlangen wird. Diesen Prozeß zu vertiefen, der Arbeiterklasse ihre Stellung, ihre große Kraft und Verantwortung bewußt zu machen und sie noch stärker in den Kampf einzubeziehen, darin besteht eine der wichtigsten Aufgaben, an deren Erfüllung unsere Partei, alle sozialistischen und fortschrittlichen Kräfte unablässig arbeiten müssen. Denn vom Handeln der Arbeiterklasse hängt der Erfolg der demokratischen Kräfte ab.

Unser Programmentwurf weist der Arbeiterklasse den Weg, wie sie durch die brüderliche Zusammenarbeit von Kommunisten und Sozialdemokraten, durch das einheitliche Handeln aller Arbeiter, durch ein enges Bündnis mit allen anderen Werktagen und nicht-monopolistischen Schichten ihre große Kraft voll zur Geltung bringen kann. Die Arbeiterklasse braucht, um voll wirksam zu werden, vor allem eine legale KPD.

Hört den deutschen Freiheitssender 904

Jeden Abend um 19.00 Uhr, 21.00 Uhr, 22.30 Uhr

Jeden Morgen um 4.30 Uhr, 5.00 Uhr, 5.30 Uhr

• Hört die Welle des Deutschen Freiheitssenders 904 = 331,9 m! •

Was ist Establishment?

Gegenwärtig geht in den kapitalistischen Ländern, auch bei uns in der Bundesrepublik, ein Wort um: es heißt Establishment. Junge Menschen, vor allem Studenten, aber auch andere Anhänger der außerparlamentarischen Opposition protestieren, demonstrieren und bekämpfen in Wort und Schrift, aber auch in teach-in, sit-in und anderen Aktionen dieses Establishment.

Das Wort ist englischen Ursprungs. To establish ist ein Tätigkeitswort und bedeutet in unserer Sprache soviel wie festsetzen, einsetzen, einrichten oder errichten. Das davon abgeleitete Hauptwort heißt establishment und ist bei uns zu vergleichen mit den Wörtern wie Errichtung, Einrichtung, Einkommen, Unternehmen und andere.

Der Engländer bezeichnet mit establishment zugleich auch jene gewisse Führungsschicht, die — oft unsichtbar — die wirkliche Macht im Staate ausübt. Angehörige dieser aus „höheren Gesellschaftskreisen“ bestehenden „Machtelite“ sitzen an den Schaltthebeln der Macht und fällen autoritäre Entscheidungen ohne öffentliche Kontrolle. Establishment ist also auch ein politischer Begriff. Er charakterisiert gewisse gesellschaftliche Zustände.

Das Wort wurde im Laufe der Zeit aber bald immer mehr verallgemeinert und ist heute ein gängiges politisches Schlagwort unserer Zeit. Was verstehen viele Menschen bei uns darunter? Establishment wird gegenwärtig in erster Linie als die vorhandene Ordnung mit ihren gesellschaftlichen und staatlichen Einrichtungen wie Monopole, Regierung, Parlament, Parteien, Gewerkschaften usw. verstanden. Dieses Gebilde mit seinen wirtschaftlichen und politischen Managern wie Kiesinger, Abs, Wehner und anderen unterstützt zum Beispiel den barbarischen Krieg in Vietnam. Es setzt sich augenblicklich über den erklärten Willen des Volkes skrupellos hinweg und will mit Notstandsgesetzen seine Herrschaft noch fester etablieren (verankern, einrichten). Das Establishment bei uns hält auch an der sterilen Alleinvertretungsanmaßung fest und blockiert auf diese Art und Weise eine Verständigung und Annäherung der beiden deutschen Staaten. Das Establishment manipuliert in Gestalt Axel Cäsar Springers

und seines Pressemonopols die Hirne vieler Menschen.

Die Gegner des Establishment schreiben dagegen menschliche, vernünftige, demokratische Forderungen auf ihre Fahnen.

All das ist es, was im allgemeinen heute unter Establishment verstanden wird, nämlich **das ganze herrschende volksfeindliche staatsmonopolistische System**.

Darüber hinaus wird das Wort auch oft als Bezeichnung für alle politischen Systeme, sowohl der kapitalistischen Länder als auch der sozialistischen Staaten gebraucht. Aber Establishment als Begriff in diesem Sinne angewandt, losgelöst von dem konkreten Inhalt der sozialen und politischen Verhältnisse, ist als Aussage über gesellschaftliche Zustände überfordert, vermag die Wirklichkeit nicht mehr richtig zu erfassen und widerzugeben. Und warum? Weil der Begriff und das, was darunter verstanden wird, so benutzt nicht in die Tiefe der Gesellschaft und ihrer Erscheinungen dringt, sie nicht exakt charakterisiert und allen erlaubt, egal auf welcher politischen Seite sie stehen, ob Gegner des Establishment oder gar Teil des Establishment selbst, den Begriff anzuwenden. „Die Jugend“, so schrieb zum Beispiel erst unlängst der „Telegraf“, „hängt uns so gerne das jetzt modisch gewordene Etikett Establishment an. Auch wir hatten, als wir jung waren, ein sogenanntes Establishment vor unserer Nase“. Der „Telegraf“ und die Verteidiger des Establishment in der Bundesrepublik überhaupt gebrauchen dieses Wort natürlich in der Absicht, seinen Inhalt zu verwässern, ja zu „neutralisieren“, wenn möglich, seinen Inhalt sogar auf den Kopf zu stellen. Der Begriff, so angewandt, also abstrahiert von der sozialen und gesellschaftlichen Struktur der jeweiligen Verhältnisse

eines Landes, gibt — wie wir sehen — keine genaue Antwort und kann denn auch nicht als Wegweiser oder

Orientierungshilfe in der Auseinandersetzung mit der kapitalistischen Ordnung dienen.

Einige Bemerkungen zur Macht

Aber noch ein Wort zu denjenigen unter den Gegnern des Establishment, die die Ordnung des Sozialismus mit der Ordnung des Kapitalismus gleichsetzen und auch in gleicher Weise als Establishment angreifen, die jede Art von staatlicher Einrichtung usw. ablehnen.

Es gab solche Auffassungen schon vor hundert Jahren. Die Marxisten bezeichneten damals und bezeichnen heute noch solche Ansichten als Anarchismus. Dieser übte in der Vergangenheit einen störenden Einfluß auf die Arbeiterbewegung aus und wurde deshalb von den Marxisten befürchtet. Heute, in der industriell hochorganisierten spätkapitalistischen Gesellschaft, erweisen sich ähnliche Ansichten noch viel weniger als „ideologischer Treibstoff“ der demokratischen und fortschrittlichen Bewegung.

Natürlich verneinen wir Marxisten keinesfalls die Theorie in der Auseinandersetzung mit dem kapitalistischen System und seinen Trägern. Im Gegenteil! Wir messen der wissenschaftlichen Theorie im Klassenkampf sehr große Bedeutung bei. So erfaßt der wissenschaftliche Begriffsapparat des Marxismus-Leninismus das antidemokratische staatsmonopolistische System in der Bundesrepublik, das

mit dem Wort Establishment nur angedeutet wird, sehr scharf und genau. Hier sprechen wir von einem System des staatsmonopolistischen Kapitalismus, in der die Macht der großen Wirtschaftsmonopole mit der Macht des imperialistischen Staates zu einer umfassenden Maschinerie verschmilzt, die die ganze Gesellschaft beherrscht und in den Dienst der großen Monopole stellt. Nicht selten spricht man in diesem Zusammenhang von der „Macht der Hundert“. Tatsächlich ist die Macht in Staat und Wirtschaft letzten Endes bei einer Handvoll Multimillionäre konzentriert, bei Leuten wie Abs und Flick, Springer als Großproduzent von öffentlicher Meinung gehört auch dazu. Sachwalter im politischen Bereich sind die Führer der „staatstragenden“ Parteien, die Männer der Regierung, hohe Beamte und Militärs.

Alle, die gegen diese „Macht der Hundert“ kämpfen, haben unsere Sympathie und Unterstützung, mit welchen Worten sie auch die Tatsachen nennen mögen. Aber das manchmal schwer durchschaubare Spiel, das mit dem Wort Establishment getrieben wird, weist doch darauf hin, daß ein Studium des Marxismus-Leninismus ihnen und ihrer gerechten Sache helfen würde.

50 Jahre Novemberrevolution – 50 Jahre Kommunistische Partei Deutschland

Wissen und Tat beginnt mit dem Abdruck einer kleinen Chronik über wichtige Daten und Ereignisse im Zusammenhang mit der Novemberrevolution und dem 50. Jahrestag der Gründung der KPD. In diesem Heft werden jene Ereignisse hervorgehoben, die unmittelbar die Novemberrevolution 1918 einleiteten und am 9. November zu ihrem Höhepunkt führten.

— Kleine Chronik —

- 3. 10. 1918** Ernennung des Prinzen Max von Baden zum Reichskanzler. Ersuchen der deutschen Regierung in einer Note an die USA um die Vermittlung von Waffenstillstands- und Friedensverhandlungen.

- 4. 10. 1918** Max von Baden bildet eine parlamentarische Regierung. Diese Maßnahme soll die revolutionäre Bewegung aufhalten und die kaiserliche Monarchie retten. Staatssekretäre dieser Regierung werden Philipp Scheidemann (Vorsitzender der SPD) und Gustav Bauer (hoher Gewerkschaftsfunktionär). Die SPD unterstützt mit diesem Schritt die Politik zur Rettung der imperialistischen Klassenherrschaft.
- 7. 10. 1918** Reichskonferenz der Spartakusgruppe mit Vertretern der Linksräkalen in Berlin. Die Konferenz erörtert und beschließt Maßnahmen zur Vorbereitung des bewaffneten Aufstandes und nimmt das Programm der Volksrevolution an. Darin fordern sie u. a. die sofortige Beendigung des Krieges, die revolutionäre Erkämpfung demokratischer Rechte und Freiheiten, den Sturz des Imperialismus, als Endziel die Proklamierung der sozialistischen Republik.
- 16. 10. 1918** Eine Friedensdemonstration von 5000—6000 Berliner Arbeitern fordert den Sturz der Regierung und die Freilassung von Karl Liebknecht aus der Kerkerhaft.
- 23. 10. 1918** Karl Liebknecht wird aus dem Zuchthaus Luckau entlassen und in Berlin von Tausenden Arbeitern und Soldaten stürmisch gefeiert. Er ruft zur Nachahmung des russischen Roten Oktobers von 1917 auf.
- 27.—30. 10. 1918** Revolutionäre Erhebung der deutschen Flotte. Die deutsche Seekriegsleitung bereitet das Auslaufen der Flotte für den Angriff auf die englische Flotte vor. Matrosen und Heizer treten gegen weiteres sinnloses Blutvergießen auf und verweigern den Dienst. Matrosenräte entstehen. Rote Flaggen werden auf den Kriegsschiffen gehisst. Die Flotte kann nicht auslaufen. Verhaftung von mehr als tausend Matrosen. Die Kriegsschiffe müssen durch diese Bewegung wieder ihre Heimathäfen anlaufen.
- 3. 11. 1918** Bewaffnete Matrosen, Arbeiter und Soldaten fordern auf einer Demonstration in Kiel die Freilassung der eingekerkerten Matrosen. Die Demonstranten antworten auf einen Feuerüberfall durch die Polizei mit dem bewaffneten Aufstand.
- 4. 11. 1918** 20 000 Matrosen nehmen am Aufstand teil. Bildung von Soldatenräten auf Schiffen und in Kasernen. Forderungen der Soldatenräte nach sofortiger Beendigung des Krieges, Abdankung der Hohenzollern, Aufhebung des Belagerungszustandes, Freilassung der verhafteten Matrosen und aller politischen Gefangenen sowie allgemeines Wahlrecht. Die gesamte zivile und militärische Gewalt liegen in den Händen des Kieler Arbeiter- und Soldatenrates.
- 6. 11. 1918** Revolutionäre Erhebungen der Arbeiter und Soldaten und Bildung von Arbeiter- und Soldatenräten in Altona, Bremen, Bremerhaven, Cuxhaven, Flensburg, Hamburg, Neumünster, Oldenburg, Rendsburg, Rostock und Wilhelmshaven.
- 7. 11. 1918** Revolutionäre Erhebung der Arbeiter und Soldaten und Bildung von Arbeiter- und Soldatenräten u. a. in Braunschweig, Frankfurt am Main, Hannover, Lüneburg, München, Schwerin. Ausrufung der demokratischen Republik in Bayern.
- 8. 11. 1918** Übergreifen der Revolution auf Augsburg, Bayreuth, Chemnitz, Dresden, Düsseldorf, Halle, Koblenz, Köln, Leipzig, Magdeburg, Mannheim, Nürnberg und andere Städte. Bildung von Arbeiter- und Soldatenräten.

Aufruf der Spartakusgruppe und des Vollzugsausschusses der revolutionären Obleute in Berlin zum Kampf für den Sturz der Monarchie, Errichtung der sozialistischen Republik, Übernahme der Regierung durch Vertreter der Arbeiter- und Soldatenräte, Herstellung der Verbindung zur russischen Sowjetrepublik.

Rosa Luxemburg wird durch die Revolution aus dem Gefängnis in Breslau befreit.

9. 11. 1918 Generalstreik und bewaffnete Demonstration in Berlin. Entwaffnung der Polizisten und Offiziere, Sturm auf Kasernen und Polizeiwachen, Befreiung politischer Gefangenen. Gegen Mittag ist Berlin in den Händen revolutionärer Arbeiter. Sie besetzen das Polizeipräsidium, das Haupttelegrafenamt, das Rathaus und andere wichtige Gebäude.

Bekanntgabe der Abdankung Wilhelm II. als Deutscher Kaiser und des Thronverzichts des Kronprinzen Wilhelm von Hohenzollern. Ankündigung von Wahlen für eine verfassunggebende Nationalversammlung. Ernennung des Vorsitzenden der SPD Friedrich Ebert, zum Reichskanzler.

Karl Liebknecht verkündet vom Balkon des Schlosses in Berlin die freie sozialistische Republik, während Philipp Scheidemann vom Reichstagsgebäude aus die freie deutsche Republik ausruft.

Revolutionäre Aktionen in vielen Städten, so in Bremen, Chemnitz, Leipzig, Hamburg, Stuttgart, und Übernahme der örtlichen Macht.

10. 11. 1918 Aufruf der Spartakusgruppe an die „Arbeiter und Soldaten von Berlin!“. Zehn-Punkte-Vorschlag zur Sicherung und Weiterführung der Revolution: Entwaffnung der Polizei und Offiziere, Bewaffnung des Volkes, Übernahme aller Behörden und Kommandostellen durch Vertrauensmänner der Arbeiter- und Soldatenräte, Beseitigung des Reichstags und aller Parlamente sowie der bestehenden Reichsregierung, Abschaffung aller Dynastien und Einzelstaaten, Gründung einer einheitlichen sozialistischen Republik, Übernahme der Regierung durch einen gewählten Arbeiter- und Soldatenrat, Wahl von Arbeiter- und Soldatenräten in ganz Deutschland, Aufnahme der Beziehungen zu den sozialistischen Bruderparteien und Rückberufung der sowjetrussischen Botschaft.

Friedrich Ebert und Generalleutnant Groener, Erster Generalquartiermeister der Obersten Heeresleitung, schließen einen Pakt gegen die Revolution. Die Besetzung Berlins zur Beseitigung der Arbeiter- und Soldatenräte wird geplant. Dieser Pakt bereitet den Bürgerkrieg zur blutigen Niederschlagung der revolutionären Bewegung vor.

Der ehemalige Kaiser Wilhelm II. flieht nach Holland.

11. 11. 1918 Unterzeichnung des Waffenstillstandsabkommens durch Vertreter der deutschen Regierung und der Entente in Compiègne.

Telegramm der russischen Sowjetregierung „An alle Arbeiter-, Soldaten- und Matrosenräte Deutschlands!“. Das deutsche Proletariat wird darin aufgefordert, die Lehren der russischen Revolution zu beachten und davor gewarnt, sich Illusionen über die erreichten Ergebnisse der Revolution zu machen. Die russische Räteregierung kündigt Getreidelieferungen an.

Für die Mappe des Propagandisten

Weltwirtschaftliche Randbemerkungen

Lenin hat mehrfach darauf hingewiesen, wie wichtig es ist, statistische Gruppen zu bilden. Etwa: die Entwicklung der Produktion getrennt für kapitalistische und sozialistische Produktionsverhältnisse zu berechnen.

Dementsprechend kommt man zum Beispiel zu folgender Statistik der relativen Position der amerikanischen Industrieproduktion:

Anteil der USA an der kapitalistischen Weltindustrieproduktion

(1880—1966)

1880	28 Prozent
1913	36 Prozent
1929	44 Prozent
1937	42 Prozent
1966	45 Prozent

Von 1880 bis 1929 eine aufsteigende Tendenz. In den „trüben“ Dreißiger Jahren Stagnation. Im Gefolge des zweiten Weltkrieges ein steiler Aufstieg (1948 = 54 Prozent) und dann ein Abfall, etwa auf das Niveau von 1929 und 1937.

Lenin hat aber niemals, wie manche vermuten, gesagt, man dürfe nur und ausschließlich Gruppen-Statistiken veröffentlichen. Im Gegenteil: eine Berechnung des Anteils der USA an der gesamten Weltproduktion, einschließlich der sozialistischen, bringt etwas hoch Bedeutsames ans Licht:

Anteil der USA an der gesamten

Weltindustrieproduktion

(1880—1966)

1880	28 Prozent
1913	36 Prozent
1929	42 Prozent
1937	48 Prozent
1966	28 Prozent

Bis 1937 sieht die Bewegung nicht aufregend anders aus. Auch zu Beginn der Jahre nach dem zweiten Weltkrieg sind die USA immer noch die bei weitem größte Industriemacht (etwa 45 Prozent Anteil).

1966 und 1967 aber — 50 Jahre nach der Großen Sozialistischen Oktoberrevolution — sind die USA gewissermaßen auf die Position von 1880 zurückgedrängt worden.

Vergleichen wir noch einmal 1880 und 1966 für eine größere Anzahl von Ländern:

Anteil an der Weltindustrieproduktion
(in Prozent)

	1880	1966
USA	28	28
England	28	5
Deutschland	13	6*
Frankreich	9	4
Sowjetunion	3**	20
Japan	0	4

* Westdeutschland

** Rußland

Die Sowjetunion produziert heute mehr als Westdeutschland, Frankreich und Japan zusammengenommen. Und während die USA in ihrer Position um fast 100 Jahre zurückgeworfen worden sind, ist die Position der Sowjetunion in der gleichen Zeit rein quantitativ — von der Qualität, die sich natürlich auf Grund der veränderten Produktionsverhältnisse noch viel mehr verbessert hat, gar nicht zu reden — rund siebenmal stärker geworden!

Von Siegbert Kahn und Jürgen Kuczynski

Rüstungswirtschaft

Mit einer Auftragssumme von 2,1 Milliarden Dollar war die McDonnell Douglas Corp. im Haushaltsjahr 1966/67 der größte Vertragspartner des amerikanischen Verteidigungsministeriums. In diesem Jahr vergab das Pentagon Aufträge im Wert von 39,2 Milliarden Dollar an die In-

dustrie. Davon erhielten die 100 größten Vertragsfirmen 25,7 Milliarden Dollar oder 65,5 Prozent. Der große Bedarf an Militärflugzeugen für den Vietnamkrieg ließ diesmal die Flugzeugbaufirmen in der Rangliste nach vorne rücken, während die Raketenfirmen vergleichsweise zurückfielen.

Für die zehn größten Vertragsfirmen sieht diese Rangliste folgendermaßen aus:

Firma	Mio. Dollar	% der Ges. Aufträge
1. McDonnell Douglas	2111	5,4
2. General Dynamics	1831	4,7
3. Lockheed	1799	4,6
4. General Electric	1289	3,3
5. United Aircraft	1097	2,8
6. Boeing	911	2,3
7. North American Av.	688	1,8
8. Am. Teleph. & Telegr.	673	1,7
9. General Motors	625	1,6
10. Ling-Tempo-Vought	534	1,4

Die zehn ersten Firmen erzielten damit 29,6 Prozent aller Rüstungsaufträge.

Nach: aerospace technology, 18. 12. 67

merklich verändert. Machten in den Jahren 1965 und 1966 die Bereiche Flugzeugbau (militärisch und zivil) und Raketen-Weltraum-Spitzentechnologien etwa jeweils die Hälfte der Produktion aus, so hat sich 1967 das Schwergewicht zum Flugzeugbau hin verschoben. Die Umsätze an militärischen Flugzeugen stiegen während dieses Zeitraums von 5,3 über 8,4 auf 10,4 Milliarden Dollar. Der Bereich fortgeschrittene Technologien (Ozeanographie und maritime Technik, Systemanalyse, Meerwasserentsalzung usw.) hieß sich 1967 mit einem Umsatzvolumen von 2,3 Milliarden Dollar auf der Höhe der Vorjahre.

Das wichtigste Wachstumsstimulans des Industriezweigs im vergangenen Jahr war der Vietnamkrieg; für die Waffenproduktion für die US-Kriegsführung in Vietnam arbeiteten 1967 zwölf Prozent der gesamten Beschäftigten dieses Industriezweigs. Die Exporte der amerikanischen Luft- und



Auf Wacht für die amerikanischen „Freiheiten“

Zeichnung von N. Lissogorski aus „Izvestija“

Die amerikanische Luft- und Raumfahrtindustrie hat im Jahre 1967 ihren Umsatz um 13 Prozent von 24,2 auf 27,3 Milliarden Dollar steigern können. Das Verhältnis der Produktionsrichtungen hat sich im Jahr 1967

Raumfahrtindustrie stiegen im vergangenen Jahr um 400 Millionen auf 1,9 Milliarden Dollar, was vor allem dem Sektor zivile Transportflugzeuge zugutezuschreiben ist.

Nach: aerospace technology, 1. 1. 68

Erwerbstätige im Strukturwandel

In der Industrie der Bundesrepublik kamen auf 1000 Arbeiter:

1950 153 Angestellte,
1960 235 Angestellte,
1967 332 Angestellte.

In der Bundesrepublik kommen 1966 in der gesamten Wirtschaft auf 1000

Arbeiter 703 Beamte und Angestellte, jedoch in der Landwirtschaft 91 Beamte und Angestellte, in Industrie und Handwerk 283 Beamte und Angestellte, im Dienstleistungsbereich 2023 Beamte und Angestellte.

Die Erwerbstätigen nach Wirtschaftsbereichen

	BRD (ohne Berlin-West)	BRD(einschl. Berlin-West)	Verändrg.		
	1950	1960	1965	1966	1960 auf 1966
	in Tsd. vH	in Tsd. vH	in Tsd. vH	in Tsd. vH	in Tsd. vH

Primärer Sektor:

Land- und

Forstwirtschaft 5 020 24,6 3 623 13,8 2 966 10,9 2 756 10,2 — 867 — 23,9

Sekundär. Sektor:

Industrie

und Handwerk 8 689 42,6 12 518 47,7 13 218 48,7 13 110 48,4 + 592 + 4,7

Tertiärer Sektor:

Handel, Verk.,

Dienstl.

6 767 32,7 10 106 38,5 10 969 40,4 11 248 41,5 + 1142 + 11,3

Alle Wirtschafts-

bereiche: 20 476 100,0 26 247 100,0 27 153 100,0 27 114 100,0 + 867 + 3,3

Computer und Arbeiterklasse

1100 Teilnehmer aus 22 Ländern nahmen an der Internationalen Automationstagung der IG Metall vom 5.—8. 3. 1968 in Oberhausen teil. Das Hauptthema lautete: „Computer und Angestellte“. Nachfolgend einige interessante Daten aus Referaten und Beichten:

Otto Brenner machte in seinem Eröffnungsreferat Angaben über das Ausmaß der Automationseinwirkung in der Bundesrepublik. Danach sind zur Zeit schon zweieinhalb mal mehr Elektronenrechner in der BRD installiert als 1965, nämlich fast 4000. Sie sind nicht nur in der Verwaltung, sondern zu einem Viertel schon bei der Steuerung von Werkzeugmaschinen eingesetzt.

Nach Brenners Angaben betrug die relative Einsparung von Arbeitsaufwand pro Produktionseinheit in der Zeit von 1950 bis 1966 etwa 60 Prozent. Dadurch ist die Beschäftigtenzahl stark beeinflußt worden. In der tabakverarbeitenden Industrie wurden zwischen

1958 und 1966 44 Prozent aller Beschäftigten durch technischen Fortschritt freigesetzt. In diesem Zeitraum stieg die Produktion um 64 Prozent und nahm die Arbeitszeit um fast 10 Prozent ab.

Brenner erklärte für die IG Metall, seine Gewerkschaft werde die Durchsetzung des technischen Fortschritts nicht verhindern. Sie könne es jedoch nicht hinnehmen, daß notwendige Strukturangepassungen kurzfristig und unüberlegt erfolgten. Sie könne es nicht hinnehmen, daß die Arbeitnehmer für die Fehler der Unternehmer oder der Regierung bei diesen Strukturangepassungen aufkommen müßten.

Das Gros der Referenten behandelte die Probleme des technischen Fortschritts zumeist unter technologischen Aspekten. So mußte der Eindruck entstehen, als könnten die Fragen des Fortschritts und der Automation ohne konkrete gesellschaftspolitische Alternativen gelöst werden. Schiller, der auf der Konferenz ankündigte, daß

sein Ministerium ein Gesetz vorbereite, das Konzentrationsbestrebungen in der Wirtschaft noch mehr erleichtern soll, stieß dabei auf starke Skepsis. Brenner antwortete darauf in seinen Schlußbemerkungen mit der Forderung: „Je mehr Konzentration, desto mehr Mitbestimmung.“ Aber diese Forderung wurde von Schiller nicht akzeptiert.

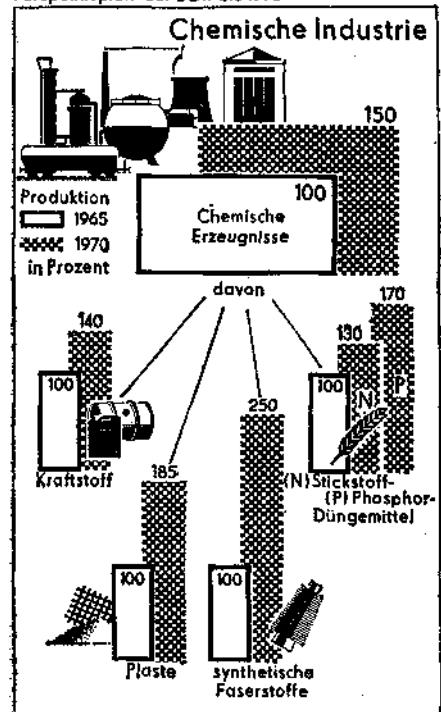
So steht in der Gewerkschaftsbewegung die Aufgabe, die Probleme weiter zu diskutieren und zu klareren Vorstellungen in der Arbeiterbewegung zu gelangen. Dazu gehören vor allem weitere Überlegungen, für die Mitbestimmung auf allen Ebenen der Wirtschaft und bei der Durchsetzung von demokratischen Strukturreformen.

Tatsachen aus der DDR

Bezirkstage beschlossen Perspektive Leipzig:

Der von den Abgeordneten des Leipziger Bezirkstages verabschiedete Volkswirtschafts- und Haushaltsplan 1968 sieht im Interesse der durchgängigen Automatisierung ganzer Produktionsprozesse besonders hohe Steigerungsquoten für die Betriebe des Werkzeug- und polygrafischen Maschi-

Perspektivplan der DDR bis 1970



nenbaus, des Armaturenbaus und der Hydraulik, der elektrotechnischen und der elektronischen Industrie vor.

Den Abgeordneten wurde in der Beratung der Planentwürfe deutlich, wie sich gegenüber dem vergangenen Planjahr in allen Bereichen die wirtschaftliche Rechnungsführung, die eigene Verantwortung durchzusetzen beginnt. Das gilt in den Betrieben für das Erwirtschaften der Mittel zur Bildung der Fonds für die erweiterte Reproduktion und der Fonds für die materielle Interessiertheit genauso wie in staatlichen Einrichtungen, bei denen volkswirtschaftliches Rechnen und Handeln fester Bestandteil der Wirtschaftsführung werden muß.

So werden z. B. den Kreisen die Werterhaltungsmittel für den Straßenbau vorgegeben, ebenso wie den Städten und Gemeinden von den Kreisen. Das macht ein überlegtes Planen für einen längeren Zeitraum möglich.

Cottbus:

Vor über 200 Abgeordneten und Mitgliedern des Bezirksausschusses der Nationalen Front erläuterte der Cottbuser Bezirksratsvorsitzende, Hans Schmidt, den Perspektivplan. Auch in den kommenden drei Jahren wird die Struktur des Bezirkes wesentlich durch die Energiewirtschaft bestimmt, die gegenwärtig mehr als ein Drittel der Elektroenergie der DDR erzeugt. 1971 wird im Großkraftwerk Boxberg bei Weißwasser die erste sowjetische 200-Megawatt-Turbine Strom liefern. Die Kohleindustrie wird mit verringertem Grundmittelfonds ihre Produktion von Rohkohle, Briketts und Gas noch steigern. Neue Tagebaue werden bis 1970 nicht erschlossen.

Rostock:

Schwerpunkte sind z. B. im Ostsebezirk der Bau des Großkraftwerkes

bei Greifswald, die Einführung neuer Fangmethoden in der Fischerei, Hebung der Bodenfruchtbarkeit in der Landwirtschaft und die Steigerung der Baukapazität.

Neubrandenburg:

An dem Perspektivplan des Agrarbezirk Neubrandenburg wirkten über 50 000 Werktaatige mit. Als Hauptaufgabe stellt sich der Bezirk das Ziel, das erste Teilobjekt des größten Meliorationsprogramms der DDR — über 10 000 Hektar in den Kreisen Waren und Röbel zu bewässern — bis zum 20. Jahrestag der DDR zu beenden und das Gesamtprojekt bis 1970 abzuschließen. Zwei bis drei Jahre später soll in diesen Gebieten die landwirtschaftliche Produktion bereits verdoppelt werden. 60 Prozent aller Investitionen werden für die Steigerung der Bodenfruchtbarkeit ausgegeben.

Suhl:

Der Bezirkstag Suhl beschäftigte sich ausführlich mit der beschleunigten

Mopeds und Kleinroller mit den Namen „Star“, „Spatz“, „Sperber“ und „Schwalbe“ aneinandergereiht, würden die diesjährige Friedensfahrtstrecke Berlin—Prag—Warschau noch um rund 600 Kilometer übertreffen. Die Werktaatigen dieses Betriebes wollen die Produktion in diesem Jahr um mehr als 20 Prozent steigern.

Was kostet ein Arbeitsplatz?

Jeder in der Industrie der DDR Beschäftigte verwaltet gegenwärtig Grundmittel im Werte von durchschnittlich 51 000 Mark. Um jedoch in neuerrichteten Betrieben, die in hohem Maße mechanisiert und automatisiert sind, z. B. im Erdölverarbeitungswerk Schwedt, einen einzigen Arbeitsplatz auszurüsten, müssen rund 400 000 Mark aufgewendet werden.

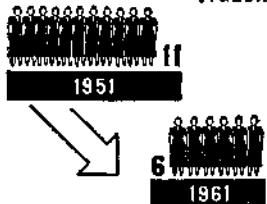
Über 12 000 Jugendobjekte in der DDR

In mehr als 12 000 Jugendobjekten ringen junge Arbeiter, Genossenschaftsbauern, Techniker und Ingenieure um wissenschaftlich-technischen

Frauen als Facharbeiter

Westdeutschland

Facharbeiterinnen
je 100 werktaatiger
Frauen



DDR

20
1966

10
1961

Teilnahme an
Qualifizierungslehrgängen.
je 100 Industriearbeiterinnen

Entwicklung des Bauwesens. Die Abgeordneten orientierten in diesem Zusammenhang vor allem auf die Erzeugnisgruppenarbeit im Industrie-, Wohnungs- und Gesellschaftsbau,

1,6 Millionen Mopeds

Das 1,6millionste Kleinkraftrad haben die Werktaatigen des VEB Fahrzeug- und Gerätewerk Simson Suhl hergestellt. Die seit 1955 gefertigten

Höchststand. Nach dem VIII. Parlament der FDJ wurden allein 1200 wesentliche Aufgaben zur Automatisierung und Mechanisierung, zur kontinuierlichen Planerfüllung sowie zur Einführung neuer Technologien der Jugend in eigener Regie übergeben.

Jugend baut moderne Zementanlage

Junge Spezialisten aus rund 30 Betrieben der DDR arbeiten in den Ze-

mentwerken Bernburg am Aufbau einer Anlage zur Produktion von Zementklinkern nach dem Trockenverfahren. Das 60-Millionen-Objekt war ihnen vor etwa einem Jahr vom Werkdirektor des Zementanlagenbaus Dessau in eigene Regie übergeben worden. Ihre Arbeit trägt wesentlich dazu bei, das neue Trockenverfahren im großtechnischen Versuch zu erproben und den Anschluß an die Weltspitze herzustellen. Die moderne Anlage ist von einer zentralen Warte aus zu steuern und wird täglich 1200 Tonnen Zementklinker liefern.

Neues Forschungs- und Entwicklungszentrum in Karl-Marx-Stadt

Das bisher bedeutendste Vorhaben der VVB Datenverarbeitung und Büro-

Grundstein für Wolpryla-Großanlage

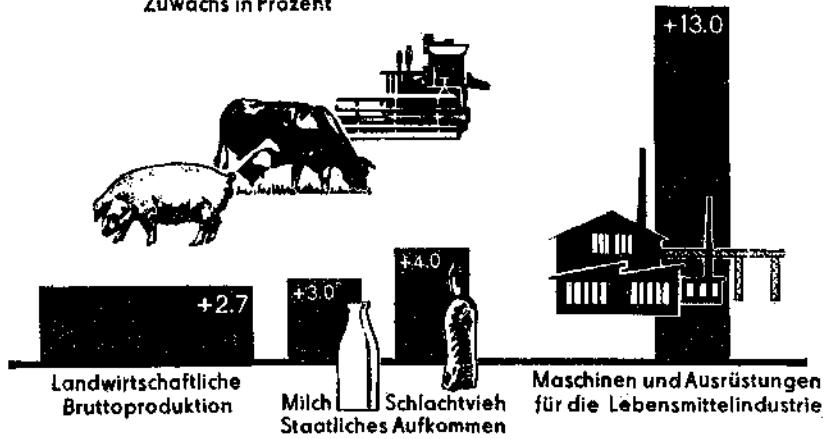
Der Minister für chemische Industrie, Günther Wyschofsky, legte Ende April in Premnitz den Grundstein für eine moderne Wolpryla-Großanlage mit einer Jahresleistung von 12 000 Tonnen. Das Objekt, das in den Jahren 1970/71 stufenweise in Betrieb genommen werden soll, umfaßt weiterhin ein Industriewerk sowie zwei Energieverteilungsanlagen.

Fakten aus der Landwirtschaft

1965 erreichte die Landwirtschaft der DDR folgende Hektarerträge: Getreide insgesamt 29,2 dt, darunter bei Weizen 36,7 dt; Kartoffeln 177,2 dt; Zuckerrüben 263,1 dt. 2980 kg betrug die

Versorgung mit Nahrungsmitteln

Volkswirtschaftsplan 1968 Zuwachs in Prozent



maschinen zur Erweiterung ihrer Forschungskapazitäten wird gegenwärtig in der sächsischen Industriemetropole Karl-Marx-Stadt in Angriff genommen.

Über 1200 Wissenschaftler und Techniker werden in den Räumen des 110 Meter langen und 34 Meter hohen Gebäudes im Stadtkern ab 1971 arbeiten. Ausgestattet wird das neue Zentrum mit Speziallabor, Großraumbüros und dem Rechenzentrum des VEB Elektronische Rechenmaschinen.

durchschnittliche Jahresleistung je Kuh. Je Hektar wurde eine Milchleistung von 1002 kg erzielt.

1967 erreichten die Bauern und Landarbeiter der DDR folgende Erträge je Hektar landwirtschaftlicher Nutzfläche:

Getreide insgesamt 31,8 dt, darunter bei Weizen 37,8 dt; Kartoffeln 205 dt; Zuckerrüben 332,6 dt.

Die durchschnittliche jährliche Milchleistung stieg auf 3166 kg je Kuh. Die

Hektarleistung erhöhte sich auf 1091 kg Milch.

Für die nächsten Jahre wurden höhere Ziele gestellt:

50 bis 60 dt Getreide, darunter bei Weizen 70 dt und mehr, besonders auf Lössböden in der Börde, im Erfurter Becken und in der Lomatzscher Pflege; 280 bis 320 dt Kartoffeln in den Hauptanbauzentren;

400 bis 450 dt Zuckerrüben in den wichtigsten Anbaugebieten.

In der Tierproduktion haben die spezialisierten Betriebe u. a. das Ziel: 4500 bis 5000 kg Milch je Kuh und Jahr sowie eine Hektarleistung von 2000 bis 3000 kg Milch.

Seit dem IX. Bauernkongress im Frühjahr 1966 erwarben rund 90 000 Bäuerinnen, Bauern und Landarbeiter einen Fach- oder Meisterbrief bzw. einen Hoch- oder Fachschulabschluß. Damit erhöhte sich 1967 die Zahl der Werktaatigen mit abgeschlossener Ausbildung in der sozialistischen Landwirtschaft auf 380 000.

In den rund 13 000 LPG haben gegenwärtig z. B. 216 666 Bäuerinnen und Bauern einen Fachbrief, 29 349 einen Meisterbrief und 19 852 sind staatlich geprüfte Landwirte.

Der Anteil der Bäuerinnen, Bauern und Landarbeiter mit abgeschlossener Ausbildung an der Gesamtbeschäftigungszahl der Landwirtschaft beträgt 36,1 Prozent.

Die fachliche Qualifikation der Frauen stieg 1967 auf 22,4 Prozent.

Nur 46,8 Prozent der Jugendlichen unter 25 Jahren besitzen eine abgeschlossene Ausbildung.

Von den Werktaatigen der Nahrungsgüterwirtschaft haben eine abgeschlossene Berufsausbildung:

in der Milchwirtschaft 31 Prozent;
in der Fleischindustrie 30,5 Prozent.
in der Obst- und Gemüseverarbeitung 29,3 Prozent;

in der Zucker- und Stärkeindustrie 25,7 Prozent.

Neues aus der Statistik

Am 31. Dezember 1967 lebten in der Deutschen Demokratischen Republik

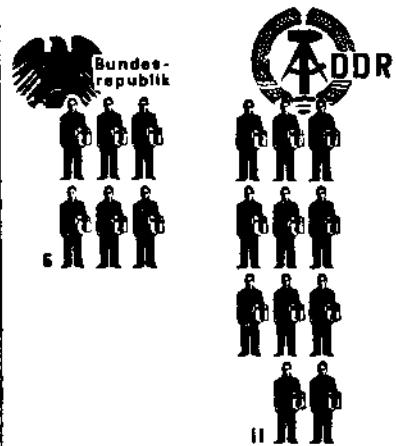
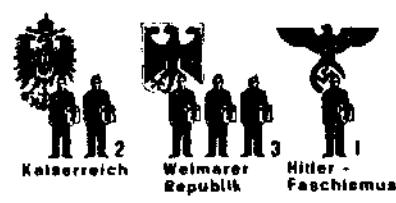
17 090 202 Bürger, das sind 18 644 mehr als zur gleichen Zeit 1966. Die Anzahl der männlichen Einwohner nahm um 21 687 zu, dagegen verringerte sich die Zahl der weiblichen um 3043. Auf je 100 Männer kommen noch 118 Frauen. Dieses ungünstige Verhältnis ist ein Überbleibsel der vergangenen Weltkriege und verändert sich nur sehr langsam, denn 1963 war das Verhältnis 121 zu 100.

Im Jahre 1967 wurden 252 843 Kinder geboren, 122 904 davon waren Mädchen. 98,2 Prozent der neuen Erdenbürger erblickten in Kliniken das Licht der Welt.

Durch gute Betreuung der Säuglinge konnte die Säuglingssterblichkeit im vergangenen Jahr je 1000 Lebendgeborene auf 21,2 gesenkt werden.

Bildungswesen in Deutschland

Studierende auf je 1000 Einwohner



Hauptstadt als Magnet

Für Touristen, Politiker, Wissenschaftler, Künstler und Geschäftsleute war Berlin 1967 Gastgeberstadt. Über 250 000 Touristen aller fünf Kontinente wählten Berlin als Reiseziel. Delegationen aus allen sozialistischen Ländern sowie aus der Schweiz, Frankreich, England, den Niederlanden, Schweden, Italien und anderen kapitalistischen Staaten besuchten die DDR-Hauptstadt.

In den sechs großen Kunstsammlungen der Hauptstadt fanden neben den ständigen Ausstellungen über 15 Sonderausstellungen statt. Zur großen Ikonenausstellung zu Beginn des Jahres schickten Kunstsammlungen aus sieben Ländern, so aus der Sowjetunion, aus Polen, der CSSR und Schweden, Leihgaben nach Berlin. Insgesamt kamen über eine Million Gäste 1967 auf die Museumsinsel.

54 Kongresse auf dem Gebiet der Medizin

54 zentrale medizinisch-wissenschaftliche Kongresse wurden im Jahre 1967 in der DDR veranstaltet. Allein 49 Kongresse, Tagungen und Symposien fanden unter internationaler Beteiligung statt. Mediziner aus 30 Ländern überzeugten sich vom Stand der wissenschaftlichen Forschung auf dem Gebiet der Medizin in der DDR.

Auf rund 80 Kongressen, Tagungen und Symposien werden in diesem Jahr die Mediziner der DDR ihre Erfahrungen auf den verschiedensten Fachgebieten austauschen. Probleme der Arbeitshygiene, der Ernährung, Therapie, Rehabilitation, Orthopädie sowie der medizinischen Elektronik stehen auf den Arbeitsprogrammen. Zahlreiche Veranstaltungen tragen internationalen Charakter.

Großbetrieb in Heilbädern

Rund 30 000 Patienten weilten im vergangenen Jahr in den Kureinrichtungen und Kinderkurheimen des Bezirkes Suhl. Die bekanntesten Bäder des südthüringischen Bezirkes – Volksheilbad Bad Liebenstein, Volkssolbad Bad Salzungen und Kneippbad Stützberg – haben an diesem beachtlichen Ergebnis den größten Anteil. Allein im

Volksheilbad Liebenstein, dem bedeutendsten seiner Art in der DDR, fanden 1967 über 15 350 Herz- und Kreislaufkranke Heilung und Linderung.

500 000 neue DSF-Mitglieder

Fast eine halbe Million neue Mitglieder wurden im Jahre 1967 in die Gesellschaft für Deutsch-Sowjetische Freundschaft aufgenommen. Im gleichen Zeitraum entstanden 1031 neue Grundeinheiten der DSF.

Rund acht Millionen DDR-Bürger besuchten die Veranstaltungen der Freundschaftsgesellschaft im Jubiläumsjahr der Großen Sozialistischen Oktoberrevolution. Mehr als 7000 Touristen – weit mehr als in den Jahren zuvor – fuhren mit Freundschaftszügen in die Sowjetunion, um an den Oktoberfeierlichkeiten teilzunehmen. Zahlreiche Preisausschreiben und Briefaktionen kündeten von der engen Verbundenheit mit dem sowjetischen Volk.

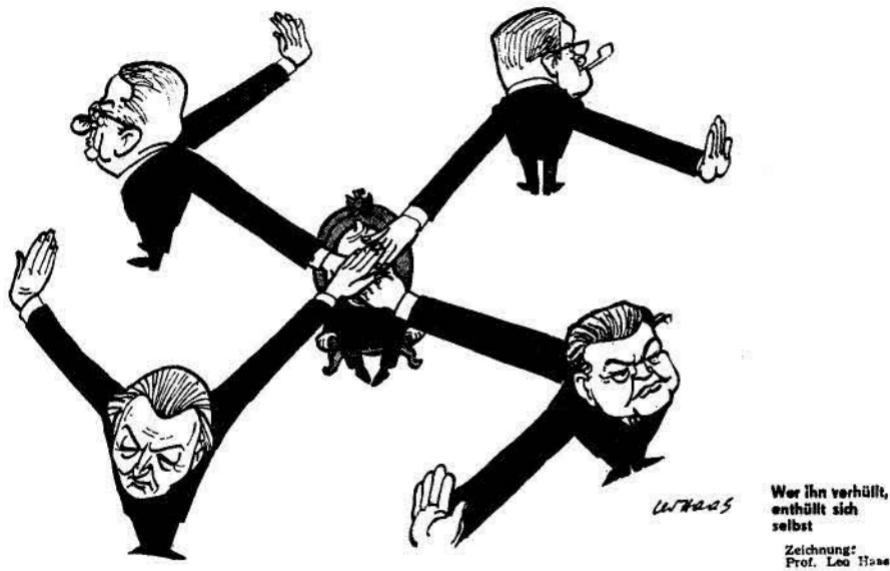
Die politische Aktivität der Freundschaftsgesellschaft zeichnete sich auch in der sozialistischen Produktion ab. Mehr als 166 000 Mitglieder von 8958 Brigaden und Kollektiven, die den Namen „Deutsch-Sowjetische Freundschaft“ tragen, verpflichteten sich, insbesondere den Staatsplan sowie die Exportpläne gegenüber der Sowjetunion termin- und qualitätsgerecht zu erfüllen.

2000 Studenten in die UdSSR

In diesem Jahr werden sowjetische Universitäten und Hochschulen und die Hoch- und Fachschulen der DDR jeweils 2000 Studenten zu Sommerpraktika austauschen. Eine entsprechende Vereinbarung wurde in Berlin zwischen den Hochschulministerien beider Länder unterzeichnet.

1000. Delegation im Haus des Lehrers

Kürzlich begrüßte Prof. Herbert Becher, Leiter des Pädagogischen Besucherzentrums im Haus des Lehrers am Alexanderplatz, die 1000. Delegation. 30 junge Franzosen – Schüler, Studenten und Arbeiter aus den Vororten von Paris – informierten sich über die Bildungsmöglichkeiten der Jugend und die Entwicklung der DDR.



Wer ihn verhüllt,
enthüllt sich
selbst

Zeichnung:
Prof. Lea Haas

In den drei Jahren seines Bestehens wurde dieses Zentrum zu einem Anziehungspunkt für 9162 Gäste, vor allem Pädagogen, aus 64 Ländern. Neben Delegationen aus allen sozialistischen Ländern, jungen Nationalstaaten kamen zahlreiche Gruppen aus Frankreich, Finnland, Großbritannien, den Niederlanden und der Schweiz. Auch viele westdeutsche Bürger zählten zu den Besuchern. Die Gäste interessierten sich besonders für das einheitliche sozialistische Bildungssystem der DDR und die vielfältigen Formen der Weiterbildung für die Pädagogen im Haus des Lehrers.

**„Ich war neunzehn“
für Karlovy Vary gemeldet**

Der DEFA-Film „Ich war neunzehn“ gehört zu den ersten Beiträgen, die zum Internationalen Filmfestival im Juni in Karlovy Vary angemeldet wurden. Aus der Sowjetunion kam der Film „Dein Zeitgenosse“, aus Jugoslawien „Wenn ich tot und blaß sein werde“, aus Rumänien „Der Ball am Sonnabend“. Die eingereichten Filme wurden von der Auswahlkommission unter Regisseur Elmar Klos beurteilt.

Marx/Engels-Verzeichnis

Werke · Schriften · Artikel · Zusammengestellt und bearbeitet von Manfred Kliem, Horst Merbach und Richard Sperl · 2., ergänzte Auflage · Kunstdruck etwa 8,— Mark
(erscheint voraussichtlich im Juli)

Die erste Auflage dieses Handbuches hat sich als ein unentbehrliches Hilfsmittel für die Arbeit mit den Werken, Schriften und Artikeln von Marx und Engels erwiesen. In der Neuauflage sind die Verzeichnisse der deutschen und fremdsprachigen Originaltitel, die Übersichten zu den in Büchern, Broschüren und Periodika veröffentlichten Arbeiten und das alphabetische Titelregister unverändert geblieben. Im Inhaltsvergleichsregister der Werke und Einzelausgaben wurden die 1966 bis 1968 erschienenen Textveröffentlichungen nachgetragen.

★

In 7. Auflage brachte der Dietz Verlag John Reeds weltberühmtes Buch über die Oktoberrevolution, „Zehn Tage, die die Welt erschütterten“, neu heraus. Die Gesamtauflage beträgt somit 130 000 Exemplare.

